

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1982.

Sonnabend, den 24. Februar 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die halbjährliche Kolonialisierung oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Zeitschriften und Veranlassungen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (jetzt gedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis: Prämienkonto: Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Vollabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erhältlich täglich außer Montags.

Auf der Steuerfuche.

Die Art, wie sich jetzt die verschiedenen Parteien nach der Verwerfung des Stengelschen Steuerprojektes auf der Suche nach neuen Steuern den Rang abzulaufen suchen, bietet ein geradezu abstoßendes Bild. Jede Schicht der bestehenden Klassen ist bemüht, nur ja Steuern auszuheben, die andere treffen, nur nicht sie selbst. Man hat die Bier- und Tabaksteuer abgelehnt, nicht deshalb, weil dadurch die besitzlosen Massen abermals mit indirekten Steuern belastet worden wären — damit hätte sich schließlich die Mehrheit der bürgerlichen Parteien abgefunden — sondern weil diese Steuern einen Rückgang des Konsums verursachen und dadurch unter Umständen auch die betreffenden Unternehmerkreise selbst geschädigt haben würden. Aus denselben Gründen hat man sich auch einstweilen mit der Fahrkarten- und Quittungstempelsteuer nicht befreundet können. Für das Ausschneiden dieser Steuern muß aber eine anderweitige Deckung geschaffen werden. Zwar erhoben sich im Zentrum Stimmen, daß ein so hoher Steuererhöhrtrag, wie ihn Herr von Stengel fordert, gar nicht nötig sei; allein angesichts der Marinevorlage, der afrikanischen Kriegskosten und der ja jetzt energischer als je betriebenen Kolonialpolitik ist dieser Trost doch ein sehr unzuverlässiger. Man hat sich denn auch schleunigst auf die Steuerfuche begeben und bereits die wunderbarsten Projekte präsentiert: eine Lantiensteuer, eine Anfahrtspostkartensteuer (neuerdings hat man sogar die Befreiung der 2 Pf.-Postkarten im Lokalverkehr vorgeschlagen!) und eine Weh-

steuer! Ganz abgesehen davon, daß diese Steuern zum Teil schon deshalb höchst fragwürdiger Natur sind, weil sie wahrscheinlich überhaupt keinen Ertrag abwerfen werden, ist ihnen vor allem dadurch das Urteil gesprochen, daß sie aus der Absicht heraus geboren sind, die neuen Steuerlasten möglichst so zu gestalten, daß nicht der Besitz, sondern die große Masse des Volkes dadurch getroffen wird. Betrachten wir zum Beispiel die einzige dieser Steuern, deren finanzielles Ergebnis überhaupt in Frage kommen kann, die Wehrsteuer. Man ist ja eifrig bemüht, ihr das von vornherein anhaftende Odium besonderer Ungerechtigkeit dadurch zu nehmen, daß man beteuert, sie solle keine Krüppelsteuer sein, da die mit wirklichen Gebrechen behafteten von der Steuerleistung ausgenommen sein sollten. Aber selbst wenn man diese Behauptungen halten würde — ertragreich könnte die Wehrsteuer doch nur dann sein, wenn man die große Masse der Dienstuntauglichen zur Steuer heranzöge. Diese große Masse aber besteht aus Nichtbesitzenden, aus Proletariern, die ohnehin unter einer unerhörten Belastung durch indirekte Steuern zu leiden haben. Diesen Proletariern soll also zu diesen Lasten auch noch eine neue in Gestalt der Wehrsteuer aufgebürdet werden! Denn man wird in Wirklichkeit nicht daran denken, alle proletarischen Einkommen von der Wehrsteuer auszuschließen. Die dem Reichstag im Jahre 1881 vorgelegte Wehrsteuervorlage sah denn auch vor, daß Personen mit weniger als tausend Mark Einkommen eine 12 Jahre lang zu leistende Jahressteuer von vier Mark zahlen sollten; für höhere Einkommen sollte dann ein progressiv wachsender Zuschlag gezahlt werden. Die Wehrsteuer würde also auch das Proletariat wiederum schwer belasten. Mit dieser direkten Steuerbelastung wäre aber die neue Steuerschröpfung noch lange nicht zu Ende, denn zweifellos wird man schließlich doch wieder zu neuen indirekten Steuern, zur Bier-, Tabaksteuer usw. seine Zuflucht nehmen. Das vorläufige Sperren der ausschlaggebenden Parteien gegen diese indirekten Steuern wird also schließlich nur den Effekt haben, dem Proletariat zu den indirekten Steuern auch noch eine neue direkte Steuer, die Wehrsteuer, zu beschaffen.

Und diese empörende Steuervolitik hat, wie betont, nur den einen Grund, daß die bestehende Klasse sich selbst vom Steuerzahlen möglichst drücken will. Sollte unsere Bourgeoisie ihren so aufrichtig beteuerten Patriotismus in die Tat umsetzen, so brauchte sie nur nach dem Vorbild des Auslandes eine halbwegs ernsthafte Reichserbschafts- und Reichsvermögenssteuer einzuführen, um auf alle sonstigen Steuern verzichten zu können. Aber daran denkt natürlich unsere deutsche Kapitalistenklasse nicht. Es ist nichts als ein dreistes demagogisches Manöver, wenn jetzt die Zentrums- und Sozialdemokratische Partei ihres Fraktionsmitgliedes Jehnhoff haustieren geht. Nach diesem Vorschlag sollte die Erbschaftsteuer einen Ertrag von 120 Millionen Mark abwerfen. Das würde also pro Kopf der Bevölkerung eine Erbschaftsteuer von 2 Mark ausmachen. Da in England eine Erbschaftsteuer von pro Kopf mehr als 9 Mark erhoben wird, wäre also der Jehnhoffsche Vorschlag nur ein recht bescheidener. Aber nicht einmal das Zentrum selbst steht in Wirklichkeit hinter diesem Antrag. Nachdem kürzlich schon die „Germania“ das Projekt des Herrn Jehnhoff ziemlich unwirsch behandelt hatte, erklärt heute die „Kölnische Volkszeitung“, daß man „bezüglich der Einzelheiten sehr verschiedener Meinung sein“ könne. Allerdings liege dem Antrag ein „richtiger Gedanke“ zugrunde, weshalb er gründlich geprüft werden müsse. Die Zentrumsfraktion werde ihn auch „zweifellos in der eingehendsten Weise beraten“. Aus diesen Beratungen wird der Antrag ebenso zweifellos arg verstümmelt hervorgehen, und der verstümmelte Kern wird dann von den übrigen Parteien aber-

mals verstümmelt werden, so daß schließlich so gut wie nichts übrig bleibt!

Wenn die Parteien, die sich jetzt täglich vergeblich von der Mittelschicht der Steuererschöpfung der nichtbestehenden Klassen rein zu waschen versuchen, in erster Linie also das Zentrum und die freisinnigen Parteien, wirklich ernsthaft bestrebt wären, dem arbeitenden Volke die immer tiefergehenden Lasten zu ersparen, so hätten sie es gar nicht erst zu dem jetzigen Steuerräuber kommen lassen dürfen. Sie hätten nur die für die Kolonial- und Weltpolitik des neuen Kurzes rechtzeitig zu bekämpfen brauchen, und Deutschland wäre in seine gegenwärtigen finanziellen Verlegenheiten gar nicht hineingeraten. Allein die chinesischen und afrikanischen Abenteuer des letzten Jahrzehnts haben dem Reiche eine runde Milliarde gekostet — tausend Millionen, die vollständig zwecklos verpulvert worden sind! Hätten Zentrum und Freisinn gemeinsam mit der Sozialdemokratie gegen die ostasiatische Abenteuerpolitik protestiert, hätten sie durch rechtzeitiges Eingreifen die afrikanischen Kriegsabenteuer verhindert, so wären diese Unsummen gespart worden und neue Steuern wären überhaupt überflüssig. Gätte man trotzdem eine Reichserbschaftsteuer eingeführt, so hätten die indirekten Steuerlasten erleichtert werden können. Aber speziell das Zentrum hat ja als Regierungspartei all diese törichten Abenteuer mitfliegenden Fahnen mitgemacht! Und wenn jetzt auch Herr Erzberger und Herr Müller-Sagan noch so sehr gegen koloniale Skandalosia wettern und die 400 Millionen für Südwestafrrika für vollständig nutzlos weggegebenes Geld erklären, so ziehen sie selbst heute nicht einmal die Konsequenzen aus ihrer Kritik, so verweigern sie nicht einmal heute die Kredite für die Fortführung dieser verhängnisvollen Abenteuerpolitik! Im Gegenteil: Zentrum und Freisinn sind heute kolonialbegeistert und stotteroller denn je zuvor!

Die Folgen davon können für die Zukunft so wenig ausbleiben, wie die Folgen der bisherigen Sünden ausgeblieben sind. Die Kolonialpolitik wird immer neue Opfer verschlingen, und die Kosten dafür wird zur Hauptsache die arbeitende Klasse aufzubringen haben!

Dabei wächst der Reichtum der bestehenden Klassen rapid. Herr Rheinbaben wies darauf hin, daß das „Vermögen“ der nichtbestehenden Klasse, nämlich die Sparkasseneinlagen, sich in 25 Jahren um 6 Milliarden vermehrt hätten. Wir haben seinerzeit auf Grund der amtlichen Zahlen nachgewiesen, daß der größte Teil dieser Einlagen gar nicht aus den Sparkassen des Proletariates, sondern aus Ersparnissen der bestehenden Klassen besteht. Aber selbst wenn das nicht der Fall wäre: die Vermögen über 6000 Mark, d. h. die Vermögen der Bourgeoisie, haben sich nach der preussischen Vermögenssteuer-Statistik binnen 10 Jahren allein in Preußen um nicht weniger als 16 Milliarden vermehrt! Gibt es einen schlagenderen Beweis dafür, daß die Bourgeoisie mit Leichtigkeit durch direkte Steuern die Summen aufbringen könnte, die jetzt wiederum zur Hauptsache von der besitzlosen Klasse aufgebracht werden sollen?

Selbst der konservative Professor Adolf Wagner kann nicht umhin, seinen Parteifreunden heftige Vorwürfe wegen ihrer Steuerdrückerei zu machen, wobei dieser Herr freilich auch die geplanten indirekten Steuern verteidigt. Unsere bestehende Klasse wird über die an sie gerichteten Vermögensmaßnahmen gleichzeitig die Achseln zucken und um so eifriger am Zustandekommen der das Proletariat belastenden Steuern arbeiten. Für die murrende Arbeiterklasse hält sie dann als Extrageschenk noch allerhand Knebelgesetze bereit!

Die Revolution in Rußland.

Wiederauffommen der Unruhen.

Aus Moskau wird dem „Tag“ gemeldet: Auf der sibirischen Eisenbahn sind abermals Unruhen ausgebrochen, welche immer größere Dimensionen annehmen. In Irkutsk meutert das Militär und droht mit bewaffnetem Aufstand. Die telegraphische Verbindung mit Mladivostok ist unterbrochen. Auch im Kaukasus breitet die Revolution sich aus. Täglich kommt es zu scharfen Kämpfen zwischen Militär und Aufständischen. Besonders in Kutais soll die Lage sehr ernst sein. Waffen neuester Konstruktion werden für die Revolutionäre aus dem Inlande eingeschmuggelt. — Um in den Gefängnissen Platz für neue Verhaftete zu schaffen, werden aus Moskau täglich Partien politischer Arrestanten nach den entferntesten Kreisen der Gouvernements Archangelsk, Ufa und Tobolsk verschickt, darunter Leute, in deren Handlungen der Untersuchungsrichter nichts Straffälliges entdecken konnte oder die während ihrer Haft nicht ein einziges Mal verhört wurden!

Auch die Tätigkeit der konstitutionellen demokratischen Partei wird systematisch lahm gelegt. Aus Libau ist der Rechtsanwalt Sandberg wegen Verbreitung der Ideen der Partei ausgewiesen worden. In Raitwa ist am Sonntag ein Referat des Rebalten der „Pravo“ vom Gouverneur telegraphisch verboten worden. In Jamburg ist auf allen Anrufen der Partei der Untertitel „Partei der Volksfreiheit“ vom Polizeichef gesprochen worden und schließlich der Druck

des Anrufs ebenfalls telegraphisch inhibiert worden. In Egar wurde eine Versammlung in Sachen der Wahlakt verboten und mehrere Mitglieder der Partei wegen der Propaganda ihres Programms unter den Bauern verhaftet. Selbst in Petersburg werden die Versammlungen der Partei manchmal auf Verfügung des Stadthauptmanns nicht zugelassen, wie das am 1. Februar der Fall war, obgleich die Versammlung gemäß dem Besche vom 12. Dezember eine geschlossene und durch namentliche Einladungen einberufen war. Die Polizei ergänzt die Forderung des betreffenden Paragraphen jedoch eigenmächtig noch durch den Punkt „in Privatwohnungen“. Die Versammlung soll eingeklagt werden — die Tätigkeit der rechtsstehenden Parteien wird dagegen keineswegs behindert. In den vom Reichsrat approbierten neuen Regeln werde indessen eine schriftliche Anzeige bei der Polizei „nicht später als dreimal 24 Stunden vor der Versammlung, falls Ort und Zeit derselben aber zur allgemeinen Kenntnis gebracht werden soll, nicht später als dreimal 24 Stunden vor einer solchen Bekanntmachung“ verlangt. Nur durch völlige Unkenntnis des öffentlichen Lebens, schreibt der „Russi Wedomost“, lasse sich eine so unsmünige Forderung erklären, die daraus hinausläuft, daß die Beratungen einer Versammlung 4—5 Tage vor der Publikation in den Zeitungen von der Versammlung den Behörden Mitteilung machen sollen. Wer auch nur eine glatte Meinung von dem politischen Leben in konstitutionellen Staaten habe, werde begreifen, daß man nicht fünf Tage vorher eine Versammlung anzeigen kann, die den Zweck haben soll, das Verhältnis der Wähler zu einem Beschluß des Parlaments auszudrücken oder den politischen Gegnern eine öffentliche Antwort zu geben. Noch schwieriger sei es, die Frist anzugeben, wo es sich um professionelle Versammlungen handle, z. B. anlässlich eines ausgebrochenen Streiks oder eines drohenden Konfliktes dieser Art. Ein Aufenthalt in solchen Fällen kann nicht beruhigen, sondern die Erregung nur verstärken, die Ordnung bedrohen und zu Massenansammlungen auf offener Straße führen, wo ein besänftigendes Wort keinen Einfluß haben kann. Eins von beiden: entweder ist die Versammlungsfreiheit eine Notwendigkeit — dann liegt kein Grund vor, sie in neue Fesseln zu schlagen — oder aber sie ist schädlich, dann muß man den Mut haben, sie abzuleugnen, das ist besser, als falsche Vorstellungen über eine angebliche Verwirklichung der Freiheit zu erregen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Februar.

Kein Zollkrieg.

Der Lederbaron und Agrarier Herr. Dehl zu Herrnsheim holte sich in der heutigen Reichstagsitzung eine böse Niederlage. Sein eigener Fraktionsgenosse Semler, nach ihm Gothein von der Freisinnigen Vereinigung und Genosse Bernstein legten ihm eindringlich dar, daß er seinen eigenen schon gestern gestellten Antrag nicht verstanden habe. Außerdem spielte die Frage, ob der preussische Handelsvertrag von 1828 aufgehoben sei, eine erhebliche Rolle. Gothein vertrat mit Entschiedenheit die Ansicht, daß er fortbesteht. Der Staatssekretär drückte sich etwas vorsichtig dahin aus, daß Amerika sein Fortbestehen annehme. Danach ist die Gefahr eines Zollkrieges erheblich abgeschwächt. Graf Ranke beifolgte sich dem auch, die Aufhebung jenes Vertrages durch konkludente Handlungen zu erweisen. Der Versuch mißlang. Das Handelsprovisorium mit Amerika wurde dann in dritter Lesung angenommen.

Hierauf fuhr das Haus in der Beratung des Etats zum Reichsjustizamt fort. Zunächst charakterisierte Genosse Kunert an einer Reihe von Straffällen — unter welchen er besonders die Prozesse gegen die Wahlrechtsdemonstranten in Dresden hervorhob — die Justiz des Deutschen Reiches als eine ausgeprägte Massenjustiz. Die scharfe Kritik brachte Kunert zwei Ordnungsrufe ein. Auch die Abgeordneten Bruhn und Ablas trugen eine Reihe von Beschwerden vor, besonders der letztere wendete sich gegen richterliche Uebergriffe, die speziell durch Anwendung des Zeugniszwanges auf politischem Gebiet den Geist der Gesetze durchbrechen und eine Pragis einführen, gegen die der schärfste Protest eingelegt werden müsse. Der Abgeordnete Ablas hat zu diesem Etat eine Resolution eingebracht, die den Reichskanzler ersucht, bei der Reform der Strafprozedur darauf zu sorgen, daß die Zuständigkeit der Schwurgerichte in Preussischen Sachen auf das ganze Reich ausgedehnt werde. Gegen diese Forderung fuhr der Staatssekretär Niederding das schwere Geschütz auf, daß die ganze Strafprozedurreform scheitern würde, wenn diese Forderung vom Hause beschloßen werden sollte. Der Abg. Gröber begründete dann die Resolutionen des Zentrums auf Verbilligung des Wechselprotestverfahrens und auf Entschädigung der Geschworenen und Schöffen. Als es im Vorjahre möglich war, diesen Antrag zum Besche zu erheben, stimmte ihn das Zentrum nieder: eine Resolution sieht häßlich aus, nützt aber nichts!

Sonnabend erfolgt Fortsetzung der Beratung des Justiz-etats.

Abgeordnetenhaus.

Das preussische Abgeordnetenhaus nahm am Freitag den Entwurf zu einem Kreis- und Provinzialabgabengesetz in dritter Lesung an und setzte darauf die Etatsberatung

fort. Die im Etat des Finanzministeriums stehenden Korruptionsfonds wurden bewilligt, ebenso die Staatsüberfahrungen in Höhe von mehr als 1/2 Millionen für den Umbau des Berliner Schauspielhauses. Sonst finden sich weder im Etat bemerkenswerte Positionen, noch ist aus der Debatte irgend etwas Bemerkenswertes zu erwähnen. Am Sonnabend beginnt die Beratung des Kultusetas.

Die Auflösung des ungarischen Reichstages.

Aus Wien wird uns vom 22. Februar geschrieben: So ungewöhnlich die Form der Auflösung des ungarischen Reichstages war, so ungewöhnlich sind ihre Wirkungen: Sie bleiben nämlich völlig aus! Was das bedeutet, kann nur der ermessen, der das herbstliche Ungarland und insbesondere die so leicht erregbare Hauptstadt kennt, die sonst bei dem geringsten Konflikt mit „Wien“ sofort in Bewegung geriet. Nun ist aber die Hauptstadt still und stumm, das ganze Land absolut ruhig; sehr einleuchtende Beweise, wie lose der Zusammenhang der parlamentarischen Mehrheit mit den Volksmassen ist. Aber auch die koalitierten Heiden sind ruhig; die einzige „Demonstration“, zu der sie sich nach ihrer Vertreibung aus dem Abgeordnetenhause aufgeboten haben, war eine Messe, in der zur heiligen Jungfrau gebetet wurde, sie möge die Freiheit Ungarns in ihre Hut nehmen! Den Scherz mit der „nächsten Sitzung“, die vor der Flucht bekanntlich für Mittwoch anberaumt war, haben die Herren aufgegeben; von den „Protestversammlungen“, die im ganzen Lande an diesem Sonntag abgehalten werden sollten, ist es gleichfalls stille geworden. Die „Revolution“ wird also wie bisher weiter mit Paragraphen und Schriftsätzen geführt werden.

Dabei ist die Auflösung in einer Weise vorgenommen worden, die nur begriffen werden kann, wenn man annimmt, daß am Hofe schließlich die Absicht der Prozedation gewaltet hat. Die Auflösung ist nach der gesetzlichen Seite allerdings unanfechtbar; das Recht der ungarischen Krone, den Reichstag aufzulösen, ist in der Verfassung durch nichts beschränkt. Die Krone ist nur verpflichtet, binnen einem bestimmten Zeitraum die Neuwahlen vorzunehmen zu lassen und den neuen Reichstag längstens drei Monate nach der Auflösung zu versammeln. Da es so gut wie ausgeschlossen war, daß der Reichstag der Auflösung Widerstand leisten werde, wäre es wohl möglich gewesen, die Auflösung in der üblichen konstitutionellen Form: mittels eines königlichen Reskripts an den Reichstag, das der verantwortliche Ministerpräsident überbringt, zu vollziehen. Statt dessen ist bekanntlich ein königlicher Kommissar mit unbeschränkter Macht (der Generalmajor und frühere Honvedminister Kpily) ernannt worden, der den beiden Häusern die Auflösungsbotschaft mit einem ungemein aufreizenden Schreiben zuschickte: Er werde in dem nicht erwarteten Falle, daß seiner Anordnung nicht in ihrem ganzen Umfang Folge geleistet werden sollte und das Abgeordnetenhause nach der Verlesung des Auflösungsreskripts sich nicht auflösen würde, von der Vollmacht, die ihm seine Verfassung einräumt, Gebrauch machen. Noch drastischer war der Ton des Reskripts, das den „königlichen Kommissar“ ernannt. Ganz im Stile der Konterrevolution hieß es darin:

„Daher wir Euch kraft unserer königlichen Gewalt auftragen und befehlen, daß Ihr alle Anordnungen des durch uns ernannten königlichen Kommissars zu erfüllen, ihnen zu gehorchen und unserem königlichen Befehl zu huldigen habet, bei der die Zuwiderhandlungen treffenden gesetzlichen Ahndung dies als Eure gesetzliche und Untertanenschaft erkennen und nicht anders verfahren solltet.“

Diese königlichen Kommissare sind allerdings ein Bestandteil der alten Verfassung, aber das moderne geschriebene Recht kennt sie nicht, kennt nur das verantwortliche Ministerium. Die zweifelhafte Gesetzmäßigkeit seiner Anordnung wurde nun von der Koalition mit absolutistischer Schamlosigkeit ausgelegt: Der Vizepräsident erklärte, daß er die ihm von zwei Offizieren überbrachten Schreiben (die Reskripte, welche die Ernennung des Kommissars und die Auflösung enthielten) nicht annehmen könne und sie den Mitgliedern unerschrocken zurückschicken werde. Etwas Besonderes war der Einsatz nicht, aber daß dann, nachdem der Vorsitzende die „Sitzung“ geschlossen hatte (und die „nächste“ auf „übermorgen“ anberaumt), in den Sitzungssaal Polizei einbrang, in die Couloirs Honvedtruppen einmarschierten und ein Honvedoberst unter militärischer Bedeckung die Präsidentenstraße besiegte und das Auflösungsreskript „verlas“, das war doch nicht mehr als eine rohe Herausforderung und zweifelhafte Brutalität. Zwar wecklos vielleicht doch nicht; vielleicht sollte gerade dem ungeheuerlichen Reichstag gezeigt werden, daß seine Deklamationen, Protestationen und Petitionen wenig bedeuten gegenüber der sehr realen militärischen Macht. Man wollte von Wien aus zeigen, daß die Krone in Ungarn doch noch eine sehr bedeutsame Macht ist, indem sie über die Armeen verfügt — eine sehr gefährliche Verweissung, die aber — nach den bisherigen Wirkungen zu schließen — ihren Effekt nicht verfehlt hat.

Die Frage ist natürlich: Was weiter? Der Weg der Gesetzmäßigkeit würde vordringen, daß binnen drei Monaten der neue Reichstag einberufen wird. Es ist nicht gerade sicher, daß dies geschehen. Vielmehr macht es den Eindruck, als ob die Krone die „Wiederherberung“ Ungarns ernstlich unternehmen wollte, wozu natürlich vor allem gehört, daß ihre Regierung die Verwaltung in die Hand bekommt. Zu dem Zwecke sind in die renitenten Komitate „königliche Kommissare“ geschickt worden, zu dem Zwecke wird die autonome Verwaltung der Hauptstadt unter die Kuratel des bisherigen Oberstadthauptmannes (Polizeidirektors) gesetzt, zu dem Zwecke wird mit einem Worte alles getan, was eben noch mit dem Wortlaute der Verfassung verträglich zu sein scheint. Von da bis zu einem offenen Absolutismus, der die Neuwahlen unterläßt und Steuern und Soldaten ohne parlamentarische Bewilligung ansieht, ist nur ein Schritt — wenn gleich ein großer! Zustimmung kann die Wirtschaft, wenn sie auch im Wesen die Notwendigkeit der Krone darstellt, nicht finden, obwohl immerhin gesagt werden muß, daß das volksfeindliche und kühnliche Schreiben der Koalition alles andere denn Anerkennung verdient. Mitgefühl läßt sich selbstverschuldetem Unglück schwer entgegenbringen.

Deutsches Reich.

Zastet und den Leib begraben!

Herr von Gerlach hat im „Tag“ einen Artikel geschrieben über die „Einigungs“-Verhandlungen auf dem Parteitage der freisinnigen Vereinigung am letzten Sonnabend. Dieser himmelhoch jauchende Erguß des sehr optimistisch veranlagten Herrn v. Gerlach enthält u. a. folgenden Passus:

„Der dem Parteitag der Freisinnigen Vereinigung am 17. und 18. Februar, dem zweiten seit der Fusion, beigewohnt hat, wird den Eindruck nach Hause genommen haben, daß die Verbindung der beiden Elemente zu einer Amalgamierung gefähig hat. Man hat es jetzt mit einer Masse zu tun, nicht bloß programmatisch, sondern vor allem auch formungsmäßig. Kaum einer Rede konnte man es anhören, ob man es mit einem früheren Nationalsozialen oder einem alten freisinnigen Vereiniger zu tun hatte. Alles war sozialliberal, entschieden liberal. Ein einziger Eigenbrötler, der sich in den Gang der Dinge nicht zu finden gewußt hat, kam zu Worte. Sonst war die gesamte berufene Vertretung der Partei so einheitlich, wie das kaum in einer anderen Partei zu finden sein dürfte. Was in der Presse gelegentlich von Differenzen innerhalb der freisinnigen Vereinigung verlautet, ist auf ganz vereinzelte dissentierende Elemente zurückzuführen.“

Die „Frei-Deutsche-Presse“ hatte leichtes Spiel, wollte sie diese Gerlach'schen Phantasien zerpfücken. Die Art und Weise aber, wie das „Freisinn“-Blatt die Polemik gegen ihren „sozialliberalen“ Widersacher führt, reizt das letzte Feigenblatt von der „freisinnig-volksparteilichen“ Scham herunter. Der Erguß des verzerrten

Nichter-Müller-Sagan-Blattes ist wert festgenagelt und aufbewahrt zu werden als Sterbeurkunde des unfelig entlassenen „Socialismus“ dieser Richtung. Man lese und staune:

... Was nun den Eigenbrötler betrifft, so ist auch darüber die Darstellung des nationalsozialen Abgeordneten unrichtig. Herr von Gerlach meint damit das Mitglied der Hamburger Bürgerchaft Dr. Goldfeld, der auf dem Delegiertentag des Wahlvereins der Liberalen die Hamburger Wahlreform in Schuß zu nehmen suchte. Dr. Goldfeld konnte darauf hinweisen, daß er mit seiner ablehnenden Haltung gegenüber der Einführung des Reichswahlrechts in die Einzelstaaten in der freisinnigen Vereinigung durchaus nicht allein dastünde. Für die Lübecker Wahlreform sei u. a. der frühere langjährige Reichstagskollege des Abg. Dr. Barth Dr. Böck eingetreten, ebenso Herr Stiller, der gleichfalls Kandidat für den Reichstag von Lübeck gewesen ist. In den Herren der Hamburger Bürgerchaft, die für das Zweiklassenwahlrecht gestimmt haben, gehörte ein Mann wie Kiege, der für die freisinnige Vereinigung zum Reichstag kandidiert hat, wie Heinrich Pfeiffer, der langjährige Vorsitzende des Liberalen Vereins Hamburg für die freisinnige Vereinigung als Reichstagskandidat aufgestellt war. — Unter diesen Umständen von einem „Eigenbrötler“ zu reden, ist etwas sehr lächerlich und kann auch nur einem Manne wie Gerlach passieren.

Das ist wahrhaftig der Gipfel! Während andere Menschen Nehtritte ihrer näheren und ferneren Anverwandten mit dem Mantel der Liebe zu bedecken pflegen, wird hier mit einer beispiellos grausamen Brutalität die eigene Familienschwande in höhnlichem Triumph aufgedeckt.

Es ist wahrhaftig weit gekommen mit diesem — „Freisinn“. Die Sterbeurkunde ist da, bald werden die Totenglocken läuten.

Scherl kauft alles

also überschreibt die „Staatsbürger-Zeitung“ eine Jeremiade darüber, daß August Scherl es sich leisten kann, Namen von König, Vertrauenswürde, alles — alles zu kaufen, während das Antisemiten-Blättlein sich mit dem Abzug begnügen muß. Vor allen Dingen ist die „Staatsbürger-Zeitung“ während darüber, daß Scherl sich sogar intime Nachrichten aus der Umgebung Wilhelms II. zu kaufen versteht.

Nun ist es dieser Tage wieder passiert, daß August Scherl imlande war, näheres über die Konferenz beim Reichstagskongress zu berichten, der eine Anzahl parlamentarischer Führer nach der Wilhelmstraße geladen hatte und — vertraulich mit ihnen über das Handelsprovisorium mit Amerika konferierte! Natürlich muß Scherl sich einen dieser Parlamentarier gekauft haben; denn sonst konnte er unmöglich über die Konferenz informiert sein. „Dabei“, so schreibt die durch ihre antisemitische Vornehmheit berühmte „Staatsbürger-Zeitung“, „dabei ist nicht etwa ein Sozialdemokrat darunter gewesen, der das „Grüßchen“ und Anspandern als politischen Sport betreibt, sondern es waren lauter respektable bürgerliche Parteigrößen. Uebrigens haben die sozialdemokratischen Abgeordneten, wenn beispielsweise in der Budgetkommission vertrauliche militärische Mitteilungen gemacht wurden, das Schweigegebot bisher stets respektiert. Es gehört die ganze unmoralische Strapazenhaftigkeit des Systems Scherl dazu, um die Unanständigkeit der Indiskretionen planmäßig zu züchten. Mit welchem Rechte will man dann irgend einem fanatisierten Genossen Vorwürfe machen, wenn er gestohlene Akten veröffentlicht? Der verstorbenen Minister Freiherr v. Hammerstein war so naiv, sich einreden zu lassen, die Scherl-Presse sei ein Hemmnis für die Entwicklung der Sozialdemokratie in der Reichshauptstadt. In Wahrheit ebnet sie ihr nur den Weg. Beide leben vom Materialismus.“

Man kann der „Staatsbürger-Zeitung“ ihren edlen Konkurrenzern nachsagen. Vielleicht entsetzt sie eines Tages noch, daß Scherl selber Sozialdemokrat ist oder gar, daß er eigentlich nicht August Scherl, sondern Abraham Scherlsohn heißt.

Eins sei zum Schluß noch gesagt: Die „Staatsbürger-Zeitung“ handelt nun mindestens unvorsichtig, wenn sie sich gerade darüber mokiert, daß Scherl alles kauft. Hat sie selber sich doch eben erst von der „G. m. b. H. Das Reich“ kaufen lassen! Wer bürgt dafür, daß eines schönen Tages nicht August Scherl die „Staatsbürger-Zeitung“ kauft? Allzuweit ist's ja nicht von der Zimner nach der Johannerstraße. Und im übrigen kann sich August Scherl nicht nur Parlamentarier, sondern auch — Equipagen und Automobile kaufen.

Frisk, gesund und — Bodenschwing.

Am Montag hielt der Berliner Klubverein für Obdachlose seine Generalversammlung ab, in der zu erscheinen und zu reden auch Herr Pastor von Bodenschwing sich nicht entbrechen konnte. Er vertrat wieder seinen alten Standpunkt: man dürfe Arbeitsfähigen ohne Gegenleistung keine Unterstützung, nicht einmal ein Nachtquartier gewähren! Von diesem Grundsatz ausgehend, machte der alte Krake dem Klubverein Vorwürfe, weil er durch seine „unangebrachte Barmherzigkeit“ in seinen Räumen Verbrochene und Arbeitsfähigen Unterkunft gewähre. Dann kam die berühmte alte Melodie: Hund um Berlin gebe es wohl an 100 000 Morgen Land, das noch urbar zu machen ist, und von den ihm für seine Kolonien überlassenen Waldungen würde er freudig dem Verein 25 000 Morgen überlassen, um seine Wslisten an Arbeit zu gewöhnen usw. usw.

Genosse Singer versuchte, den greisen Pastor darüber zu belehren, daß Wanderkolonien und städtische Obdachlosenshale nicht mit demselben Maße gemessen werden können. Vergebens Mühe! Der gute Pastor wird auf seine alten Tage wohl nicht mehr verstehen lernen, daß Leute, denen die vom Kapitalismus erzeugten streifen lange Perioden unwilliger Arbeitslosigkeit ausgegangen, denen das Gefängnis, das Korrektilions-, das Arbeits-, das Zucht- und das modernen Kapitalistenstaates die Liebe zur und das Verständnis für Arbeit mit Gewalt ausgetrieben haben, daß solche Leute nicht von heute auf morgen vom „Segen der Arbeit“ überzeugt werden können.

Der alte Bodenschwing tut einem in der Seele leid. Er ist ein paar Jahrzehnte zu früh auf die Welt gekommen.

Die Ausnagerungspolitik der „Machgebenden“.

In den schleswig-holsteinischen Märchen, die sich in einer einzigen gewaltigen Weidese über ganz Nordfriesland, Norddithmarschen und die Halbinsel Eiderstedt erstrecken, besitzt bekanntlich Nord- und Westdeutschland eine seiner hauptsächlichsten Produktionsstätten für Schlachtvieh. Die Gräser, die Weiden und Pächter dieser ungeheuren Viehweiden, beziehen schon seit langen Jahren ihr Rohmaterial, das Magervieh, das sie den Sommer über zu den berühmten schleswig-holsteinischen Märchhöfen herausfüttern, aus Jütland. Als nun die Grenzen für die Einfuhr lebenden Viehes gesperrt wurden, wurde an der dänischen Grenze für dieses jütische Magervieh, das sich ganz besonders gut zur Aufzucht eignet, die Annahmehbestimmung getroffen, daß ein bestimmtes Kontingent, über mehrere Jahre verteilt, noch eingeführt werden dürfte, und zwar allein über die Landesquarantäneanstalt Quidvig. Im Jahre 1905 war dieses Kontingent erschöpft und die Quarantäne Quidvig wurde geschlossen. Immerhin rechnete man in Gräfertzen, wie und aus Schleswig-Holstein geschrieben wird, mit Bestimmtheit darauf, daß mit dem Inkrafttreten des neuen Zolltarifs am 1. März dieses Jahres oder doch in absehbarer Zeit danach die Einfuhr des jütischen Magerviehes wieder gestattet werden würde, denn durch den allgemeinen Tarif sind doch solche Spezialkontingente, wie diese Sperre, überflüssig geworden und das deutsche Vieh ist von diesem Zeitpunkt an mehr als genügend gegen die ausländische Konkurrenz geschützt. Wie nun bürgerliche Blätter der Provinz zu melden wissen, ist nach „Informationen an maßgebender Stelle“ an eine Wiederzulassung der Einfuhr in absehbarer Zeit nicht zu denken.

Der Einfluß derjenigen landwirtschaftlichen Kreise, auf deren Vorstellungen hin seinerzeit das Einfuhrverbot erlassen worden, sei in den landwirtschaftlichen Körperschaften und bei der Regierung immer noch zu groß, als daß eine Revision der geltenden Anschauungen von dieser Seite erwartet werden könne. Als Hauptargument für die Sperrpolitik wertet neben der Behauptung, daß das Jütland bereits ein den Anforderungen der Viehwirtschaft genügendes Quantum von Magervieh produziere, der Schaden ins Feld geführt, der den einheimischen Magerviehzüchtern durch die billigeren Produktionskosten und demgemäß niedrigeren Preise des dänischen Magerviehs erwachsen würde. Die einheimische Landwirtschaft aber bedürfte des Schutzes umso mehr, als sich diese Landwirte bereits unter bedeutenden finanziellen Aufwendungen auf eine forcierte Anzucht von Magervieh konzentrieren hätten usw. usw. Also mit dem jütischen Magervieh ist vorbei. Die Gräser aber fangen bereits an, die Folgen dieser Politik empfindlich zu spüren. Die schleswig-holsteinischen Viehzüchter, auf die sie jetzt abgeworfen sind, fordern in diesem Frühjahr Preise, wie sie gleich hoch bis jetzt noch nicht dagewesen sind. Viele Groshauern auf der Geest halten sogar das Vieh zurück, um später noch höhere Preise zu erzielen. Natürlich wird diese künstliche Erhöhung der Produktionskosten in den Preisen des Schlachtviehs zur gegebenen Zeit entsprechend zum Ausdruck kommen und die preissteigernde Wirkung des Zolltarifs noch verstärken. Wie dann die breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung zur höheren Ehre der einheimischen Agrarier ihren Fleischkonsum noch mehr einschränken können, verrät vielleicht in seiner nächsten Champagnerrede der Landwirtschaftsminister oder sein Gönner, der Kanzler.

Parlamentarische Selbstkürzung.

Kaum ist die Entrüstung sächsisch-reaktionärer Blätter über die Kennzeichnung des sächsischen Parlamentarismus durch den „Vorwärts“ verrannt, und schon ist wieder eine neue Probe von derselben Sorte sächsischer Jämmerlichkeit zu verzeichnen. In der Mittwochssitzung der Zweiten Kammer des sächsischen Landtages stand eine freisinnige Interpellation zur Beratung, die eine interessante Vorgeschichte hat.

Der freisinnige Abgeordnete Koch hatte sich in der Sitzung vom 30. Januar d. J. über die ungewöhnliche Art der Schneebeseitigung in mehreren Städten des Erzgebirges durch die staatliche Straßenbauverwaltung beschwert und unter scharfen Bemerkungen gegen die Behörden nachgewiesen, daß die beliebte Anhäufung von Schnee in den Straßen sowohl vom feuerpolizeilichen Standpunkte bedenklich wie gesundheitschädlich und schließlich auch elchhaft sei, da auf den bis zu vier Meter hohen Schneehaufen der Untat abgelagert werde. Außerdem bemängelte er die Handhabung des Grenzverkehrs mit Kohlungsmitteln und die Steuerfreiheit ausländischer Arbeiter in den Grenzgemeinden. Vorher hatte er über diese Fragen mit dem Amtshauptmann von Annaberg, einem Herrn v. Bismarck, verhandelt, aber angeblich keine genügende Aufklärung erhalten. Dennoch war der Herr Amtshauptmann über die Kritik der oben angeführten Nebelstände in seinem Nachbierbereich so entrüstet, daß er den Abgeordneten Koch in einem Schreiben aufforderte, seine Behauptungen zurückzunehmen und ihm öffentlich Abbitte zu leisten. Eine solche Abbitte war bereits entworfen und Herr Koch sollte sie nur unterzeichnen, und zwar sollte das bis zu einem bestimmten Termin geschehen, anderenfalls weitere Maßnahmen erfolgen würden. Da der solcher Art wie ein Schüler behandelte Volksvertreter nicht darauf reagierte, veröffentlichte der Amtshauptmann im Namen der „königlichen Amtshauptmannschaft“ einen offenen Brief gegen den Abgeordneten Koch, worin diesem unter anderem vorgeworfen wurde, im Landtage wider besseres Wissen gehandelt zu haben. Das freisinnige Protokoll antwortete darauf mit einer Interpellation an die Regierung, ob sie eine solche amtliche Kritik eines Abgeordneten durch einen königlichen Amtshauptmann billigen könnte.

Die Antwort des Ministers v. Meisch auf diese Interpellation war ein richtiger Eierkuch: Im allgemeinen sei eine solche Kritik allerdings nicht zu billigen, in besonderen Fällen aber müsse man den Beamten das Recht zugestehen, sich zu verteidigen gegen unberechtigte Angriffe. Die Hauptsache aber, ob eine solche Kritik eines einzelnen in Form eines amtlichen Erlasses erfolgen dürfe, überging der Minister mit Schweigen. Das Verhalten des Herrn v. Meisch ist ja verständlich. Es war ja auch nicht seine Sache, die „Würde des hohen Hauses“ und die Rechte der Abgeordneten zu wahren. Das wäre Sache der Kammer selbst gewesen, wenn die Volksvertreter nicht zur Selbsterhaltung kommen wollen. Nun, die freisinnigen Redner und Genosse Goldstein liehen es an zutreffenden Worten gegen das von der Amtshauptmannschaft beliebte Verfahren auch nicht fehlen. Aber wie verhielten sich die Konservativen? Der Oberreaktionär Opiß und sein erster Helfer Dr. Kuhl morgen verteidigten geradezu unter Angriffen auf den Abg. Koch das anmaßende Vorgehen eines Amtshauptmanns gegen einen Abgeordneten, obwohl sie sich hätten sagen müssen, daß wenn dieser Brauch um sich greifen würde, auch konservative Abgeordnete gelegentlich darunter zu leiden haben würden. Statt nur einen Versuch zu machen, das Recht auf Kritik an „Landesgebrechen“, das den Abgeordneten in der Verfassung garantiert ist, zu wahren, ergingen sie sich in juristischen Spitzfindigkeiten, um auf diese Weise selbst zu versuchen, den Interpellanten das Recht freitig zu machen, wegen dieser Sache überhaupt eine Interpellation einzubringen. Parlamentarier, die ihre Pflichten in so kurzschichtiger Weise preisgeben, ja, die noch versuchen, das eigene Interpellationsrecht zu beschneiden, dürfte man wohl außerhalb Sachsens vergebens suchen. Gewiß können sich auch Sendboten anderer Länder an reaktionärer Bestimmung mit den sächsischen Konservativen messen, aber auf ihre konstitutionellen Rechte pochen sie doch eiferfüchtig. Die Liebedienerei und der engstirnige Parteilich der sächsischen Konservativen gehen aber sogar soweit, ihre eigenen Befugnisse als Volksvertreter heimlich mit Füßen zu treten. Und solche Herren beherrschen das Parlament eines Industriestaates, allerdings nur mit Hilfe der Volkstrentung. Wer noch daran zweifelte, wird jetzt erkennen, daß es der Jämmerlichkeit des sächsischen Parlamentarismus in erster Linie mit zuzuschreiben ist, daß Sachsen ein Polizeistaat par excellence wurde.

Dem russischen Henker überliefert

wurden von der Rattowitzer Polizei in vergangener Woche zwei russisch-polnische politische Flüchtlinge, namens Waszta und Kunt! Dieselben kamen in Begleitung eines Dritten namens Picha mit der Eisenbahn von Sosnowice, der russisch-polnischen Grenzstation, auf dem Bahnhofe in Rattowitz an und wurden vom dort aufgestellten Gendarm nach ihrer Legitimation gefragt. Da nach Ansicht des Beamten die von den drei vorgezeigten Halbpässe nicht mit dem Rattowitzer der Bahnhaber übereinstimmten, übergab er die Fremden der Rattowitzer Polizei, die sie in Haft nahm. Am Mittage des nächsten Tages wurden die Verhafteten aus dem Polizeigefängnis wieder entlassen, nachdem sie wegen Uebertretung der Polizeivorschriften je drei Part Strafe gezahlt hatten. Während man aber einen, den preussischen Staatsangehörigen Picha, ganz laufen ließ, wurden die beiden russischen Staatsangehörigen von einem Rattowitzer Kriminalbeamten zum Bahnhof geführt, mit dem nächsten Zuge nach Sosnowice geschickt und dort der russischen Grenzkommande, d. h. den Kosaken (!) überliefert! Was dann mit den Unglücklichen geschah, weiß man nicht. Nach den Aufzeichnungen des Dritten, der den bedauerndwerten Kollegen nach Sosnowice folgte, ist aber ihr Schicksal besiegelt, da sie als gefährliche Revolutionäre gelten sollen.

Das Vorgehen der Rattowitzer Polizei muß den empörten Protest jedes menschl. Bühlenden entflammen. Seit längerer Zeit

sind derartige Auslieferungen seitens der oberösterreichischen Polizei nicht mehr erfolgt, man beschränkte sich vielmehr darauf, aufgegriffenen mittel- und legitimationslosen russischen Flüchtlingen einen Ausweg über Czajkowa (Galizien) zu ermöglichen. Seit kurzer Zeit ist das anders geworden, offenbar nicht aus eigenem Ermessen der Grenzpolizeibehörden sondern auf höhere Weisung. Von außerordentlich scharfen Grenzkontrollmaßnahmen und sogar von völliger Aufhebung bisheriger Möglichkeiten, die preussische Grenze von Ausland aus zu passieren, wird auch aus anderen oberösterreichischen Grenzorten berichtet. So ist auf Anordnung des Landrats von Lublitz (Oberösterreich) am Grenzübergang Preussisch-Heerth ein Gendarm postiert, der nur Inhaber von russischen Jahrespässen die Grenze nach Preußen passieren läßt, die Inhaber der bisher geltenden Halbpässe aber unbedingt zurückweist. Die lebhaften Proteste der durch diese Hemmung des wichtigen Grenzverkehrs schwer geschädigten oberösterreichischen Geschäftleute sind bisher ohne Wirkung geblieben, man bleibt dabei, russische Polizeipraktiken in Preußen noch zu übertreffen. Ein solches Ziehen, insbesondere aber die schmachvolle Auslieferung politischer Flüchtlinge, die hier nichts weiter verbuchen, als die mit ein paar Mark Geldstrafe belegte Übertretung irgendeiner Polizeiverordnung, fordert die allerentschiedenste Beurteilung sowohl durch die unabhängige Presse, wie im deutschen Reichstage heraus. —

Zentrum und katholische Arbeiter. Wir haben bereits in früheren Berichten gezeigt, wie die Zentrumspartei in der sichersten ihrer Hochburgen, in Aachen, die Interessen seiner Arbeiteranhänger immerfort mit Füßen tritt. Obgleich das Zentrum im Natheine nahezu Zweidrittelmehrheit hat, lehnte man die Anträge des christlichen Gewerkschaftsverbands auf Herabsetzung des kommunalen Wahlzensus ab. Seit acht Jahren fordern die katholischen Arbeiter ferner, daß sie im Stadtverordnetenkollegium vertreten seien. Jetzt endlich hatte man ihnen zugejagt, daß sie einen Sitz in der dritten Wählerklasse erhalten sollten. In der zweiten Klasse war ein Stadtdirektor gefordert. Der Maschinenfabrikant Pappert sollte sein Mandat in der dritten Klasse niederlegen und in der zweiten Klasse gewählt werden. Das freigeordnete Mandat dieser Klasse sollte dann ein christlicher Gewerkschaftler erhalten. Nun aber haben die zentrumlichen Geldprogen der zweiten Klasse aus ausgesprochener Gegnerschaft gegen eine katholische Arbeiterkandidatur den Maschinenfabrikanten in der zweiten Klasse durchfallen lassen und statt seiner einen anderen Ultramontanen gewählt. Niemand zweifelte daran, daß das Zentrum aus politischer Klugheit und trotzdem in der dritten Klasse den Arbeitervertreter aufstellen werde. Statt dessen aber beschloß der Wählerauschuß gegen nur zwei Stimmen, von der Arbeiterkandidatur Abstand zu nehmen und den Maschinenfabrikanten erneut in der dritten Klasse zu wählen. Und was das allerbeste ist: eine von 300 Zentrumslenten besetzte Versammlung beschloß gegen wenige Stimmen im nämlichen Sinne. Damit haben die Arbeiteranhänger des Zentrums, soweit sie in der Versammlung erschienen waren, ihre Selbstentnennung endgültig vollzogen. Die große Mehrzahl der katholischen Arbeiter allerdings war der Versammlung ferngeblieben; ein Teil ist infolge der liberalen Erziehung und der berechtigten Ächtung der Hungerlöhne völlig apathisch; ein immer mehr anwachsender Teil aber hat erkannt, daß bei der Partei des Lebensmittelwunders und des Arbeiterbetrugs für den Proletariat nichts zu hoffen ist. Auch im dunklen Aachen wächst die Erkenntnis von Tag zu Tag, daß die Sozialdemokratie die einzige Vertreterin der Arbeiterklasse und des Volkswohls überhaupt ist.

Revolver! Dolsche! Revolution! Unter den Waffenhändlern und Fabrikanten von Rheinland und Westfalen macht sich eine lebhafteste Protestbewegung gegen einen von dem Oberpräsidenten geplanten Erlaß bemerkbar, der einem Verbot des Waffenhandels nahekommt und die Händler unter Polizeiaufsicht stellen will. Wie in einer in Köln abgehaltenen Versammlung von Interessenten mitgeteilt wurde, beabsichtigt die Regierung eine Verordnung zu erlassen, wonach der Verkauf von Waffen, wie Revolver, Jagdgewehre, Leßjähns, Flobertbüchsen, Dolsche, ferner von Munition nur noch an solche Personen stattfinden darf, die einen von der Polizei ausgestellten Waffenschein haben. Ein solcher Schein soll an Personen unter 21 Jahren grundsätzlich nicht, im übrigen nur an Personen, die „zuverlässig“ sind und ein Bedürfnis nachweisen, abgegeben werden. Die Händler sollen über alle Käufer ein genaues Verzeichnis führen.

Daß diese Verordnung geplant sei, ist gleich nach dem 21. Januar, dem „roten Sonntag“, bekannt geworden. In der Kölner Versammlung trat ein Waffenhändler aus Bonn auf und erklärte, von einem höheren Beamten die Ursache der Maßnahme erfahren zu haben. Als der 21. Januar heranrückte, habe man alle Polizeibeamte mit Revolvern andrängen wollen, aber man sei nicht in der Lage gewesen, genügend Waffen zu erhalten, da keine ausreichenden Lager zur Verfügung standen und die Fabriken ihre Produktion bereits auf ein halbes Jahr verlagert hätten. Es müsse der Regierung klar gemacht werden, daß die Händler keine Waffen an Sozialdemokraten geliefert haben, sondern daß die Produktion meistens ins Ausland gehe. — Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, die gegen den geplanten Erlaß Einspruch erhebt, weil er die Lebensinteressen der Händler und der Waffenfabrikanten aufs empfindlichste schädigen werde. Es wurde eine Kommission eingesetzt, die mit allen Mitteln gegen den Plan angehen soll. —

Der „verpumpt“ Soldat.

Wegen vier militärischer Vergehen wurde vor einiger Zeit der Wachtmeister Karl August Wilhelm Schoch von der 1. Batterie des Feldartillerie-Regiments Nr. 24 in Gütrow kriegsgerichtlich zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Da nicht auf Degradation und nicht auf eine höhere Strafe erkannt worden sei, legte der Gerichtsherr Berufung ein, mit der sich am Donnerstag das Oberkriegsgericht des 9. Armeekorps (Altona) beschäftigte. Die Angelegenheit entbehrt nicht nur des humoristischen Antriebs, sondern sie zeigt auch, daß in unserem so viel gepriesenen und von vielen Leuten für Tabu erklärten Heereswesen manches nicht mit rechten Dingen zugeht. Sonst wäre es doch kaum möglich, daß der Wachtmeister einen Soldaten auf fünf Monate ins „Zivilleben“ hätte schicken können, ohne daß die Vorgesetzten etwas davon merkten. Der Angeklagte ist von Beruf Sattler und kannte den Sattlermeister Behn in Gütrow, der ihn kurz vor Pfingsten 1905 auswärtsweise um Ueberlassung eines Sattlers ersuchte. In der 1. Batterie diente ein Sattler A., der früher bei Behn gearbeitet hatte. Die „Auslösung“ dauerte fünf Monate, bis zur Entlassung des A., der dann bei Behn als Zivilist in Arbeit trat. Während dieser ganzen Zeit wachte der Wachtmeister seine Vorgesetzten über den Verbleib des A. zu läuschen, der entweder auf Wache oder auf Urlaub oder sonstwo war. Auch ins Rheinland brachte dieses nützliche Mitglied unseres Heeres nicht zu ziehen. Da ließ plötzlich ein anonymes Schreiben beim Wachtmeister ein, in dem Andeutungen über die Tätigkeit des A. für den die Kompetenzen nach wie vor gewahrt wurden, enthalten waren. Der Wachtmeister beruhigte sich, als sein Wachtmeister erklärte, „der Mann sei vom Regiment beurlaubt“. Dann ließ vom Gütrower Gewerkschaftsleiter ein Schreiben ein, in dem Behn wurde gefordert, über die Verwendung des A. diesen Brief legte der Wachtmeister beiseite und der Zustand blieb der alte. Als die Sache aber dennoch ruchbar wurde und A. bereits seine Zeit „abgedient“ hatte, ging der Wachtmeister zu A. und überreichte ihm die „zurückbehalten“ Lösung in Höhe von 20,30 M. A. glaubte keinen An-

spruch darauf zu haben, weil er während der fraglichen Zeit außer Essen und Trinken pro Woche 8 M. von seinem Meister erhalten hatte. Die Straftaten des Wachtmeisters qualifizieren sich als Mißbrauch der Dienstgewalt, Verleugern eines Vorgesetzten, Erstattung unrichtiger Meldungen und Unterschlagung. Der Angeklagte behauptete, den Mann ganz vergessen zu haben.

Der Berufung des Gerichtsherrn wurde stattgegeben und der angeklagte Wachtmeister, der im 15. Jahre diente, nunmehr zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Der Antrag lautete auf sechs Monate Gefängnis und Degradation von der jedoch Abstand genommen wurde.

Ausland.

Oesterreich.

Das Wahlrecht naht.

Die Regierung brachte gestern (23. Februar) 5 Gesetzentwürfe ein betreffend die Parlamentsreform, und zwar Gesetzentwürfe, wodurch die Grundgesetze für die Reichsvertretung abgeändert werden; ferner einen Gesetzentwurf betreffend die Wahl der Mitglieder des Abgeordnetenhauses nebst der Reichsratswahlordnung, sodann einen Gesetzentwurf betreffend die strafrechtlichen Bestimmungen zum Schutze der Wahlfreiheit und einen Gesetzentwurf betreffend die Ergänzung des Barographen 16 der Grundgesetze über die Reichsvertretung sowie einen Gesetzentwurf betreffend die Abänderung der Geschäftsordnung des Reichsrats. Die Entwürfe enthalten im wesentlichen folgende Bestimmungen: Die Mitglieder des Herrenhauses können in das Abgeordnetenhaus gewählt werden. Für die Dauer dieses Mandats ruht die Mitgliedschaft im Herrenhaus. Die Zahl der Abgeordneten beträgt 455. Davon entfallen auf Böhmen 118, auf Dalmatien 11, auf Galizien 88, auf Oesterreich unter der Enz 55, Ober-Oesterreich 20, Salzburg 6, Steiermark 28, Kärnten 10, Krain 11, Bukovina 11, Mähren 44, Schlesien 13, Tirol 21, Vorarlberg 4, Istrien 5, Triest-Gradiška je 5.

Das aktive Wahlrecht steht jedem Staatsbürger zu, der 24 Jahre alt ist und seit mindestens einem Jahre in einer österreichischen Gemeinde seinen Wohnsitz hat. Das passive Wahlrecht steht jedem zu, der seit mindestens drei Jahren österreichischer Staatsbürger ist und das 30. Jahr zurückgelegt hat. Das voraussichtliche nationale Ergebnis der Reform stellt sich folgendermaßen dar: Deutsche künftig 205 (jetzt 205), Böhmen künftig 99 (jetzt 87), Polen künftig 64 (jetzt 72), Ruthenen künftig 31 (jetzt 10), Slovenen künftig 23 (jetzt 15), Serbokroaten künftig 13 (jetzt 12), Italiener künftig 16 (jetzt 19), Rumänen künftig 4 (jetzt 15). Somit gegen 205 Deutsche, 230 Slaven, 16 Italiener, 4 Rumänen. Die neue Reichsratswahlordnung soll mit der Auflösung des bestehenden Abgeordnetenhauses in Wirksamkeit treten. Die Wahlberechtigten in jedem Wahlbezirk bilden einen Wahlkörper, der einen Abgeordneten zu wählen hat; nur in den ländlichen Wahlbezirken Galiziens sollen je zwei Abgeordnete mit relativer Stimmenmehrheit derart gewählt werden, daß jeder Wähler nur für einen Abgeordneten seine Stimme abgeben kann. Wähler ist nach dem Vorbild der Landtagswahlordnung in Wahlbezirk mit national getrennten Wahlkörpern eingeteilt. Die Einführung analoger Wahlrichtungen in anderen Ländern wird von der Einführung der nationalen Kataster bei den Landtagswahlen abhängig gemacht werden. Es wurde versucht, die Wahlbezirke möglichst national einheitlich zu gestalten, außerdem wurde die Schaffung von städtischen und ländlichen Bezirken versucht. Jeder Wähler kann nur eine Stimme abgeben. Die Wahlpflicht ist in dem Entwurf nicht festgestellt.

Das Wahlrecht ist in jener Gemeinde auszuüben, worin der Wahlberechtigte am Tage der Wahlauschreibung seit wenigstens einem Jahre wohnt. Der Gesetzentwurf betreffend die Geschäftsordnung bestimmt unter anderem, daß Abgeordnete, welche grobe Unbestimmungen im Hause verüben oder das Haus oder den Präsidenten schwer beleidigen, auf längstens eine Woche aus dem Hause ausgeschlossen werden können. Außenstehende Personen können im Falle der Beleidigung einer strafbaren Handlung oder ehrenrührigen Behauptung über das Privat- und Familienleben beim Präsidenten schriftlich Beschwerde führen.

Gleich nach Eröffnung der Sitzung hielt Ministerpräsident v. Gautschi eine lange Rede zu den Wahlreformvorlagen. — Die Abenteurer störten den Referenten durch lärmende Zwischenrufe, die sie auf den Minister vom Anfang bis zum Ende seiner Rede herniederproffeln ließen. —

Rußland.

Neue Konstitutionswachen.

Als die bulgarische Konstitution, das Reichsdumaprojekt vom 19. August, verfaßt wurde, da herrschte unter den politischen Parteien Rußlands, deren es damals im ganzen nur an der Zahl 15 gab — wenn man alle sozialdemokratischen Organisationen der verschiedenen Nationalitäten als eine Partei betrachtet — so ziemlich die eine Meinung, daß dieses Projekt ein totgeborenes Kind ist. Die erste Konstitution war nicht lebensfähig, konnte es nicht sein, weil die bulgarische Reichsduma nicht einmal als eine Ständevertretung angesehen werden durfte. Man diskutierte und schrieb aber über das bulgarische Projekt viel mehr (auch in der russischen und ausländischen Arbeiterpresse), weil dieses Projekt eben der erste Schritt zu einer Konstitution überhaupt war. Mit der Anerkennung einer gewählten Vertretung hatte der Absolutismus als solcher eigentlich aufgehört zu existieren. Daher das allgemeine Interesse, welches diesem Projekt gesollt wurde.

Worüber man damals so eifrig diskutierte, das war ja übrigens nicht das Projekt selbst als vielmehr die anderen Konzeptionen, die die Regierung dem Volke machen mußte. Soviel Vertrauen besaß die russische Regierung noch vor vier Monaten, daß man annehmen konnte, sie werde vor den Reichsdumawahlen irgendwelche Press-, Rede- und Versammlungsfreiheiten gewähren; denn ohne solche konnte sich niemand die Wahlen auch zur bulgarischen Duma vorstellen. Nur im Zusammenhange mit diesen Freiheiten wurde die Frage der Beteiligung resp. Ausnutzung der Wahltagitation (denn die Arbeiter konnten sich ja nach dem ersten Projekt überhaupt an den Wahlen nicht beteiligen) von seiten der Arbeiterpartei diskutiert. Daß dem ersten Schritte noch weitere Schritte folgen müßten, das sah sogar die damals unter der allgemeinen Bezeichnung der „Liberale“ figurierenden Semstwoorganisationen. Unter dem Druck der Arbeiter, die ihnen mit dem allgemeinem politischen Streik drohten, traten die Semstwoänner ziemlich geschlossen noch für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht ein. Eine Spaltung der Semstwoänner war aber schon auf dem letzten Kongresse zu Pskow am 6. November zu verzeichnen, als man gerade über die Frage des allgemeinen Wahlrechts und die Autonomie Polens debattierte.

Allmählich bildeten sich nun unter den Liberalen Gruppierungen der verschiedensten Schattierungen. Nach den Forderungen der Gemäßigten und der Reaktionslose schritt sich Witte dann sein zweites, erweitertes Reichsdumaprojekt aus. Dieses Gesetz wurde am 24. Dezember publiziert.

Die Regierung hatte mit der Veröffentlichung des Gesetzes gezögert, um dadurch den reaktionären Parteien, die sich nach dem

Probokationsmanifest vom 30. Oktober gebildet hatten, Zeit zur Organisierung zu lassen. Die Gegenrevolution konnte a. a. nur dann auf Erfolg rechnen, wenn sie unterstützt wurde von politisch organisierten Parteien. Sobald das Volk zur Wirklichkeit der im Manifest vom 30. Okt. angekündigten Freiheiten übergegangen war und an den Privilegien der herrschenden Gewalten zu rütteln angefangen hatte, war eine ganze Menge neuer reaktionärer Parteien und Gruppen entstanden. Wir können selbstverständlich weder hier alle aufzählen noch auf ihre Programme eingehen. Eine nannte sich „Vereinigung der russischen Leute“, eine andere „Die Partei der Rechtsordnung“ usw. Den größten Einfluß erlangte allmählich „der Verband des 17./30. Oktobers“, zu welchem sich augenblicklich auch die Herren Schippor, Gutschkow, Heyden, v. Korff u. a. zählten. Diese Partei war anfangs, als die Reaktion noch nicht in dem jetzigen Grade mit Kerker und Todesstrafe hantierte, damit zufrieden, mit dem konstitutionellen Nikolaus durch die und öhnn zu gehen. Witte war für diese Leute immer „der einzige Ketter“ Rußlands gewesen, und die Sozialdemokratie mit ihren Forderungen hatten diese Herren stets gehaßt und mit allen Mitteln bekämpft. Dieser Partei nun hat sich z. B. auch der baltische Adel angeschlossen. Die Herren Schippor und Gutschkow werden sich denn auch für dieselben albernsten Mittel ausprechen, welche die baltischen Junker jetzt den lettischen Bauern und der lettischen Sozialdemokratie gegenüber anwenden.

Am weitesten links steht „die Partei der konstitutionellen Demokraten“, deren Mitglieder jedoch je nach der Nationalität ziemlich verschiedene Forderungen aufstellen und einzig der Sozialdemokratie gegenüber geschlossen auftreten wollen. Zu dieser Partei der konstitutionellen Demokraten zählen sich die „jetzt liberalen“ Männer vom Hause eines Peter v. Struwe, v. Hessen, Miljukow, Petrunkewitsch usw. Alle diese Herren zusammen wollen augenblicklich die Regierung unterstützen und zur Wahlurne schreiben; dem es a. a. heißt doch augenblicklich die Regierung unterstützen! Es ist klar, wenn die russische Regierung es überhaupt bis zum Zusammentritt der Duma kommen lassen will, dann ist diese Duma ihr zu irgend welchem Zwecke notwendig; denn sonst würde die Reaktion, die jetzt stolz über Menschenseichen dahinschreitet und allmählich zu sein scheint, sich nicht eine Art von Kontrolleuren ausfallen.

Die Regierung muß — vorläufig wenigstens — so tun, als ob sie es mit der Einberufung der Duma ernst nähme; denn nur so kann sie auf das Geld der ausländischen Bankiers und auf die Leichtgläubigkeit der französischen Kleinbürger spekulieren. Gelingt es dem Zarismus, eine Anteihe schon unter diesen Scheinborbereitungen zur Duma zu erhalten, so wird Graf Witte seinen Rücktritt und die Einberufung der Duma noch um einige Monate verschieben, wie er es bisher von einem Tage zum andern verschoben hat.

Wenn das die Absicht der russischen Regierung ist — und daß sie es ist, das haben alle sozialdemokratischen Organisationen anerkannt —, so kann deren Aufgabe nur die sein, mit allen sozialdemokratischen Mitteln dahin zu arbeiten, daß die Duma nicht zum Zusammentritt, oder falls es der Regierung doch gelingen würde, mit Hilfe von Polizei und Gendarmen die nötige Vertretung zum festgesetzten Termin fertigzustellen, daß die ganze Welt dann auch wissen muß, wie diese Vertretung „gemacht“ wurde; denn der Schein soll den ausländischen Geldputzern gegenüber gewahrt werden, als ob das Volk an den Wahlen teilgenommen hätte!

Einige Organisationen hofften anfangs, daß durch ihre Beteiligung an den Wahlen die Duma von innen her gesprengt werden und auf den Restmuren derselben eine konstituierende Nationalversammlung einzubereiten gelingen könnte. Wie die Dinge jetzt stehen, kann weder von einer Sprengung der Reichsduma, noch von einer ausgiebigen Wahltagitation die Rede sein. Die Rede, Press- und Versammlungsfreiheiten sind wieder vernichtet und viele sozialdemokratische Organisationen dermaßen geschwächt, daß von einer breitangelegten Agitation absolut keine Rede sein kann.

Wie konnte man z. B. in den Ostprovinzen, im Kaukasusgebiet usw. die Arbeiter jetzt, wo ihre Gewerkschaften im Kampfe um das gleiche, allgemeine, geheime und direkte Wahlrecht gefangen sind, aufzureden, an Wahlen teilzunehmen, bei denen jede Fabrik mit einstanten Arbeitern nur einen Wahlmann zu wählen hätte, an denen ferner nur diejenigen Arbeiter teilnehmen könnten, die ein Jahr lang an Ort und Stelle gewohnt und dabei ein selbständiges Quartier innegehabt hätten, so daß zum Beispiel auf das Gouvernement Wilna nur ein von Arbeitern gewählter Wahlmann, auf das Gouvernement Livland nur drei und auf die meisten Gouvernements überhaupt keiner entfallen würde! Wo 45 Gouvernements des europäischen Rußlands würden insgesamt nur 230 Wahlmänner aus den Arbeiterkreisen wählen können, wobei das Gouvernement Dniewz mit 300 000 Einwohnern drei Deputierte und die Stadt Odessa mit 405 000 Einwohnern nur einen Deputierten in die Reichsduma schicken würde! Hervorzuheben ist, daß nach der russischen Wahlgesetzgebung kein einziger Arbeiter in die Reichsduma kommen würde, wenn die Arbeiter auch alle „Wahlstrapsagen“, die dann einem und dem anderen sogar das Leben kosten würden, wenigstens einige Jahre Kerker eintragen könnten — glücklich überstanden! —

Amerika.

Kein Schutz für freilebende Arbeiter. Wie vor einiger Zeit berichtet, wurden in Key West im Staate Florida die Führer streikender Zigarrenmacher aus Kuba gewaltsam durch ein Bürgerkomitee auf ein Schiff gebracht und nach Havana verschifft. Auf eine Beschwerde des kubanischen Gesandten in Washington wurde eine amtliche Untersuchung eingeleitet, und die Beschwerde ist jetzt als unbegründet zurückgewiesen worden. Die Hafenbehörden hatten ausgefagt, daß ihrer Meinung nach jene Männer sich freiwillig auf das Schiff begeben hätten. „Freiwillig“ bei Nacht und Nebel unter Begleitung von schwer Bewaffneten! „Freiwillig“ ließen manche von ihnen Weib und Kind zurück! —

Gegen die Eisenbahnen. Das Repräsentantenhaus hat eine Untersuchung gegen die Eisenbahngesellschaften angeordnet, welche mit Kohlenbergwerksgesellschaften ungleiche Monopole ausüben, um die Konkurrenz der kleineren Gesellschaften vollständig zu unterdrücken. Nach einer neueren Entscheidung des obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten verliert es gegen das zwischenstaatliche Handelsgesetz, wenn eine Bahngesellschaft das Produkt, dessen Transport sie übernimmt, selbst zum Verkauf auf den Markt bringt. Man hält es an maßgebenden Stellen für notwendig, die Uebermacht der Großen ein wenig zu beschränken, erstens weil die Kleinen viel Geschrei erheben und zweitens — wie Roosevelt selbst einigemal erklärt hat — um nicht eine Volksbewegung herbeizuführen, welche die Rationalisierung der Eisenbahnen verlangen könnte! Die öffentliche Meinung ist den Bahngesellschaften nicht günstig, weil die räuberische Ausbeutung dieser Gesellschaften allgemein bekannt ist.

Soziales.

(Siehe auch 1. Beilage).

Von den reinlichen Bäckern. Vamberger Bäckereimeister wurden nicht schlecht erschreckt, als kürzlich eine Kommission der Nahrungsmittel-Untersuchungsanstalt von der Universität Erlangen in der frommen Bischofsstadt aufsuchte, um eine unvermutete Kontrolle der Bäckereibetriebe vorzunehmen, wobei sich in verschiedenen Bäckereien sehr unheimliche Zustände ergaben. Bei dem Bäckereimeister Rauer fand man in dem nur durch ein Holzgatter abgeschlossenen Keller ein maulerisches Stilleben, bestehend aus einem Duscheneimer von Schicht oder gar nicht bedeckten Gefäßen mit Holzkohle, Kalkschutt, Ballenbutter, Sauerkraut und lose herumliegenden Kartoffeln, während dazwischen die Handladye und eine kinderreiche Raminchenfamilie ihr Lager aufgeschlagen hatten. Außerdem wimmelte es von schwarzen Kellerratten. In der Badstube waren

die Wände mit Schimmel bedeckt. Der Magistrat ging sehr gnädig mit dem Reinheitsfunktionsleiter, der Lieferant der Zrenanstalt ist, um; er bedrohte ihn: Für den Fall der Wiederholung mit Entziehung der Lieferung.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zur Maßregelung der Straßenbahner

wird uns von gewerkschaftlicher Seite mitgeteilt, daß sich die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn bereit erklärt hat, die in der Versammlung der Angestellten gewählte Kommission heute mittig zu empfangen. — In der Nacht vom Montag zum Dienstag wird in Kellers Saal in der Koppenstraße wieder eine Versammlung der Straßenbahngestellten abgehalten, die zu der Angelegenheit Stellung nehmen wird.

Metallarbeiter. Bei der Firma Stolzenberg, Reinickendorf W., Saalmanstraße, sind sämtliche Dreher wegen Verweigerung der Überstunden entlassen worden. Der Betrieb ist bis auf weiteres für Metallarbeiter gesperrt.

Bei der Firma Stock, Zeughofstraße, haben die Mechaniker wegen Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse in der Abteilung Körber die Arbeit niedergelegt. Der Betrieb ist für Mechaniker gesperrt.

Der Streik der Pader, Paderinnen und Legerarbeiter aus der Sanoifabrik (Martinsdelfe) dauert unverändert fort. Der Betrieb kann mit den vorhandenen Arbeitskräften nicht aufrecht erhalten werden. In den Reihen der Streikenden herrscht ein guter Geist und sind Streikbrecher bis dato nicht zu verzeichnen. Befördert wird für Arbeiter ein Anfangslohn von 35 Pf., nach 6 Wochen 36 Pf., nach 1 1/2 Jahr 37 Pf., nach 1 Jahr 38 Pf., nach 1 1/2 Jahr 39 Pf. und nach zweijähriger Tätigkeit 40 Pf. pro Stunde. Für Paderinnen ein Anfangslohn von 22 Pf., nach 6 Wochen 23, nach 1 1/2 Jahr 24 Pf., nach 1 Jahr 25 und nach zweijähriger Tätigkeit 27 1/2 Pf. pro Stunde. Dieser Betrag der Anfangslohn 18 Pf. Daß diese Forderungen berechtigt sind und auch bewilligt werden können, geht schon daraus hervor, daß die früheren Besitzer Dr. Benno Jaffé und Darmstädter die geforderten Löhne schon bezahlt haben. Diese Herren gehören noch jetzt dem Aufsichtsrat der Gesellschaft an. Eine Kommission der Streikenden, welche bei Dr. Darmstädter eine Unterhandlung nachsuchen wollte, ist von diesem kurzer Hand abgewiesen worden. Die Unternehmer rechnen darauf, daß die Streikenden zu Kreuzen kriechen sollen, dies ist jedoch ausgeschlossen. Die Streikenden sehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß sie die Arbeit nicht eher aufnehmen, als bis ihnen annehmbare Zugeständnisse seitens der Firma gemacht werden.

Zentralverband der Handels- und Transportarbeiter.

Die Berliner Zählstelle des Holzarbeiter-Verbandes

hat soeben ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1905 herausgegeben. Derselbe sagt, das vergangene Jahr war ein Jahr des Ausbaues und der Stärkung der Organisation. Der Anfang des Jahres brachte den Abschluß des Tarifvertrages, der das Ergebnis des großen Lohnkampfes von 1904/05 ist. Die Bestimmungen dieses Tarifvertrages werden nachteilig auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse einwirken, haben sich nicht befähigt, es hat sich vielmehr gezeigt, daß der Vertrag für die Kollegen ein Vorteil ist. Der langjährige Kampf um den Arbeitsnachweis ist durch die Errichtung des im Vertrage vorgesehenen paritätischen Arbeitsnachweises beendet, der am 15. Juli eröffnet wurde.

Der Verband hat infolge einer Erweiterung erfahren, als ihm am 1. April der Verband der Möbelpolierer und der Verein der Kistenmacher beitrug. Am 1. April trat auch die Erhöhung des Wochenbeitrages auf 80 Pf. in Kraft, gleichzeitig wurde die Krankenunterstützung eingeführt.

Als am Anfang des Jahres der Abschluß des Vertrages zur Beratung stand, wandten sich viele Kollegen dagegen, weil sie glaubten, während der Vertragszeit dürften sie nichts unternehmen, um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Die Tatsachen haben diese Annahme widerlegt. Nicht eine ruhige Zeit ohne Streiks und Differenzen war das vergangene Jahr, sondern es herrschte eine äußerst rege Streikbewegung. Einige Wochen nach dem Abschluß des Vertrages brachen die Streiks der Treppengeländermacher und der Jalousoverarbeiter aus. Nebenher kam es zum Streik in zahlreichen Werkstätten der Tischlerei, deren Inhaber nicht dem Vertrage unterstehen. Alle diese Streiks, ebenso wie die streiklosen Bewegungen sind in Tabellen übersichtlich aufgeführt. Es wurden im Laufe des Jahres 83 erfolgreiche Streiks in 130 Werkstätten mit 2283 Arbeitern geführt. Als verlorene Streiks verzeichnet der Bericht 15 in 38 Betrieben mit 784 Arbeitern. — In 162 Werkstätten mit 3610 Arbeitern wurden Forderungen gestellt, deren Bewilligung ohne Streik erfolgte. Das sind insgesamt 229 Lohnbewegungen mit und ohne Streik, die sich auf 345 Werkstätten mit 6664 Arbeitern erstrecken. Die Ausgaben für Streiks betragen 327 983 M. Davon entfällt jedoch ein Teil auf Unterstützungen, die aus Anlaß des großen, zu Beginn des Jahres beendeten Lohnkampfes gezahlt worden sind. — Von den 15 verlorenen Streiks in 38 Werkstätten mit 784 Arbeitern entfallen allein auf den unglücklich verlaufenen Möbelstiftlerstreik 74 Werkstätten mit 561 Arbeitern, so daß für die übrigen 14 verlorenen Streiks nur 223 Arbeiter in Frage kommen. Vergleicht man damit die große Zahl der an den erfolgreichen Streiks beteiligten Arbeiter, so kann das Gesamtergebnis der Streikbewegungen als ein günstiges angesehen werden.

Ueber die Tätigkeit der Schlichtungskommission, die ebenfalls ein Ergebnis des Vertragsabschlusses ist, sagt der Bericht: „Etwas schwierig gestaltet sich das Eingreifen der Schlichtungskommission bei den Tarifdifferenzen der Spezialbranchen der Möbelstiftlerei, da hier einheitliche Tarife nicht bestehen, die der Schlichtungskommission als Grundlage zur Berechnung der Preise dienen könnten. Wohl wurde der Versuch gemacht, bestimmte Grundpreise aufzustellen. Jedoch erwies sich dieser Versuch als sehr schwer durchführbar und scheiterte an der Verschiedenartigkeit der Herstellungswiese. Nur in der Buntstiftlerei kann die Schlichtungskommission auf Grund des Tarifes die Abforderspreise berechnen. Die Kommission mußte bei der Schlichtung der Differenzen viel auf den guten Willen der Parteien rechnen, und es war auch in den meisten Fällen möglich, bei der Vorverhandlungen mit den beiden Bevollmächtigten der Kommission eine Einigung zwischen den Parteien herbeizuführen.“

Der paritätische Arbeitsnachweis hat bis zum Jahresabschluß 11 319 Stellen besetzt, während 17 048 Stellen gemeldet und 20 291 Arbeitslose eingeschrieben waren.

Der Arbeitsnachweis des Verbandes, der nur für die nicht unter den Vertrag fallenden Branchen besteht, besetzte im ganzen Jahre 4137 Stellen, während 6318 Arbeiter verlangt wurden und 8318 Arbeitslosende eingeschrieben waren.

Aus dem Kassabuch sind folgende Zahlen angeführt: Die Abrechnung der Hauptkasse schließt in Einnahme und Ausgabe mit 462 816,14 M. Ausgegeben für Rechnung der Hauptkasse sind unter anderem für Arbeitslosen-Unterstützung an Reisende 7913 M., am Orte 67 539 M., Unterstützung bei Streiks 53 115 M., an Gewerkschaften 6731 M., in Sterbefällen 6355 M., an Ausgesperrte 67 197 M. — Die Nebenkasse, deren Abrechnung mit 632 636,30 M. bilanziert, hatte am Jahresabschluß einen Bestand von 229 672 M. An Unterstufungen zahlte sie: An Streikende 185 516 M., an Ausgesperrte 12 158 M., an Gewerkschaften 2588 M., an Arbeitslose 88 498 M., an Kranke 62 040 M.

Am Schluß des Jahres 1904 hatte die Zählstelle 18 705 Mitglieder. Am Schluß des Jahres 1905 war die Mitgliederzahl auf 22 060 gestiegen. Das ist eine Zunahme von 3355 Mitgliedern im Laufe des Berichtsjahres.

Genosse Wieselthal erucht uns, mitzuteilen, daß der Ausschuß des Metallarbeiterverbandes seinen vom Verbandsvorstand beschlossenen Ausschluß, als mit den Bestimmungen des Statuts nicht im Einklang stehend, für unberechtigt erklärt. Wir nehmen von dieser Mitteilung lediglich deshalb Notiz, weil die Angelegenheit Wieselthal vor kurzem von den beteiligten Seiten im „Vorwärts“ behandelt worden ist.

Deutsches Reich.

Der Ausstand in der Leipziger Baumwollspinnerei dauert unverändert fort. Streikbrecheragenten sind eifrig bemüht, Arbeitswillige nach Leipzig zu bringen. Besonders in Perfor, Bielefeld, Krefeld, Posen und Bayern sind solche aufgetaucht. Arbeiter, Portiergenossen, halten den Zugang fern. Mittellungen wolle man sofort an den Unterzeichneten richten.

Moritz Hermsdorf, Leipzig-Kleinschöcher, Antoniastr. 51.

Die Differenzen der Hüttenarbeiter in Differdingen, über die wir kürzlich berichteten, sind geregelt.

Ausland.

Bergarbeiterstreik in Frankreich.

Brich, 26. Februar. Etwa 1000 Arbeiter der Bergwerke in Joux sind in den Ausstand getreten. Aus Verdun wurden Truppen dorthin entsandt.

Versammlungen.

Unsere Taktik im wirtschaftlichen Kampf.

Ueber dieses Thema sprach am Donnerstag Genosse v. Elm in einer stark besuchten Branchenversammlung der Elektromonteur. Redner sagte unter anderem: Es liegt im Wesen der heutigen Gesellschaftszustände, daß die Gewerkschaften zu immer neuer Tätigkeit im Interesse der Gesamtarbeiterklasse angepornt werden. Dafür sorgen schon die Unternehmerkoalitionen. Die Taktik der Unternehmerverbände um geringfügiger Ursachen willen große Massenaußsperrungen über ganze Industriegebiete zu inszenieren, mühten jedem Klarstehenden zeigen, daß wir großen wirtschaftlichen Massenlämpfen entgegengehen. Es sei ausgeschlossen, diesen bevorstehenden Massenlämpfen ausweichen zu können, selbst wenn man es wolle. Bei diesen Kämpfen entscheide auch nicht Moral und Recht, sondern einzig und allein die Macht. Es entstehe nun die Frage: Was ist zu tun, um die kommenden großen Kämpfe für die Arbeiterklasse siegreich zu gestalten? Dazu bedürfen die Gewerkschaften der nötigen Mittel und geschulter Kämpfer. Die Organisationen mühten sich dazu verstehen, gemeinsam einen Abwehrfonds zu schaffen. Die Methode, öffentliche Sammlungen für Streiks zu veranstalten, sei ein Zeichen der Schwäche, es komme meistens auch nicht das erforderliche Geld zusammen. Wie notwendig aber auch eine bessere Schulung der Kämpfer sei, das habe besonders der Crimmitschauer Streik bewiesen. Dort seien ausnahmsweise durch öffentliche Sammlungen genügend Mittel zur Weiterführung des Kampfes eingekommen, und doch mußte der Streik erfolglos beendet werden, weil sich in dem vielgerühmten „roten Königreich“ eine solche Masse von Streikbrechern gefunden hatte, daß auch die vorhandenen Mittel den negativen Ausgang des Streiks nicht auszuhalten vermochten. Nichts ist falscher, wie die leider noch vorherrschende Meinung der Masse, daß ein Kampf unter allen Umständen bis zum Weisheitsstadium geführt werden müsse. Gegenüber den Massenaußsperrungen sei die Taktik der fortgesetzten Verunruhigung angebracht. Streiken, aussperrn lassen, nach kurzer Zeit wieder in den Betrieb hineingehen, und dann nach ebenso kurzer Zeit wieder streiken. Eine solche Taktik werde den Unternehmern die Ausperrungsgelüste schließlich schon austreiben. Man solle sich gar nicht bedenken, bei momentanen Niederlagen die von den Arbeitgebern verlangten Revers zu unterschreiben. In solchem Falle, das spreche er ruhig aus, heilige der Zweck die Mittel. In solchen Situationen sei es einfach richtig, jeden Revers prompt zu unterschreiben und dann ebenso prompt das Gegenteil von dem zu tun, was man in der Jvanogelasse unterschrieben hat. Ein dringendes Erfordernis sei es, die Beschlüsse über Streiks und die dabei zu beobachtende Taktik nicht stets in aller Öffentlichkeit zu fassen. Die Masse müsse in solchen Fällen eben Vertrauen zu ihren erwählten Führern haben und sich nicht immer auf das demokratische Selbstbestimmungsrecht verlassen; die Führer könnten trotzdem genügend scharf kontrolliert werden. Alles dieses würde unbedingt dazu beitragen, die Manövrierfähigkeit der Gewerkschaftsarmee zu erhöhen. Und gerade daran mangle es in besonders hohem Grade. Total falsch sei es nun auch, nach einer Niederlage gleich auf ewige Mißerfolge zu schließen. Die Erfahrung hat gelehrt, daß die Arbeiterorganisation noch aus jeder Niederlage gestärkt hervorgegangen ist, besonders bei Ausperrungen. Deshalb keinen Pessimismus, aber auch kein falsches Machtbewußtsein. Ruhig und klar das Ziel im Auge, dann werden die Organisationen des Proletariats sich ausmachen zu dem, was sie sein sollen: zu Grundpfeilern der zukünftigen Gesellschaft. (Lebhafter Beifall.) Die Disziplinäreneren äußerten sich in zustimmendem Sinne.

Mit den Zuständen im Warenhaus Jandorf beschäftigten sich am 16. d. Mts. vier Versammlungen (Der Bericht ging uns am 21. d. Mts. zu. D. Red.), welche der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands gemeinsam mit den Zentralverbänden der Handels- und Transportarbeiter sowie der Maschinenisten und Heizer einberufen hatte. Die Versammlungen waren — mit Ausnahme derjenigen, welche für die Jüdische Spittelmarkt einberufen war — sämtlich überfüllt. Die Referenten führten aus, daß die Zustände im Warenhaus Jandorf ungläubliche sind. Nicht nur daß das Personal außerordentlich schlecht bezahlt wird — ein großer Teil der weiblichen Angestellten verdient unter 50 M. monatlich — ist die Behandlung eine ungläubliche, Schimpfwörter — welche dem Tierreich entlehnt — sind durchaus nichts Seltenes. Um das Maß von größtmöglicher Ausnutzung zu füllen, währt die Arbeitszeit so lange, daß nicht einmal die doch wirklich sehr bescheidenen Schutzeuge für die Angestellten innegehalten werden: Während das Gesetz eine mindestens einstündige ununterbrochene Ruhepause vorschreibt, darf das Personal frühestens 20 Minuten nach 9 Uhr abends das Geschäft verlassen, während es morgens 6 Minuten vor 8 Uhr bereits wieder an seiner Arbeitsstelle sein muß. Das an allen Ausnahmetagen — welche fast immer sind, da gewöhnliche Verkaufstage eine Ausnahme bilden — meistens länger gearbeitet werden muß, verleiht sich am Ende. Arbeitszeiten bis 12 Uhr nachts sind in der Saison durchaus nichts Seltenes. Die Überstunden zu bezahlen fällt der Firma Jandorf gar nicht ein. Zur Inventur ließ man das Personal von Sonnabend früh um 8 Uhr bis Sonntag früh nach 6 Uhr arbeiten, ohne auch nur die geringste Vergütung zu gewähren, wenn man es nicht etwa gar als eine Vergütung betrachtet will, daß die Firma Jandorf einen Teil ihrer Angestellten an dem betreffenden Morgen entlich. Der größte Teil des kaufmännischen Personals ist nämlich unter geschickter Umgehung des Gesetzes gegen tägliche Mündigung engagiert. Zu begrüßen ist es, daß die Angestellten genannter Firma jetzt ernstlich gewillt sind, diese unhaltbaren Zustände zu ändern. Vegetiert wurden überall die Referate aufgenommen. — Das erste Ziel, was erreicht werden soll, ist der Währungsabenschluss. Daß die Angestellten gewillt sind, auf dieser Forderung mit Nachdruck zu bestehen, zeigt die in allen Versammlungen einstimmig angenommene Resolution, welche die Einführung des Achtstundentages als eine unbedingte Notwendigkeit fordert und die in Frage kommenden Zentralverbände auffordert, die weiteren Schritte in dieser Angelegenheit einzuleiten.

Ueber die Lage der in der Zelluloid- Haarstrahnenbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen sprach Langhammer am Mittwoch in einer Versammlung dieser Branche. Redner legte seinen Ausführungen statistische Erhebungen des Holzarbeiter-Verbandes zugrunde: Von 25 Betrieben mit 441 Beschäftigten wurden in 20 Betrieben mit 357 Beschäftigten Erhebungen ausgekommen. Unter den 441 gibt es 115 Arbeiterinnen. Organisiert sind 132 Arbeiter

und 10 Arbeiterinnen (von den 357 Beschäftigten, welche die Statistik erreichte). Die Arbeitszeit ist eine sehr unregelmäßige, bis zu 58 Stunden die Woche; der Durchschnitt ist 54 Stunden. Die Lohnverhältnisse liegen etwas verwickelt. Die Akkordarbeit überwiegt stark die Lohnarbeit. Der Durchschnittslohn beträgt 23,40 resp. 21,40 M. durch den Geschäftsgang beeinflusst, angegeben. Die Löhne der Arbeiterinnen sind trotz der gleichen Leistungsfähigkeit weit geringer. So Arbeiter 20—27 M. verdienen, erhalten Arbeiterinnen 9—15 M. Zum Teil werden auch höhere Löhne, bis zu 30 M. für Arbeiter und 18 M. für Arbeiterinnen erreicht. Vielfach stellen die Fabrikanten Leute, die Invaliden oder Unfallsrente beziehen, in Arbeit und geben ihnen 12—15 M. pro Woche. — Um die Lage des Berufs zu verbessern, muß vor allen Dingen die Organisation gestärkt werden. — Eine lebhafteste Diskussion entspann sich, in welcher die Verhältnisse einzelner Betriebe besprochen wurden. Folgende Resolution wurde angenommen:

„Die Versammlung der Kammerer und aller in der Zelluloid-Haarstrahnenbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen spricht sich für die Einführung einer einheitlichen Arbeitszeit sowie eines Mindestverdienstes aus und beauftragt die Kommission der Branche, die nötigen Schritte einzuleiten.“

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Auch ein kolonialer Erfolg.

Aden, 23. Februar. (B. T. B.) Die „Königliche Zeitung“ erzählt aus Berlin vom 23. Februar, daß der Gouverneur von Kamerun, die die Zuwanderung lästiger Elemente nach Südwestafrika möglichst einschränken sollen, erlassen und vorläufig in Kraft gesetzt hat. Beweggrund zu dieser Maßnahme war in erster Linie der, daß sich gerade während des Aufstandes Gewand aus aller Herren Länder nach Deutsch-Südwestafrika gewandt hatte, und daß von allen Seiten die lebhaftesten Klagen über die Zunahme der Unruhe in Schutzgebiet laut geworden waren.

Nach bewährtem Muster.

Budapest, 23. Februar. (B. T. B.) Der neue politische Kurs macht sich bereits in vielfacher Beziehung bemerkbar. Nach etwa 20 Orten des Landes, wo man eine lebhaftere politische Agitation beschriebte, wurden militärische Verstärkungen beordert. Die für Sonntag angeetzten politischen Versammlungen im ganzen Lande wurden von den Behörden verboten. Die katholische Volkspartei hat, da die Auflösung der politischen Klubs bevorsteht, schon gestern ihre Auflösung beschloffen.

Eine französische Mars. Debatte.

Paris, 23. Februar. Deputiertenkammer. Das Haus ist recht gut besucht und angeregt. Denys Cochin äußert den Wunsch, die Regierung über die auswärtige Politik und die Konferenz von Algieras zu befragen. Der Ministerpräsident Rouvier erwidert, keine weitere Erklärung geben zu können, als die, daß die Verhandlungen von Algieras im Zuge seien. Er verpflichtet sich, gleich nach der Beendigung der Konferenz die erforderlichen Erklärungen zu geben.

Jaurès (Soj.) erklärt, daß er nicht darauf verzichte, über Marokko zu sprechen. Der Regierung stehe es frei, nicht zu antworten. Nach neun Monaten Stillstehens über die innere und äußere Politik seien jedoch nach der Meinung der Sozialisten Erklärungen notwendig. Die Mehrheit, so führt Jaurès aus, ist unsicher, schwankend und gespalten. Das kommt davon, weil die Regierung eine zweideutige Politik verfolgt. Rouvier hat in der Frage der Trennung von Kirche und Staat eine unklare Haltung gezeigt. Die Demokratie hat das Recht, zu wissen, ob die Regierung die nötige Energie haben wird, die sozialen Reformen durchzuführen. (Beifall auf der äußersten Linken.) Jaurès äußert in seinen weiteren Ausführungen sein Erstaunen und sein Bedauern über die Haltung Rouviers in der äußeren Politik und erklärt, er könne mit der Besprechung dieser Fragen nicht warten, bis die Konferenz in Algieras vorüber sei, weil die Politik der Regierung zusammenhanglos und widersprüchlich sei. Seit neun Monaten habe diese sich nicht auf einen Meinungsaustausch eingelassen.

Wir wollen wissen, welche Weisungen sie unseren Vertretern gegeben hat. Ministerpräsident Rouvier unterbricht hier den Redner mit der Bemerkung, daß diese Weisungen mit den Erklärungen der Regierung durchaus im Einklang stehen. Jaurès fährt dann in seiner Rede fort. Er erklärt, die Zweideutigkeit dauere fort. Das verantwortliche Parlament verharre in Schwächen, während sich draußen eine unverantwortliche Propaganda entfessele. Redner weist auf einen Artikel des gestrigen „Temps“ hin, der aus offizieller oder offizieller Quelle stammen könne. Rouvier antwortet hierauf: Sie wissen sehr wohl, daß die französischen Zeitungen unabhängig sind. Jaurès erwidert: Sie sagen damit, daß, wenn der „Temps“ einen Artikel mit der Überschrift: „L'accord impossible“ veröffentlicht, die Regierung dabei in seiner Weise ihre Hand im Spiele hat. Ich danke Ihnen. (Bewegung.) Jaurès fährt fort: Warum in der Tat könnten wir nicht auf eine glückliche Lösung durch die Konferenz hoffen, wenn wir versichern, daß wir entschlossen sind, unter Wahrung unserer Rechte an der Aufrechterhaltung des Friedens zu arbeiten. Ich sage nicht, daß und Deutschland unser Vergehen erleichtert hat, daß das offizielle Deutschland unsere Bemühungen, zu einer Verständigung zu gelangen, unterläßt hat, daß es nicht Unrecht gehabt hat, seinen Standpunkt nicht genau darzulegen. Aber wenn es beabsichtigte, uns durch diese Unverschämtheit von der englischen Freundschaft abzubringen, würden wir es laut aussprechen, daß wir die englische Freundschaft als ein Mittel ansehen, den Frieden zu erhalten und daß wir davon nicht abgehen. Ueber die Politik Delcassés ließ sich streiten, aber sie war klar. Es war eine falsche und unkluge Politik. Deutschland als quantité négligeable zu behandeln, aber es war eine entschiedene Politik. Sie haben recht daran getan, nach Algieras zu gehen, aber Sie haben gerade damit den internationalen Charakter der Marokkofrage anerkannt. Warum zweifeln Sie an einer internationalen Lösung dieser Frage! Man behauptet, daß ich die Interessen des Landes vernachlässige, indem ich die Marokkofrage auf die Tribüne bringe. (Bewegung.)

Der Mangel an Kontrolle aber stürzt das Land in Gefahr. Jaurès schließt, es wäre ein Wahnsinn, ein Verbrechen, wenn zwei große Länder sich aufeinander stürzen würden um diese elende Marokkofrage. Er könne daran nicht glauben. (Beifall auf der Linken. Bewegung.) Rouvier erwidert, er könne Jaurès auf dieses Gebiet nicht folgen, er könne nur wiederholen, daß die den französischen Vertretern gegebenen Weisungen mit seinen Erklärungen übereinstimmen. Man könne nicht sagen, daß die Regierung allein die Verantwortung übernommen habe, denn die Kammer habe seine Erklärungen einstimmig gebilligt. Frankreich wünsche aus voller Ueberzeugung die Aufrechterhaltung des Friedens, aber unter der Bedingung, daß der Friede unter Wahrung seines Rechts und seiner Würde erhalten bleibe. (Anhaltender Beifall rechts, links und in der Mitte.) Von der äußersten Linken ruft jemand: „finanzielles Interesse“, worauf Rouvier erwidert: Es ist eine Schamlosigkeit, einen solchen Ausdruck zu gebrauchen. Es handelt sich um politische Interessen, welche wir wahren, um unsere Sicherheit und unsere Würde. Wir werden nicht gestatten, daß man unsere Würde antaste. (Beifall.)

Die Bager.

Belling, 23. Februar. (Bewegung des „Reutschen Bureau“) Die Unruhen in der Provinz Honan, wo Angriffe auf Christen erfolgt sind, haben aufgehört. Der Gouverneur der Provinz hat Truppen in die betreffenden Gegenden geschickt. In entlegenen Dörfern bestehen jedoch noch immer Verhältnisse vor Angriffen der Bager.

Reichstag.

51. Sitzung, Freitag, den 23. Februar, 1 Uhr. Am Bundestisch: Graf Posadowsky, Dr. Rieberding, Hr. v. Stengel.

Junächst wird das Handelsprovisorium mit den Vereinigten Staaten in dritter Lesung beraten. Abg. Frhr. v. Hehl zu Herrnsheim (natl.) polemisiert gegen seinen Fraktionsgenossen Dr. Semler.

Abg. Dr. Semler (natl.): Meine Rede mußte unvorhergesehen sein, denn der Antrag Hehl kam als Ueberraschung aus blauem Himmel gestern mittag um 1/2 Uhr in unserer Fraktionssitzung.

Abg. Gothein (fr. Bg.): Ob Dr. Semler seine Rede gestern vorbereitet hat, weiß ich nicht. Jedenfalls aber hat Herr Frhr. Hehl zu Herrnsheim seinen Antrag nicht genügend vorbereitet.

Weiter möchte ich eine Frage an den Staatssekretär richten: Wir haben doch mit den Vereinigten Staaten auch ältere Verträge. Der Vertrag von 1900 war ja nur ein Zusatzantrag zu den älteren Verträgen der zwanziger, dreißiger und vierziger Jahre mit Preußen, den Hansestädten, Oldenburg, Mecklenburg usw.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky: Was die Gültigkeit der Handelsverträge Amerikas mit einer Reihe von deutschen Bundesstaaten anlangt, so hat die amerikanische Regierung bisher unzulänglichst angenommen, daß diese Verträge noch fortdauernd gelten.

Abg. Graf Kanitz (kon.) erklärt es für ganz gleichgültig, ob Amerika den Vertrag von 1828 theoretisch wieder in das Verzeichnis der Verträge aufgenommen habe.

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Ich erkläre, daß ich das, was ich am 14. Januar 1903 ausgesprochen habe, noch heute Wort für Wort aufrecht erhalte. Wir haben stets den alten Vertrag mit Preußen vom Jahre 1828 in dem Sinne einer allgemeinen Meißbegünstigung ausgefaßt.

Abg. Verstein (Soz.):

Wir beabsichtigen zunächst nicht, uns an der heutigen Erörterung zu beteiligen. Die Ausführungen des Frhr. v. Hehl und des Grafen v. Kanitz nötigen uns aber doch dazu.

Bedarfsartikel der schwachen und armen Klassen

ist, wie viele Gewerbetreibende durch einen Zollkrieg in ihrer Existenz vernichtet werden, wer die Kosten eines solchen Zollkrieges vornehmlich zu tragen hat?

klar gelegt, daß kein Zweifel weiter bestehen kann. Graf Kanitz hat erklärt, wir hätten den Konventionstarif ohne jede Gegenleistung Amerika eingeräumt.

Abg. Frhr. v. Hehl (natl.): Wir könnten es ganz gut so machen wie Frankreich und ein Dutzend Gegenstände, die uns nicht passen, für Amerika differenzieren.

Abg. Gothein (fr. Bg.): Wenn der Frhr. v. Hehl auch jetzt seinen Antrag noch nicht versteht, so gebe ich die Hoffnung auf, ihn darüber zu belehren.

Abg. Verstein (Soz.): Im Konventionstarif ist vom Petroleum gar keine Rede.

Abg. Graf Kanitz (L.) unterstützt die Ausführungen des Frhr. v. Hehl und bezweifelt, daß der alte Vertrag von 1828 für Deutschland noch irgend eine Bedeutung hat.

Abg. Kunert (Soz.): Wir haben oft schon darauf hinweisen müssen, daß die deutsche Rechtsprechung vielfach eine Klassenjustiz ist.

Wir haben oft schon darauf hinweisen müssen, daß die deutsche Rechtsprechung vielfach eine Klassenjustiz ist. Und wir empfinden es schmerzlich, daß eine solche Klassenjustiz schon fast die Regel bildet innerhalb der deutschen Strafrechtsprechung.

14 Jahre warten wir schon darauf, jetzt sind sie in Vorbereitung, dann werden wir wohl noch 14 Jahre warten müssen, bis ein einseitiger Vorstoß darüber vorgelegt wird.

Was der Abg. Dirksen über die Vorbildlichkeit, Idealität usw. des preussischen Dreiklassenwahlrechts und über die Vaterlandslösigkeit der Sozialdemokratie gesagt hat, das sind Dinge, die nicht auf seinem eigenen — Boden gewachsen sind.

Das der Abg. Dirksen über die Vorbildlichkeit, Idealität usw. des preussischen Dreiklassenwahlrechts und über die Vaterlandslösigkeit der Sozialdemokratie gesagt hat, das sind Dinge, die nicht auf seinem eigenen — Boden gewachsen sind.

Ich möchte nun auf die außerordentlichen Urteile gegen Sozialdemokraten eingehen, die in letzter Zeit in Breslau, Leipzig und Dresden gefällt worden sind.

Ich möchte nun auf die außerordentlichen Urteile gegen Sozialdemokraten eingehen, die in letzter Zeit in Breslau, Leipzig und Dresden gefällt worden sind.

Ich möchte nun auf die außerordentlichen Urteile gegen Sozialdemokraten eingehen, die in letzter Zeit in Breslau, Leipzig und Dresden gefällt worden sind.

Ich möchte nun auf die außerordentlichen Urteile gegen Sozialdemokraten eingehen, die in letzter Zeit in Breslau, Leipzig und Dresden gefällt worden sind.

Ich möchte nun auf die außerordentlichen Urteile gegen Sozialdemokraten eingehen, die in letzter Zeit in Breslau, Leipzig und Dresden gefällt worden sind.

Ich möchte nun auf die außerordentlichen Urteile gegen Sozialdemokraten eingehen, die in letzter Zeit in Breslau, Leipzig und Dresden gefällt worden sind.

Ich möchte nun auf die außerordentlichen Urteile gegen Sozialdemokraten eingehen, die in letzter Zeit in Breslau, Leipzig und Dresden gefällt worden sind.

Ich möchte nun auf die außerordentlichen Urteile gegen Sozialdemokraten eingehen, die in letzter Zeit in Breslau, Leipzig und Dresden gefällt worden sind.

Ich möchte nun auf die außerordentlichen Urteile gegen Sozialdemokraten eingehen, die in letzter Zeit in Breslau, Leipzig und Dresden gefällt worden sind.

Ich möchte nun auf die außerordentlichen Urteile gegen Sozialdemokraten eingehen, die in letzter Zeit in Breslau, Leipzig und Dresden gefällt worden sind.

Ich möchte nun auf die außerordentlichen Urteile gegen Sozialdemokraten eingehen, die in letzter Zeit in Breslau, Leipzig und Dresden gefällt worden sind.

falschen Versammlungsberichts. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Hätte man ihn in den Papierkorb wandern lassen, wohin er gehörte, so hätte sich der preussische Staat eine Menge Arbeit, Ärger und Niederlagen erspart.

Abg. Bruhn (Wirtsch. Bg.): Die Behandlung der Zeugen und der Angeklagten ist sehr oft eine durchaus unzulässige.

Abg. Kunert (Soz.): Alles das beweist eben, daß wir keinen Rechtsstaat, sondern einen Klassenstaat haben.

Abg. Bruhn (Wirtsch. Bg.): Die Behandlung der Zeugen und der Angeklagten ist sehr oft eine durchaus unzulässige.

Abg. Kunert (Soz.): Alles das beweist eben, daß wir keinen Rechtsstaat, sondern einen Klassenstaat haben.

Abg. Bruhn (Wirtsch. Bg.): Die Behandlung der Zeugen und der Angeklagten ist sehr oft eine durchaus unzulässige.

Abg. Kunert (Soz.): Alles das beweist eben, daß wir keinen Rechtsstaat, sondern einen Klassenstaat haben.

Abg. Bruhn (Wirtsch. Bg.): Die Behandlung der Zeugen und der Angeklagten ist sehr oft eine durchaus unzulässige.

Abg. Kunert (Soz.): Alles das beweist eben, daß wir keinen Rechtsstaat, sondern einen Klassenstaat haben.

Abg. Bruhn (Wirtsch. Bg.):

Die Behandlung der Zeugen und der Angeklagten ist sehr oft eine durchaus unzulässige.

Abg. Kunert (Soz.): Alles das beweist eben, daß wir keinen Rechtsstaat, sondern einen Klassenstaat haben.

Abg. Bruhn (Wirtsch. Bg.): Die Behandlung der Zeugen und der Angeklagten ist sehr oft eine durchaus unzulässige.

Abg. Kunert (Soz.): Alles das beweist eben, daß wir keinen Rechtsstaat, sondern einen Klassenstaat haben.

Abg. Bruhn (Wirtsch. Bg.): Die Behandlung der Zeugen und der Angeklagten ist sehr oft eine durchaus unzulässige.

Abg. Kunert (Soz.): Alles das beweist eben, daß wir keinen Rechtsstaat, sondern einen Klassenstaat haben.

Abg. Bruhn (Wirtsch. Bg.): Die Behandlung der Zeugen und der Angeklagten ist sehr oft eine durchaus unzulässige.

Abg. Kunert (Soz.): Alles das beweist eben, daß wir keinen Rechtsstaat, sondern einen Klassenstaat haben.

Abg. Bruhn (Wirtsch. Bg.): Die Behandlung der Zeugen und der Angeklagten ist sehr oft eine durchaus unzulässige.

Abg. Kunert (Soz.): Alles das beweist eben, daß wir keinen Rechtsstaat, sondern einen Klassenstaat haben.

Abg. Bruhn (Wirtsch. Bg.): Die Behandlung der Zeugen und der Angeklagten ist sehr oft eine durchaus unzulässige.

Abg. Kunert (Soz.): Alles das beweist eben, daß wir keinen Rechtsstaat, sondern einen Klassenstaat haben.

man gegen einen preussischen Richter erheben kann, entschiedenen Verurteilung einlegen.

Die beiden Herren Vorredner haben ferner über die Behandlung der Zeugen vor Gericht geredet. Das Recht der Zeugen auf öffentliche Behandlung erweise ich ebenso an wie der preussische Justizminister Dr. Veiteler. Sollte sich im einzelnen Falle ein Richter hinstellen lassen, von dieser Rücksicht abzugehen, so verdient er dafür unseren Tadel.

Jedenfalls müssen die Gefangenen beschäftigt werden. Wir bemühen uns nach Möglichkeit, diese Beschäftigung so einzurichten, daß sie niemand Konkurrenz macht. Wenn die Gefangenen in Pflanzens und in Regel von einander abweichend behandelt werden sollten, so kann es sich dabei nur um:

Räucher

handeln, da für beide Strafanstalten dieselben preussischen Verordnungen gelten.

Abg. Klotz (fr. V.): Ein Fall beweist und eskalant, daß die Schwurgerichte mehr auf das Volkswort als auf die Richter setzen, als die Berufsrichter: die Freisprechung des Kellners Meyer. Das ist ein Verdienst des Schwurgerichts, daß es den Glauben zerstört hat, der mächtige Minister Rüststrat könne alle niederwerfen, die ihm pflichtgemäß entgegenstehen. (Sehr wahr! links.) Ich will nicht leugnen, daß sich die Schwurgerichte auch Mißgriffe, ja Justizmorde, zuhüten können lassen. So wurde wegen eines in der Nähe von Buzlau verübten angeblichen Mordes ein Dienstknecht zum Tode verurteilt. Alle Gefängnisgeistlichen und Ärzte bemerken, daß der Verurteilte unschuldig sein müsse. Schon kurze Zeit nach der Verurteilung war bei der Staatsanwaltschaft in Siegnitz ein Schreiben des Inhalts eingelaufen, daß der Ermordete sich die Wunden selbst habe beibringen lassen und Furcht vor einer ihn erwartenden gerichtlichen Strafe.

Der fälschlich Verurteilte sitzt jetzt 12 Jahre im Zuchthaus und ist unter seinen Leiden längst seelisch zusammengebrochen, unheilbar geisteskrank.

Jetzt hat auch Kriminalinspektor Braun sich für seine Unschuld ausgesprochen. Da sollte doch die Staatsanwaltschaft selbst die Revision des Verfahrens einleiten. Trotz dieser unzweifelhaften bereinigten Fehlsprüche hat das Volk mehr Vertrauen zum Laiengericht. Wie wenig Verständnis zeigt doch das Reichsgericht für die Presse dadurch, daß es ihr ständig den Schutz des § 193 verweigert. In Süddeutschland haben die Schwurgerichte in den Gotteslästerungsprozessen stets ganz freisinnig freimütig geurteilt und den „Simplicissimus“, das geistreichste deutsche Witzblatt (Sehr gut! links, lebhafter Widerspruch im Zentrum und rechts) und seinen Th. Th. Heine oft genug vor dem Gefängnis bewahrt. Wir würden die Ausübung der Zuständigkeit der Schwurgerichte umso mehr begrüßen, als auch in politischen Prozessen wieder die Strafkammern gegen Oppositionsparteien und Befangen sind, noch die Staatsanwaltschaft ihr Anlagensystem unparteiisch handhabt. (Sehr wahr! links.) Ich glaube bei dieser Gelegenheit nicht an dem Falle der sozialdemokratischen „Märkischen Volksstimme“ vorübergehen zu dürfen. Es war

ein schwerer Mißgriff der Justizverwaltung,

bier Setzer in Haft zu nehmen, um den Verfasser eines Artikels zu ermitteln, für den der verantwortliche Redakteur schon die Verantwortung übernommen hatte. Die Setzer haben, wenn sie geschwiegen haben, nur als anständige und honeste Menschen gehandelt. In ebenso freisinnigem Widerspruch mit dem Rechtsbewußtsein des Volkes steht die Verletzung der Immunität des Abg. Hofmann-Saalfeld, der im Zeugniszwangsverfahren zu 50 M. Geldstrafe verurteilt worden ist. (Hört! hört! links.)

Für die Auswahl der Schöffen möchte ich noch mein lebhaftes Bedauern darüber aussprechen, daß die Juden durchweg von diesem Amte ausgeschlossen sind. Wir wollen zwar, daß die Justitia die Winde vor ihren Augen behält, aber nicht, daß auch die Männer, die sie ausüben, eine Winde vor den Augen haben, statt frei in das moderne Leben hineinzutreten; denn wir glauben, daß nur so das Fundament des Staates am besten gesichert werden kann. (Bravo! links.)

Staatssekretär Dr. Niederding: Die Strafprozesskommission hat mit einer auch für uns bemerkenswerten Einstimmigkeit den Antrag der Schwurgerichte durch große Schöffengerichte für eine Wohlthat für das deutsche Volk erklärt. Die Tatsache, daß die hervorragendsten Bundesregierungen einen von der Kommission zur Strafprozessreform abweichenden Standpunkt eingenommen haben, ist in der Presse mehrfach als ein Mißtrauensvotum gegen diese hingestellt worden. Aber manche Regierung hat sich aus politischen und finanziellen Gesichtspunkten gegen die Umgestaltung der Schwurgerichte ausgesprochen, die sie organisatorisch für einen Fortschritt hält. Jedenfalls kann niemand der Kommission dankbarer sein als die Justizverwaltung für die gründliche, unbefangene und ergebnisreiche Arbeit, die sie geleistet hat. Wir wollen eine halbige Reform der Strafprozessordnung und bitten, daß uns dabei keine Steine in den Weg geworfen werden. Ein solcher Stein ist aber der Antrag Abg. Dr. Gröber. Wir lassen den süddeutschen Staaten ihre Schwurgerichte für Preußen geben, können und aber mit ihrer Ausdehnung auf Norddeutschland nicht befreundet! (Beifall rechts.)

Abg. Gröber (H.): Für die Erweiterung der Schwurgerichte ist ein sehr angenehmes Mitglied der freisinnigen Volkspartei, Herr Langemann nicht eingetreten. Dieser Herr ist Mitglied der Strafprozesskommission und hat für die großen Schöffengerichte gestimmt und damit sich gegen das Weiterbestehen der Schwurgerichte erklärt. Sie können deshalb anderen Parteien keinen Vorwurf daraus machen, wenn sie für Ihre Resolution nicht eintreten. Wichtiger als die Erweiterung der Zuständigkeit der Schwurgerichte ist die Einführung der Verurteilung.

Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung des Reichsjustizgesetzes auf Sonnabend, den 24. Februar, nachmittags 1 Uhr. Schluß 6 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Kruppsteuerresolution angenommen!

In der Finanzreformkommission wurde gestern die Debatte über die Kruppsteuerresolution fortgesetzt. Genosse Lipinski bekämpfte den Antrag sehr energisch als mit dem Artikel 66 der Reichsverfassung im Widerspruch stehend. Die ohnehin schon so schweren Milliardekosten, die zumeist durch indirekte Steuern aufgebracht werden, würden dadurch vermehrt. Die für nicht tauglich befundenen jungen Leute, die mit körperlichen Gebrechen behaftet sind, wie Kurzsichtigkeit, Taubheit auf einem Ohr, Krümmung der Wirbelsäule usw. seien ohnehin schon genug gestraft und zumeist nicht so voll erwerbsfähig wie die diensttauglichen, so daß die vorgeschlagene Steuer in der Tat den Charakter einer Kruppsteuer erhalte. Die von der Regierung gegen die Kruppsteuer angeführten Gründe seien den Reichstagsverhandlungen von 1881 entnommen. Damals wurden diese Gründe sowohl von den Konservern (Putzmann), vom Zentrum (Reichensperger) und Schorlemmer-Kist wie von den Nationalliberalen (Treitschke) gegen die Vorlage angeführt. Die Vorlage wurde 1881, ohne einer Kommission überwiesen zu werden, vom Reichstage glatt abgelehnt. Heute, 25 Jahre später, müssen wir das Schauspiel erleben, daß nicht nur die Führer der regierenden Zentrumspartei, sondern auch Nationalliberale dafür eintreten, wie Dr. Veiteler, der sogar die Invalidenliste der nichttauglichen Krüppel aus der Arbeiterunterstützungsfonds zugewiesen werden, so sei das eine ebenso wertlose Dekoration für diese Steuer wie die Angabe, daß die durch Versteuerung des Postkarten- und Druckfabrikvertriebes erzielten Mehreträge zur Verbesserung der Unterbeamtengehälter verwandt werden sollten. War die Kruppsteuervorlage von

1881 kein Annehmlichkeit für die Regierung, so ist dieser Antrag noch weniger ein Annehmlichkeit für die Unterzeichner. Da die Kruppsteuer ungerecht und unzulässig ist, auch mit der Verfassung im Widerspruch steht, können wir Sozialdemokraten gegen den Antrag. Dagegen wenden sich auch die Abg. Metzger (fr.), Dr. Biemer (fr.) Gerold (H.) sowie v. Dörckel (L.), der aber erklärt, in dieser ersten Lesung trotzdem dafür stimmen zu wollen, wozugegen Büsing (natl.) die Erklärung abgibt, daß er aus dem von der Regierung geltend gemachten Gründen dagegen stimme.

Für den Antrag legen sich ins Zeug Dr. Wolff, Dr. Jäger, Dietrich, Sped., Held, Vosslermann und Gröber, fast sämtlich den Standpunkt vertretend, die Kruppsteuer stelle einen Ausgleich her und werde in den weitesten Volkskreisen eine durchaus günstige Aufnahme finden. Im Gegensatz zu der Veiteler'schen Auffassung, daß auch die dem Invalidengesetz unterliegenden Arbeiter davon betroffen werden sollen, erklärt Gröber, daß vom Zentrum niemand daran denke, die unteren Klassen mit Einkommen bis 1000 oder 1200 Mark damit zu belasten.

Der Reichssekretär, der preussische Finanzminister und der Vertreter für Bayern erklärten nochmals ausdrücklich, daß sie schwere Bedenken gegen die Steuer haben. Freiherr v. Rheinbaben verlangt genauere Angaben, wie man sich die Veranlagung und die Durchführung denke, das müsse angegeben werden, damit komme man nicht so leicht hinweg, daß man die Regierung einfach vor eine solche Aufgabe stelle. Er bittet dringend, den Antrag abzulehnen. Der bayerische Regierungsvertreter teilt die vom Finanzminister und dem Reichssekretär geltend gemachten Bedenken usw. auf Grund der schlechten Erfahrungen, die man in Bayern mit der alten Kruppsteuer gemacht habe.

Zum Schluß polemisierte Genosse Lipinski noch gegen die vielfachen Einwendungen, die gegen seine Ausführungen gemacht worden sind. Wenn wir eine Politik der Boshheit betreiben wollten, so würden wir für den Antrag stimmen, damit eine diebezügliche Vorlage vor das Plenum komme. Da könnten dann die Antragsteller erleben, daß das gesamte Volk gegen sie mobil mache und ein Sturm der Entrüstung entstehen würde, wie er kaum je dargeboten sei. Da wir aber so boshafte Politiker nicht seien, würden wir gegen den Antrag stimmen.

Bei der nunmehr erfolgenden Abstimmung wurde der Antrag mit 15 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten die Sozialdemokraten, die Freisinnigen, der Pole, Gerold und Büsing. Nächste Sitzung: Dienstag.

Kleine Abträge im Etat für Südwestafrika; Samoa-Stat.

In ihrer gestrigen Sitzung lehnte die Budgetkommission 4 Mill. M. als erste Rate zur Verlängerung der Bahnlinie bis Rehoboth ab. Die Verlängerung sollte insgesamt 11 Mill. M. kosten. Zugestimmt wurde, daß die Regierung Vorarbeiten für die Verlängerung der erst in dieser Session bewilligten Bahn Lüderich-Abuab vornehmen kann. Für das Expeditionskorps in Südwestafrika werden 9,8 Millionen Mark angefordert. Die Kommission strich davon 15 Millionen Mark ab, um die Regierung zur Sparsamkeit und eventuellen Verminderung der Truppenzahl zu veranlassen, die zurzeit 14 000 Mann und beträgt nebst 4700 Eingeborenen und 23 000 Reitern. In der Debatte wurde über sehr hohe Bezüge und Verschwendung in der Verwendung von Chargen geredet. Für 10 256 Soldaten sind rund 3900 Chargierte vorhanden, darunter nicht weniger als 144 Zahlmeister, 100 Tierärzte usw., die Bezüge sind sehr hohe. Der Truppenkommandeur erhält 48 000 M., 4 Staatsoffiziere zusammen 75 680 M., 17 Bataillonskommandeure 239 700 M., 85 Hauptleute 854 400 M., 340 Leutnants 2 252 400 M. Die Soldaten erhalten 1000 M. Löhnung, die eingeborenen Soldaten 1200 M. Zur Bekämpfung des „Aufstandes“ in Südwestafrika sind bisher inklusive einer Nachtragsforderung von 30,6 Mill. Mark 242,6 Mill. M. Mark verausgabt worden. Unterstaatssekretär Tzewe erklärte, die Regierung glaube nicht, daß der Abzug von 15 Mill. Mark angängig sei, und müsse sich vorbehalten, gegebenenfalls mit einer Nachforderung an den Reichstag heranzutreten. Versprechen wolle aber die Regierung, größte Sparsamkeit zu üben.

Eine Mehrforderung von 274 000 Mark für die südwestafrikanische Landespolizei wurde abgelehnt und damit der Etat dieser Kolonie erledigt. — Beim Etat für Samoa rügte Abgeordneter Erberger die Vermehrung der Beamten auf 87, während vor fünf Jahren nur sieben Beamte in Samoa stationiert waren. Abg. Ledebour besprach die Landfrage und kritisierte die Tatsache, daß in letzter Zeit 800 Chinesen eingeführt worden sind, um Aulidienste zu verrichten. Die Regierung verdiene härtesten Tadel, wenn sie die Aulidienführung fördere. Der Zentrumsabgeordnete Dr. Dahlem hält es für fraglich, die Aulidienführung zu hemmen, weil die Plantagenbesitzer sonst keine Arbeiter hätten. — Vor wenigen Jahren wurde im Plenum des Reichstages dargelegt, daß die Einführung der farbigen Leute die deutschen Ansiedler, welche selbst die Plantagenwirtschaft betreiben, benachteiligt und lediglich zwei großen Handelsgesellschaften zugute kommt. — Die nächste Sitzung der Kommission findet am Dienstag statt.

Prüfung der Wahl Holz und Porzig.

Die Wahlprüfungskommission kam bei weiterer Prüfung der Wahl des Abg. Holz, Wahlkreis Simey, gestern nachträglich zu dem Entschluß, das Vorwissen in Posenitz, wo der Bahnmeister den Bahnarbeitern befohlen hatte, Holz zu wählen, als — nicht genügend substantiiert zu erklären und nach der danach vorgenommenen Berechnung die Wahl des Abgeordneten Holz für gültig zu erklären.

Dann beschäftigte sich die Kommission weiter mit dem Verbot der Wählerversammlung in Pechau, Wahlkreis Altenburg, ohne jedoch zu einem Entschluß zu kommen. Sofern nämlich der Protestpunkt als erheblich betrachtet und in dem Sinne behandelt wird, wie seinerzeit bei der Wahl Korsantys ein Versammlungsverbot, würde die Wahl Porzigs für ungültig erklärt werden. Die Mehrheit scheint noch nach Gründen für eine gegenteilige Entscheidung zu suchen.

Aus der Partei.

Und noch einmal das staatsgefährliche Flugblatt.

Der Staatsanwalt in Göttingen hat in dem am 14. Januar verbreiteten Flugblatt ebenfalls eine Verächtlichmachung von Staatsanwaltschaften und Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen gegeneinander entdeckt. Angeklagt sind einige Genossen, die in der Gegend von Göttingen diese der Justiz und der herrschenden Klasse so sehr die Nerven reizenden Flugblätter verbreitet haben und die durch den Gendarm in ihrer Kulturarbeit gestört worden sind. Auf den konfiszierten Flugblättern stand als Verleger der Reichstagsabgeordnete Genosse Heinrich Meister. Gegen diesen sowie gegen den Genossen Dörcke als Drucker hat der Staatsanwalt auch das Vergehen auf Grund der §§ 130 und 131 des Strafgesetzbuches eingeleitet. Während Meister einer gerichtlichen Ladung zur Vernehmung keine Folge gab, ist Dörcke bereits vor dem Untersuchungsrichter in Göttingen vernommen. Die Untersuchung ist jetzt abgeschlossen und der Staatsanwalt hat seine Akten wieder erhalten. Ob er nun Anklage erheben wird, ist abzuwarten.

Auch der Erste Staatsanwalt in Hannover hat anscheinend den für staatsgefährliche Kreise sehr löblichen Vorschlag, eine gerichtliche Aktion einzuleiten. Bei der Verbreitung der Flugblätter in Aerzen bei Hameln hat der Gendarm 337 Flugblätter konfisziert und dem Staatsanwalt zu Hannover übergeben. Genosse Müller in Hameln wandte sich beschwerdeführend über die durch den Gendarm vorgenommene Konfiskation an das Landratsamt zu Hameln. Statt der Flugblätter erhielt er folgendes Schreiben — nicht vom Landrat, sondern vom Staatsanwalt:

Abgesehen davon, daß Sie sich als Eigentümer der von dem Gendarm freigegebenen Flugblätter durch nichts legitimiert haben, kann deren Freigabe nicht erfolgen, weil die Veranschlagung dieses Flugblattes als durch den im ganzen Deutschen Reich wirksamen Befehl des königl. Amtsgerichts Graudenz vom 18. Januar 1906 — 17. G. 06 ausgesprochen anzusehen ist.

Denn das dort beschlagnahmte Blatt ist zwar gedruckt bei Singer u. Co. und gezeichnet von G. Freygang, inhaltlich aber vollkommen identisch mit den den Brüdern A. abgenommenen Flugblättern, die von Meißner verlegt und von Dörcke u. Böber in Hannover gedruckt sind. Außerdem ist gegen die Brüder A. wegen öffentlicher Verächtlichmachung der Flugblätter nach § 10 des Gesetzes über die Presse vom 12. Mai 1851 ein Verfahren anhängig, welches die amtliche Verwahrung der Flugblätter zurecht ihrer Sicherstellung gemäß § 94 der Strafprozessordnung erforderlich macht.

Somit Sie in Ihrer Eingabe über das Verhalten des Gendarm freigegebenen Flugblättern, habe ich diese zuständige Behörde halber an die hiesige Gendarmeriebrigade weitergegeben.

Von den Flugblättern sind 335 Stück an die Staatsanwaltschaft Graudenz gesandt.

Reffel.

Der Ansicht des hannoverschen Ersten Staatsanwalts, daß das Amtsgericht in Graudenz auch die in Hannover gedruckten Flugblätter mit seinem Beschlagnahmebefehl getroffen hat, können wir uns nicht anschließen. Es ist auch nicht richtig, daß der Inhalt des hannoverschen Flugblattes mit dem Berliner identisch ist. Es müßte ganz sonderbar zugehen, wenn auch in dem in Graudenz beschlagnahmten Flugblatt der in Hannover hinzugesetzte Satz: „Besucht die am 21. Januar stattfindenden Versammlungen“ stehen würde. Außerdem sind doch in Graudenz auch nur die vom Genossen Freygang verlegten und von Singer u. Co. gedruckten Flugblätter beschlagnahmt und auch schon am 18. Januar, nicht aber die erst am 14. Januar ausgegebenen hannoverschen Flugblätter. Man kann doch nichts konfiszierten, von dessen Existenz man nichts weiß! Und wenn schon eine Konfiskation der hannoverschen Flugblätter erfolgen sollte, dann kann dies doch nicht vom Graudenz er Amtsgericht, das in Hannover gar nicht zuständig ist, erfolgen. Unverständlich bleibt uns auch, daß die Staatsanwaltschaft in Graudenz nur 335 Flugblätter bekommen hat. Werden nun, was doch sicher zu erwarten, die 335 nach Graudenz gesandten Flugblätter dort freigegeben, auf Grund welcher Rechtsmittel befinden sich dann die übrigen zwei Flugblätter in Händen der hannoverschen Staatsanwaltschaft? Eine gerichtliche Beschlagnahme der hannoverschen Flugblätter ist noch nicht erfolgt.

Ueber den Stand des Nürnberger Parteigefährts wurde in einer Verammlung des sozialdemokratischen Vereins Nürnberg von der Prekommission Bericht erstattet, der einen erfreulichen Aufschwung im Verlaufe des verflohenen Geschäftsjahres konstatiert. Der Abonnementstand der „fränkischen Tagespost“ hat sich um rund 2000 gehoben und ist bis Ende Dezember auf über 13000 gestiegen. Im Januar sind ebenfalls wieder circa 1000 Abonnenten hinzugekommen, zurzeit beträgt der Stand weit über 14 000. Es soll eine planmäßige Agitation betrieben werden, um die unparteiischen Blätter, die in Nürnberg leider in den Arbeiterwohnungen noch sehr mangelhaft zu finden sind, zu verdrängen und an ihrer Stelle dem Arbeiterblatt Eingang zu verschaffen. Der Reinüberschuß betrug 17 838 M., wovon 2160 M. zur sozialpolitischen Zwecke verwendet wurden. 6000 M. wurden zur Bildung eines Hausbaufonds und 6000 M. zur Bildung eines Reservefonds zurückgelegt. Die Schulden des Gefährts, die bei der Reorganisation vor einigen Jahren sehr beträchtliche waren, sind im verflohenen Jahre vollständig getilgt worden. Nunmehr soll die Hauptaufmerksamkeit auf die weitere Ausgestaltung des Blattes gerichtet werden. In absehbarer Zeit will man ein eigenes Heim errichten, ferner ist in Aussicht genommen, der „Tagespost“ ein handliches Format, etwa das des „Vorwärts“, zu geben und sie achtfach erscheinen zu lassen. Dies hofft man bis zum 1. Mai 1910 durchführen zu können.

Der erste Kongress der Sozialisten Brasiliens findet am 1. Mai 1906 in Rio de Janeiro statt. Nähere Auskünfte erteilt Jahan Damacel, Sabará, Minas, Brasilien.

Aus Industrie und Handel.

Lohn und Reingewinn.

Nach dem Geschäftsbericht des Steinkohlenwerkes „Verinsglück“ in Delitzsch stellten sich im letzten Jahre die Selbstkosten pro Tonne einschließlich Selbstverbrauch auf: Löhne 5,96 M.; Material 2,30, Diverse 0,17 M., Kosten, Steuern usw. 1,30 M., Summa 10,13 M. Der erzielte Durchschnittspreis betrug 12,42 M. Demnach ergibt sich bei 5,96 M. Lohnkosten ein Reingehalt von 2,29 M. pro Tonne Förderung, oder auf je eine Tonne Lohn kommen rund 31 Pf. Reingewinn!

Da sage noch jemand, den Arbeitern — Hand- und Kopfarbeitern — würde nicht ein erheblicher Teil des Arbeitsvertrages vom Kapital vorenthalten. Das vorstehende Resultat wurde erzielt, obwohl merkwürdigerweise der erzielte Durchschnittspreis pro 1905 um 33 Pf. pro Tonne niedriger eingesetzt ist als der im Vorjahre ermittelte, weiter die Gesellschaft eine „Lernungslohnzulage“ von 15—25 Pf. pro Schicht hat eintreten lassen, ferner in erheblichem Umfang Vorrichtungsarbeiten geleistet wurden und der Bericht hier bis in den Herbst hinein eine nicht günstige Konjunktur konstatiert.

Unter normalen Verhältnissen ist die Mehrwertquote mithin noch erheblich höher. Und bei solchen Verhältnissen verlangt man von den Arbeitern Zufriedenheit!

Folge der Hochwasser- und Kartellwirtschaft. Aus mancherlei Gründen wird in den Auslassungen des Stahlverbandes stets bemerkt, die flotte Beschäftigung der Stahlwerke sei eine Folge des starken Inlandsbedarfs, der Verband habe seine Exportfähigkeit bis auf ein Minimum eingeschränkt, um allen Ansprüchen der heimischen Weiterverarbeitung genügen zu können. Weiter ist wiederholt betont worden, der starke Auslandsbegehrt habe die Auslandspreise hart bis auf die Höhe der Inlandspreise hinaufgedrückt. Das gesuchte starke Hervorheben der angeführten Momente beweist, daß, wenn die tatsächlichen Verhältnisse anders liegen, dies als eine unbefriedigende, ungünstige Erscheinung für die deutsche Volkswirtschaft, besonders auch für die Verarbeitungindustrie bewertet werden muß. Weiter wäre dann die Schädigung des Allgemeininteresses durch die Schutz- und Monopolwirtschaft kaum noch zu leugnen. Daß der Stahlverband also sehr stark mit künstlichem Licht leuchtet, erhellt aus folgender Tatsache: Aus dem Verwaltungsbericht der Dortmunder Union ergibt sich, daß der Durchschnittswert der Ende 1904 vorliegenden Aufträge 124,1 Mark pro Tonne betrug. Mittlerweile sind im allgemeinen die Preise erheblich gestiegen, trotzdem ist der Durchschnittswert der Ende 1905 gebuchten Aufträge auf 117,3 M. zurückgegangen! Und die Ursache dieser Erscheinung? Der „D.-G.“ schreibt dazu:

„Diese erhebliche Differenz wird uns von zuständiger Seite damit erklärt, daß die Dortmunder Union jetzt etwa 30 Proz. ihrer Produktion dem Stahlwerksverbande zu Exportzwecken nach dem Auslande zur Verfügung zu stellen hat und die Preise für die Ausfuhrware wesentlich hinter den Inlandspreisen zurückbleiben.“

Table with 8 columns: Stationen, Barometrischer Stand mm, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. d. d., Stationen, Barometrischer Stand mm, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. d. d.

Wetterprognose für Sonnabend, den 24. Februar 1906. Zeitweise aufklärend, vorwiegend trübe mit Niederschlägen und mäßigen südwestlichen Winden; Temperatur wenig verändert.

Wasserstand am 23. Februar. Elbe bei Mühlh. +0.36 Meter, bei Dresden -1.13 Meter, bei Wogdenburg +1.42 Meter. ...

Briefkasten der Redaktion.

H. F. Dirschau-Weichselbrücke, 837 Meter, Klittenbrücke, überbrückt den Bahndamm auf 220 Meter Spannweite. ...

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 bis 9 1/2 Uhr abends statt. ...

Daß der Stahlverband Parität walten läßt bei Zuteilung der Aufträge darf man wohl voraussetzen. ...

Steigerung der Einnahmen. Infolge der starken Exporttätigkeit sind in dem letzten Geschäftsjahre die Einnahmen der Eisenbahn ganz enorm gestiegen. ...

Ankündigung der Konfiskation?

Folgende Nachricht aus Petersburg gibt eine drastische Veranschaulichung zu den glänzenden Schilderungen, die das Publikum über die russische Finanzlage in der letzten Zeit über sich ergehen lassen mußte:

Unter Feststellung einer allgemeinen Besserung der Finanzlage Rußlands teilt das Organ des Grafen Witte, 'Kuploje Gosudarstwo', mit, daß um die außerordentlichen Ausgaben des Budgets zu decken, man mittels Kreditoperationen etwa 600 bis 700 Millionen Rubel in Gold beschaffen müsse. ...

Welche beglückenden Pläne Witte in Petto hat, kann man nach dieser Verkaufsbücherei noch nicht bestimmen wissen, aber ahnen läßt es sich. ...

Unter Abschluß. Die Neue Woden A.G. in Berlin erzielte pro 1905 einen Reingewinn von 2 890 642 M. ...

Nahrungsmittelverfälschung in Amerika. Von Zeit zu Zeit wird in Amerika die öffentliche Meinung aufgereizt gegen die Verfälschung von Nahrungsmitteln, die einen launen geachteten Umfang angenommen hat. ...

Freilich, man kann eine Wurst aus Chicago mit dem größten Mißtrauen betrachten und eine weit schlechtere Wurst vom Nachbar Schlächter mit großem Appetit verzehren. ...

Soziales.

Die Mißstände in der Konservendindustrie. Die Handelskammer für das Herzogtum Braunschweig hat unterm 29. Januar d. J. eine Eingabe an den Bundesrat gerichtet, in der eine größere Ausdehnung der Fabrik- und Landhilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands dem Bundesrat und Reichstag eine Denkschrift zu geben lassen, in der die traurigen Arbeitsverhältnisse der in der Konservendindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen angedeutet werden. ...

Das ist eine geradezu skandalöse Forderung. Eine Arbeitszeit bis 12 Uhr nachts, vom morgens 4 1/2 Uhr beginnend, dazu noch der Weg von und nach der Arbeitsstätte; dies zu fordern ist eine unerhörte Dreistigkeit. ...

Um diesem arbeitserfreundlichen Gebahren der genannten Handelskammer entgegenzutreten, hat jetzt die Verwaltungsstelle Braunschweig der 'Gewerkschaft der Fabrik- und Landhilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands' dem Bundesrat und Reichstag eine Denkschrift zu geben lassen, in der die traurigen Arbeitsverhältnisse der in der Konservendindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen angedeutet werden. ...

Von den Befragten waren 402 Heimarbeiterinnen und 124 in Fabriken Beschäftigte (73 Männer, 52 Frauen). Unter den 72 in Fabriken Beschäftigten männlichen Arbeiter erhielten 49 einen Stundenlohn von 22 bis 30 Pf., 17 über 30 bis 35 Pf. und nur 5 über 35 bis 45 Pf. ...

Ein großer Teil der befragten Heimarbeiterinnen klagt darüber, daß die Arbeitslöhne für Heimarbeit niedriger als für Fabrikarbeit seien. Ferner wird geklagt über die häufige Nacht- und Sonntagarbeit in den Fabriken sowie über die lange tägliche Arbeitszeit. ...

Wie man die Arbeiter zur Sonntagsarbeit zwingt, zeigt der § 4 der am 1. Mai 1903 herausgegebenen Arbeitsordnung der Konservendfabrik des 'Spargel- und Gemüsehau-Vereins G. m. b. H.' zu Braunschweig: dort wird bestimmt, daß wer Sonntag- oder Heimarbeit verweigert, mit dem Verlust bis zu einem Tagelohn bestraft wird. ...

Auch die sanitären Verhältnisse in den Konservendfabriken lassen viel zu wünschen übrig. So wurde z. B. festgestellt, daß von den 124 in den Fabriken Befragten im Laufe der letzten drei Jahre 79 krank geworden sind. ...

Angeht es solcher Zustände muß die von der Braunschweiger Handelskammer beim Bundesrat gestellte Forderung den lebhaftesten Widerstand jedes Arbeitervereines hervorrufen. ...

vorwärts, unter Voraussetzung vollkommener technischer Einrichtungen und ausreichender Löhne das vermehrte Arbeitsbedürfnis während der Kampagne vollkommen bewältigt werden kann.

Minister a. D. v. Berlepsch über Arbeiterverhältnisse. Kürzlich hielt der frühere Minister v. Berlepsch in der staatswissenschaftlichen Gesellschaft zu Jena einen Vortrag über 'Die Arbeiterfrage'. ...

Die Ausführungen stehen merkwürdig von der Theorie der 'vollen Kompottschüssel' ab. Hätte der Redner auch die Verhältnisse der ländlichen Arbeiter in den Kreis seiner Betrachtungen gezogen, so würde er ein noch erheblich trübendes Bild von den Verhältnissen der Arbeiter zeichnen müssen. ...

Essentielle Bibliothek und Lesesäle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, SW., Alexandrinenstr. 26. ...

Freiwillige Gemeinde. Sonntag, den 26. Februar, vormittags 8 1/2 Uhr, im Rathaus, Saal 109, Eingang Södenstraße. ...

Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlins und Umgebungs. Abends I und III. Sonntag, den 26. Februar, nachmittags 2 Uhr, Mittelbierenverammlung bei Wenzl, Michaelkirchstr. 20a. ...

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter. (G. H. 29) Büchse Baumhulsenweg. Sonnabend, den 24. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant von D. Kleinschmager, Baumhulsenstr. 67: Mitgliederversammlung. ...

Vermischtes.

Deutsche Patrioten in Amerika. Mit Unrecht wird den Deutschen manchmal zum Vorwurf gemacht, daß sie in der Fremde ihr Vaterland und ihren Kaiser schnell vergessen. ...

Ein Notizbuch, geschossen (laut empfangenem Akte) von Seiner Majestät, dem deutschen Kaiser, wird in verschiedenen Formen und auf feinste zubereitet, in unserem Lokal serviert. ...

Und das ist eine erstinständig gemeinte Anzeige, nicht etwa ein amerikanischer Karnevalscherz!

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der hiesigen Marktballen-Direktion. ...

Warenhaus Wilhelm Stein

□ Berlin N. 39, Chausseestr. 65-66 □

Sonder-Angebot für Sonnabend, den 24. Februar cr.
 „ Montag, „ 26. „ so lange
 „ Dienstag, „ 27. „ Vorrat *

Colonialwaren

	1 Pfd. Pl.	5 Pfd. Pl.
Reis (Bruch)	14	65
Reis (Rangon)	17	80
Reis (Java II)	22	105

	1 Pfd. Pl.	5 Pfd. Pl.
Reis (Java I)	25	115
Weizengries (mittel, fein) .	17	80
Hartgries	19	90

	1 Pfd. Pl.	5 Pfd. Pl.
Stein's Malzkaffee	24	115
Kaiserkaffee	20	95
Oichorien (grosse Pakete) . .	18	85

Kunsthonig 10 Pfd.-Eimer	2.95 M.
Kunsthonig 5 Pfd.-Eimer	1.60 M.
ff. gem. Marmelade 10 Pfd.-Eimer	2.25 M.
ff. gem. Marmelade 5 Pfd.-Eimer	1.20 M.

ZUCKER
 Pfund 19 Pf.
 5 Pfd. 90 Pf.

Gebrannter Kaffee
 Unsere Marken sind, der guten Qualität wegen sehr zu empfehlen.

Mischung	V	IV	III	II
	78 Pf.	90 Pf.	1.10 M.	1.30 M.

Hausmacher-Nudeln	Pfd. 38 Pf.	Maccaronischnitte	Pfd. 38 Pf.
Faden-Nudeln	Pfd. 38 Pf.	Maccaroni (m. d. Schwalbe)	Pfd. 43 Pf.
Figuren-Nudeln	Pfd. 38 Pf.	Maccaroni (Italienisch)	Pfd. 41 Pf.
Eiergraupen	Pfd. 38 Pf.	Maccaroni (Deutsch)	Pfd. 33 Pf.

Jagdwurst Ia	Pfd. 1.00 M.
Pomm. Mettwurst	Pfd. 0.70 M.

Fleischwaren

Pomm. Rotwurst	Pfd. 0.50 M.
Pomm. Zwiebelwurst	Pfd. 0.50 M.

* Verkauf an Wiederverkäufer findet nicht statt.

New-Departure-Freilauf-Bremsnabe
 Die beste der Welt Erhältlich in jeder besseren Fahrradhandlung. Millionen im Gebrauch
 Engros-Vertrieb: Romain Talbot, Berlin S.

Von der **Arbeiter = Gesundheits = Bibliothek**

- (Sind bisher folgende Hefte erschienen: 233/9*)
- Heft 1: Die erste Hilfe bei Unglücksfällen von Dr. Christeller. (Nur in Fabriken, Werkstätten, auf Bauplätzen vorhanden sein.)
 - Heft 2: Das erste Lebensjahr von Dr. Silberstein. (Jeder jungen Mutter zur Anschaffung zu empfehlen.)
 - Heft 3: Gesundheitspflege des Nervensystems von Dr. Girschloft. (Wer seine Nerven gesund erhalten will, lese diese Anleitung dazu.)
 - Heft 4: Der Achtstundentag von Dr. Zabel. (Eine ärztliche Begründung der sozialdemokratischen Forderung.)
 - Heft 5: Alkoholfrage und Arbeiterklasse von Dr. Frühlich. (Eine empfehlenswerte Agitationsbrochure.)
 - Heft 6: Das Schulkind von Dr. Silberstein. (Die Kinder vor Schulkrankheiten schützen, ist Zweck des Büchleins.)
 - Heft 7: Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten von Dr. Gebert. (Belehrend über diese, für jeden Menschen wichtige Frage.)
 - Heft 8: Nahrung und Ernährung. (Ein wichtiges Kapitel für die Arbeiterfamilie.)
- Jedes Heft kostet 20 Pfennig.
 Diese Abhandlungen sind für jedermann verständlich geschrieben und sollten in keiner Familie fehlen.
- Expedition des „Vorwärts“**
 Berlin SW. 68, Lindenstraße 60, Laden.

Eine Mark wöchentl. Teilzahlung
 Isolierte elegante fertige **Herren-Moden.**
 Ersatz für Maß.
Maß-Anfertigung
 feinste Verarbeitung
 Garantie tadelloser Sitz.
J. Kurzberg,
 An der Jannowitz-Brücke 1, 1.
 Direkt am Bahnhof.
 Kein Waren-Kredithaus.

Nur **neueste Moden.**

Die hier feine, schwarze Hut moderne Form, kostet M. 1.90. Zylinderhüte u. Chap. claque in großer Auswahl.
Spezial-Hut-Engros-Lager, nur neueste Moden.
 Abteilung für den Einzelverkauf
Neue König-Straße 48, 1 Treppe,
 drittes Haus vom Alexanderplatz.
 Größte Auswahl, außergewöhnlich billige Preise.
Filzhüte für Herren, neueste Form, mit Futter M. 1.50, mit Atlasfutter M. 2.—, hochfeine Qualität M. 2.50, extra feine M. 3.—, beste Qualität 4.50,
 Sonntags geöffnet. 1012*

Englischer Garten
 Alexanderstr. 27 c.
 Sonnabend, 24. März, großer Saal frei geworden. Ferner ein Saal zum 25. und 31. März noch frei.
 Max Quatser.

Der Kenner raucht
№ 61
 hochfeine 6 Pf. Cigarre vorzüglicher würziger Geschmack
J. NEUMANN
 Cigarren-Fabriken — 103 Filialen.

Achtung! Vereine, Gewerkschaften!
 Dem verehrten Publikum, Vereinen und Gewerkschaften sowie allen Freunden und Bekannten zur gef. Kenntnisnahme, daß ich das herrlich an der Oberspreewäldchen, mit Veranden und Hallen versehenen zirka 15 000 Personen fassende Etablissement **Hasselwerder** käuflich erworben habe. — Bequem vom Bahnhof Nieder-Schöneweide-Johannisthal in 5 Minuten zu erreichen. Dampferanlegestelle der Stern-Gesellschaft.
Ausspannung für 200 Pferde. Im großen Saale jeden Sonntag: Ball, 6 Kegelbahnen.
 Volksbelustigungen aller Art.
 In meinen Festsälen Rüdersdorferstr. 45 setze ich mein Geschäft bis zum 1. Oktober 1906 unverändert fort.
Albert Scheruch, Rüdersdorferstr. 45.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 4,
 Spezialarzt für Haut- und Harnleiden.
 10-9, 5-7. Sonntags 10-12, 9-1.

Um sich vor Enttäuschungen zu bewahren, verlange man ausdrücklich **MAGGI'S Würze** mit dem Kreuzstern, und lasse sich nichts anderes aufreden. Auch lasse man **MAGGI'S Würze** nur in **MAGGI'S** Flaschen nachfüllen.

Für die Opfer des russischen Befreiungskampfes

gingen weiter ein:

Von der Parteipresse: Kassel, durch die Expedition des „Vollst.“ 189,88. Desgl. 14,40. Stuttgart, in der Expedition der „Schwäbischen Tagblatt“ eingegangen 492,03. Desgl. 454,80. Desgl. 351,90. Frankfurt a. M., eingegangen bei der Geschäftsstelle der „Rheinischen Volksstimme“ 144,55. Desgl. 227,50. Offenbach a. M., eingegangen in der Expedition des „Offenbacher Abendblatt“ 225,51. Desgl. 234,57. Ludwigshafen a. Rh., bei der Expedition der „Völkische Post“, eingegangen 200,—. Brandenburg a. H., eingegangen bei der „Brandenburger Zeitung“ 150,—. Bant, bei der Redaktion der „Norddeutschen Volksstimme“, 3. Rate 200,—. Königsberg i. Pr., durch die „Königsberger Volkszeitung“, 8. Rate 28,91. Danzig, eingegangen in der Expedition des „Danziger Echo“, 5. Rate 3000,—. Frankfurt a. M., in der Expedition der „Volksstimme“ eingegangen 125,35.

Berlin, Sammlungen der Wahlkreise: 2. Kreis. Völkische: 35453 10,75; 35287 und 35258 Daimler-Rotoren-Werke, Mariensfeld, Abt. 9 und 10 35,75; 35262 Degenhardt, Waldstr. 35 9,10; 35283 desgl. 16,50; 35264 12,55; 35267 19,50; 35277 7,20; Gemeinnützige Arbeitervereine bei Goh. Kornstr. 2 17,—; 15209 4,50; 15220 1,90; 15221 2,50; 15227 9,80; 15209 1,55; 15365 1,50; 35103 4,50; 35124 5,—; 35126 3,20; 35135 8,40; 15707 1,70; 35058 16,70; 35061 10,10; 35078 20,80; 35081 15,—; 35100 12,65; Entf. 5,—; A. D. 2,—; 35187 9,—; 35191 11,50; 35192 16,40; 35082 Pianoforte-Fabrik Riedererstr. 154 18,50; 35197 und 35198 Kollegen und Kolleginnen der Berl. Buchbinderei Röhden u. Co. 67,30; 15476 21,95; 15477 7,95; 15478 2,10; 15479 12,90; 15481 5,50; 15486 16,80; 15489 5,20; 15491 12,60; 15492 8,65; 35371 22,30; 35373 27,65; 35377 Buchdruckerei Otto von Hellen 10,00; 35106 4,20; 35119 7,05; 35110 5,65; 35123 20,65; 35127 13,10; 35138 9,—; 35139 14,70; 35140 8,20; 35141 8,60; Gefammlt bei Derog. Röhdenstr. 5,—; 15054 —50; 15073 9,40; 35256 12,35; 35260 15,55; 35273 4,45; 35276 Verbandmitglieder bei Hergenstr. 29,45; 35288 5,80; 35289 3,50; 35292 5,15; 35294 15,60; 35296 3,90; 35297 18,80; 35298 6,20; 35451 13,50; 35454 1,50; 15134 —35; 15163 12,55; 15161 7,25; 35303 4,—; 35306 5,70; 35308 9,75; 35312 3,70; 35313 6,15; 35319 9,50; 35329 4,40; 35324 11,35; 35325 2,70; 35328 8,60; 35329 20,35; 35330 21,15; 35331 7,20; 35332 29,70; 35333 8,60; 35339 2,—; 35341 3,40; 35345 10,10; 35347 12,15; 35350 5,50; 35421 4,95; 35425 5,10; 35432 6,40; 35005 10,—; 35006 6,35; 35011 8,50; 35024 6,—; 35027 3,35; 35030 7,60; 35035 12,70; 35036 Ullstein u. Co., Zeitungs-Abt. 11,70; 35038 12,15; 35041 1,25; 35042 6,10; 35043 3,75; 35044 11,30; 35047 8,15; 35048 7,—; Gefammlt bei Heim. Röhdenstr. 2,35; 35259 7,60; 35432 7,50; 35290 9,50; 35057 5,25; 35090 11,70; 35084 10,40; 35085 13,55; 35098 4,06; 35004 16,55; 35008 11,65; Tischlerei Gohlfow 2,90; 35103 8,45; 35113 13,—; 35115 7,20; 35144 7,55; 35149 7,25; 35055 Tischlerei Gohlfow 10,45; 15252 —50; 35152 2,00; 35153 9,—; 35154 6,30; 35159 10,75; 35170 R. Hartmann, 2. Rate 3,85; 35172 Hegelein u. Apparatebau R. Hartmann, 1. Rate 8,55; 35173 —50; 35174 2,50; 35175 —25; 35180 2,50; 35182 2,50; 35183 7,75; 35186 18,85; 35189 8,55; 35195 10,35; 35200 5,80; 35353 9,80; 35357 7,65; 35363 5,—; 35370 —, Summa 1389,75.

3. Kreis a. Rando Ullstein 1000,— (darunter Ullstein 31652 5,20; 31651 Deutsche Telefonwerke, Abt. Maschinenbau, Elisabethstr. 22,50; 31656 Deutsche Telefonwerke, Feingehäuse 13,45; 31657 desgl. 27,75; 31658 desgl. 5,15; 31659 desgl. 3,85; 31660 desgl. 11,20; 31661 desgl. 4,40; 31662 desgl. 5,75; 31663 desgl. 5,35; 31664 desgl. 1,80; 31665 desgl. 10,75; 31666 desgl. 26,50; 31667 desgl. 7,15; 31668 desgl. 2,70; 31669 desgl. 9,50; 31670 desgl. 14,80; 31492 12,80; 31604 gef. am gem. Stammtisch bei Weder, Romanbantenstr. 10,11 3,30; 31189 Tischlerei Röhde (2 Tischler ausgeh.), Lützenallee 8 5,—; 31165 Kollegen der Firma Guggenbiller 12,—; 31212 Buchdr. Abt. Gebr. Dehler u. Wagner 6,30; 31280 5,35; 31281 7,85 (darunter Theater-Vergnügungsverein „Vierda II“ 3,—); 31282 5,70; 31221 4,80; 31223 5,80; 31253 Schneidwerkzeuge u. amer. Wafr. der 6. Röhden-Abt. des Zimmereis „Röhde“ 14,05; 31234 3,25; 31242 2,80).

4. Kreis, Wahlkreis 1607,88. Völkische: 10423 3,60; 10429 6,80; 10447 4,40; 10448 7,70; 10449 4,70; 10459 6,25; 11126 3,—; 11128 9,50; 11132 6,70; 11135 2,50; 11137 7,45; 11138 1,20; 11139 5,80; 11176 2,60; 11178 3,50; 11504 13,10; 11505 6,55; 11523 7,10; 11528 6,85; 30103 4,80; 30119 4,—; 30137 5,55; 30140 9,75; 30151 24,85; 30154 21,25; 30159 3,30; 30160 1,80; 30168 4,25; 30135 4,05; 30136 6,05; 30237 10,45; 30238 10,90; 30239 Tischlerei Gohlfow 9,10; 30240 Westfäl. Grenzland 10,40; 30243 17,55; 30244 2,45; 30246 6,70; 30248 6,05; 30249 1,85; 30250 11,80; 30252 8,95; 30255 14,20; 30256 1,10; 30277 4,60; 30278 7,45; 30280 7,05; 30282 6,—; 30283 4,75; 30296 23,75; 30297 7,50; 30306 10,60; 30314 gefammlt bei H. S. Sed. 25,75; 30307 16,45; 30309 6,50; 30362 5,70; 30367 14,—; 30369 9,15; 30393 1,80; 30394 4,60; 30395 20,—; 30396 22,25; 30397 4,70; 30398 5,60; 30511 7,90; 30512 8,50; 30513 10,45; 30514 2,30; 30516 10,10; 30517 2,75; 30518 16,05; 30519 3,05; 30520 4,95; 30521 17,45; 30522 17,—; 30523 3,80; 30524 12,85; 30525 9,50; 30529 6,90; 30529 9,70; 30530 4,65; 30531 8,10; 30532 6,20; 30533 6,80; 30534 7,20; 30535 11,95; 30536 20,10; 30537 6,25; 30538 15,90; 30544 8,95; 30546 3,10; 30549 8,25; 30561 8,50; 30565 3,75; 30566 4,10; 30617 5,10; 30619 5,75; 30620 10,10; 30626 7,70; 30628 3,50; 30630 2,00; 30631 9,—; 30632 4,95; 30633 9,80; 30634 10,55; 30636 2,15; 30639 8,25; 30640 3,—; 30641 14,10; 30642 14,45; 30645 6,50; 30646 6,50; 30801 17,60; 30802 11,25; 30803 gefammlt auf der Fahrt von Berlin nach Weidenburg 8,10; 30804 7,05; 30813 5,75; 30814 9,05; 30818 7,75; 30821 3,40; 30825 4,10; 30828 8,—; 30830 2,85; 30904 4,90; 30914 2,30; 30916 9,95; 30920 10,30; 30923 7,70; 30927 5,80; 30938 10,25; 30939 2,05; 30942 5,25; 30943 4,50; 30944 9,20; 30945 2,35; 30946 9,80; 30947 13,05; 30948 15,90; 30753 7,—; 30754 7,10; 30755 von den Arbeitern der Röhdenfabrik Lützow u. Gohlfow (darunter Seherstraße 5,—) 15,25; 30756 5,80; 30758 12,60; 30759 3,—; 30772 18,10; 30774 3,50; 30775 2,15; 30776 4,35; 30779 12,40; 30781 10,45; 30784 2,10; 30787 7,10; 30789 6,70; 30795 4,55; 30796 Westfäl. Grenzland 11,45; 30798 4,50; 30799 4,05; 35504 9,90; 35508 14,95; 35510 6,95; 35511 8,95; 35512 10,30; 35517 3,45; 35518 22,55; 35519 7,75; 35528 3,25; 35530 18,15; 35531 7,—; 35537 13,—; 35601 11,40; 35603 19,—; 35605—35607 die Arbeiter der Firma Grosse u. Gohlfow, Nöthen-Schönau 81,85. Von Tischlern der Röhdenfabrik Kling, Westfäl. Grenzland 24,75; Tischlerei Röhde u. Gohlfow 3,50; von den Parteigenossen des 183. Stadtbataillon 10,—; Tischlerei G. u. H. Schulz, Vorwerkstraße (einschl. Uebertrag der Röhdenfabrik 15,90) 45,90; durch Röhde 10,—; Tischlerei Röhde u. Gohlfow 12,—.

5. Kreis, Völkische: 9001 Ullst. 12,50; 9005 6,75; 9011 10,25; 9012 11,25; 9016 5,95; 9034 5,90; 9045 1,—; 9050 Gasmesserschiffen S. Elster, Röhdenstr. 42,95; 9067 4,15; 9084 3,30; 9085 5,—; 9087 6,35; 9088 Ullst. 10,05; 9090 9,50; 9091 5,—; 9092 2,55; 9098—9102 Verammlung der Brauereiarbeiter Seiffen II durch Röhde 47,65; 9103 6,90; 9106 2,10; 9107 3,15; 9110 durch Sed. 9,20; 9115 5,—; 9129 5,05; 9130 3,15; 9133 5,60; 9142 14,25; 9146 1,70; 9147 2,30; 9148 1,90; 9157 1,50; 9159 3,60; 9160 2,00; 9172 8,30; 9184 8,10; 9185 6,75; 9211 2,25; 9214 6,55; 9216 5,—; 9217 7,80; 9223 6,—; 9226 2,30; 9227 1,25; 9233 1,70; 9236 3,80; 9246 1,50; 9251 1,75; 9252 —30; 9254 3,95; 9296 2,—; 9270 1,55; 9358 d. Röhde 7,45; 9376 9,80; 9383 d. Röhde 7,75; 9391 8,50; 9393 6,—; 9397 7,30; 9472 3,60; 9475 8,25; 9478 1,65; 9480 3,40; 9482 von den Arbeitern der Firma Lützow u. Gohlfow 12,85; 9485 6,40; 9501 6,85; 9502 24,85; 9503 1,90; 9505 5,25; 9506 9,40; 9508 8,35; 9510 9,85; 9512 3,65; 9516 3,25; 9518 4,05; 9519 3,45; 9520 6,30; 9521 1,90; 9524 6,—; 9528 18,35; 9531/32 d. Röhde 30,75; 9533 7,10; 9534 1,50; 9538 5,20; 9549 5,30; 9550 15,80; 9552 8,35; 9557 1,50; 9558 2,85; 9559 4,—; 9560 6,97; 9561 Arbeiter Dewitz u. Verz. 17,90; 9562 10,—; 9564 8,15; 9566 4,70; 9570 Zigarettenfabr. Tania 4,20; 9571 4,10; 9572 18,05; 9573 8,35; 9574 Zigarettenfabr. Herffelt 4,20; 9575 Zigarettenfabr. Phänomen 8,35; 9576 Zigarettenfabr. Phänomen 10,35; 9580 10,15; 9582 6,—; 9589 Zigarettenfabr. Westfäl. Grenzland 6,40; 9592 6,35; 9599 6,15; 9601 19,25; 9604 4,—; 9606 11,50; 9606 7,90; 9607 19,50; 9612 11,30; 9616 7,20; 9618 3,40; 9620 4,75; 9621 4,10; 9622 7,50; 9623 24,50; 9634 13,50; 9635 15,25; 9636 gefammlt in Halle 6,60; 9638 2,40; 9639 5,95; 9640 —30; 9644 9,20; 9649 2,50; 9653 8,15; 9656 Gasmesserschiffen S. Elster, Abt. Röhdenstr. 21,85; 9661 7,80; 9662 6,90; 9703 Büchsenfabrik Röhden, gef. durch H. 19,80; 9707 9,95; Summa 1009,28.

6. Kreis, Völkische: 9032 2,80; 9033 2,80; 9034 2,80; 9035 2,80; 9036 2,80; 9037 2,80; 9038 2,80; 9039 2,80; 9040 2,80; 9041 2,80; 9042 2,80; 9043 2,80; 9044 2,80; 9045 2,80; 9046 2,80; 9047 2,80; 9048 2,80; 9049 2,80; 9050 2,80; 9051 2,80; 9052 2,80; 9053 2,80; 9054 2,80; 9055 2,80; 9056 2,80; 9057 2,80; 9058 2,80; 9059 2,80; 9060 2,80; 9061 2,80; 9062 2,80; 9063 2,80; 9064 2,80; 9065 2,80; 9066 2,80; 9067 2,80; 9068 2,80; 9069 2,80; 9070 2,80; 9071 2,80; 9072 2,80; 9073 2,80; 9074 2,80; 9075 2,80; 9076 2,80; 9077 2,80; 9078 2,80; 9079 2,80; 9080 2,80; 9081 2,80; 9082 2,80; 9083 2,80; 9084 2,80; 9085 2,80; 9086 2,80; 9087 2,80; 9088 2,80; 9089 2,80; 9090 2,80; 9091 2,80; 9092 2,80; 9093 2,80; 9094 2,80; 9095 2,80; 9096 2,80; 9097 2,80; 9098 2,80; 9099 2,80; 9100 2,80; 9101 2,80; 9102 2,80; 9103 2,80; 9104 2,80; 9105 2,80; 9106 2,80; 9107 2,80; 9108 2,80; 9109 2,80; 9110 2,80; 9111 2,80; 9112 2,80; 9113 2,80; 9114 2,80; 9115 2,80; 9116 2,80; 9117 2,80; 9118 2,80; 9119 2,80; 9120 2,80; 9121 2,80; 9122 2,80; 9123 2,80; 9124 2,80; 9125 2,80; 9126 2,80; 9127 2,80; 9128 2,80; 9129 2,80; 9130 2,80; 9131 2,80; 9132 2,80; 9133 2,80; 9134 2,80; 9135 2,80; 9136 2,80; 9137 2,80; 9138 2,80; 9139 2,80; 9140 2,80; 9141 2,80; 9142 2,80; 9143 2,80; 9144 2,80; 9145 2,80; 9146 2,80; 9147 2,80; 9148 2,80; 9149 2,80; 9150 2,80; 9151 2,80; 9152 2,80; 9153 2,80; 9154 2,80; 9155 2,80; 9156 2,80; 9157 2,80; 9158 2,80; 9159 2,80; 9160 2,80; 9161 2,80; 9162 2,80; 9163 2,80; 9164 2,80; 9165 2,80; 9166 2,80; 9167 2,80; 9168 2,80; 9169 2,80; 9170 2,80; 9171 2,80; 9172 2,80; 9173 2,80; 9174 2,80; 9175 2,80; 9176 2,80; 9177 2,80; 9178 2,80; 9179 2,80; 9180 2,80; 9181 2,80; 9182 2,80; 9183 2,80; 9184 2,80; 9185 2,80; 9186 2,80; 9187 2,80; 9188 2,80; 9189 2,80; 9190 2,80; 9191 2,80; 9192 2,80; 9193 2,80; 9194 2,80; 9195 2,80; 9196 2,80; 9197 2,80; 9198 2,80; 9199 2,80; 9200 2,80; 9201 2,80; 9202 2,80; 9203 2,80; 9204 2,80; 9205 2,80; 9206 2,80; 9207 2,80; 9208 2,80; 9209 2,80; 9210 2,80; 9211 2,80; 9212 2,80; 9213 2,80; 9214 2,80; 9215 2,80; 9216 2,80; 9217 2,80; 9218 2,80; 9219 2,80; 9220 2,80; 9221 2,80; 9222 2,80; 9223 2,80; 9224 2,80; 9225 2,80; 9226 2,80; 9227 2,80; 9228 2,80; 9229 2,80; 9230 2,80; 9231 2,80; 9232 2,80; 9233 2,80; 9234 2,80; 9235 2,80; 9236 2,80; 9237 2,80; 9238 2,80; 9239 2,80; 9240 2,80; 9241 2,80; 9242 2,80; 9243 2,80; 9244 2,80; 9245 2,80; 9246 2,80; 9247 2,80; 9248 2,80; 9249 2,80; 9250 2,80; 9251 2,80; 9252 2,80; 9253 2,80; 9254 2,80; 9255 2,80; 9256 2,80; 9257 2,80; 9258 2,80; 9259 2,80; 9260 2,80; 9261 2,80; 9262 2,80; 9263 2,80; 9264 2,80; 9265 2,80; 9266 2,80; 9267 2,80; 9268 2,80; 9269 2,80; 9270 2,80; 9271 2,80; 9272 2,80; 9273 2,80; 9274 2,80; 9275 2,80; 9276 2,80; 9277 2,80; 9278 2,80; 9279 2,80; 9280 2,80; 9281 2,80; 9282 2,80; 9283 2,80; 9284 2,80; 9285 2,80; 9286 2,80; 9287 2,80; 9288 2,80; 9289 2,80; 9290 2,80; 9291 2,80; 9292 2,80; 9293 2,80; 9294 2,80; 9295 2,80; 9296 2,80; 9297 2,80; 9298 2,80; 9299 2,80; 9300 2,80; 9301 2,80; 9302 2,80; 9303 2,80; 9304 2,80; 9305 2,80; 9306 2,80; 9307 2,80; 9308 2,80; 9309 2,80; 9310 2,80; 9311 2,80; 9312 2,80; 9313 2,80; 9314 2,80; 9315 2,80; 9316 2,80; 9317 2,80; 9318 2,80; 9319 2,80; 9320 2,80; 9321 2,80; 9322 2,80; 9323 2,80; 9324 2,80; 9325 2,80; 9326 2,80; 9327 2,80; 9328 2,80; 9329 2,80; 9330 2,80; 9331 2,80; 9332 2,80; 9333 2,80; 9334 2,80; 9335 2,80; 9336 2,80; 9337 2,80; 9338 2,80; 9339 2,80; 9340 2,80; 9341 2,80; 9342 2,80; 9343 2,80; 9344 2,80; 9345 2,80; 9346 2,80; 9347 2,80; 9348 2,80; 9349 2,80; 9350 2,80; 9351 2,80; 9352 2,80; 9353 2,80; 9354 2,80; 9355 2,80; 9356 2,80; 9357 2,80; 9358 2,80; 9359 2,80; 9360 2,80; 9361 2,80; 9362 2,80; 9363 2,80; 9364 2,80; 9365 2,80; 9366 2,80; 9367 2,80; 9368 2,80; 9369 2,80; 9370 2,80; 9371 2,80; 9372 2,80; 9373 2,80; 9374 2,80; 9375 2,80; 9376 2,80; 9377 2,80; 9378 2,80; 9379 2,80; 9380 2,80; 9381 2,80; 9382 2,80; 9383 2,80; 9384 2,80; 9385 2,80; 9386 2,80; 9387 2,80; 9388 2,80; 9389 2,80; 9390 2,80; 9391 2,80; 9392 2,80; 9393 2,80; 9394 2,80; 9395 2,80; 9396 2,80; 9397 2,80; 9398 2,80; 9399 2,80; 9400 2,80; 9401 2,80; 9402 2,80; 9403 2,80; 9404 2,80; 9405 2,80; 9406 2,80; 9407 2,80; 9408 2,80; 9409 2,80; 9410 2,80; 9411 2,80; 9412 2,80; 9413 2,80; 9414 2,80; 9415 2,80; 9416 2,80; 9417 2,80; 9418 2,80; 9419 2,80; 9420 2,80; 9421 2,80; 9422 2,80; 9423 2,80; 9424 2,80; 9425 2,80; 9426 2,80; 9427 2,80; 9428 2,80; 9429 2,80; 9430 2,80; 9431 2,80; 9432 2,80; 9433 2,80; 9434 2,80; 9435 2,80; 9436 2,80; 9437 2,80; 9438 2,80; 9439 2,80; 9440 2,80; 9441 2,80; 9442 2,80; 9443 2,80; 9444 2,80; 9445 2,80; 9446 2,80; 9447 2,80; 9448 2,80; 9449 2,80; 9450 2,80; 9451 2,80; 9452 2,80; 9453 2,80; 9454 2,80; 9455 2,80; 9456 2,80; 9457 2,80; 9458 2,80; 9459 2,80; 9460 2,80; 9461 2,80; 9462 2,80; 9463 2,80; 9464 2,80; 9465 2,80; 9466 2,80; 9467 2,80; 9468 2,80; 9469 2,80; 9470 2,80; 9471 2,80; 9472 2,80; 9473 2,80; 9474 2,80; 9475 2,80; 9476 2,80; 9477 2,80; 9478 2,80; 9479 2,80; 9480 2,80; 9481 2,80; 9482 2,80; 9483 2,80; 9484 2,80; 9485 2,80; 9486 2,80; 9487 2,80; 9488 2,80; 9489 2,80; 9490 2,80; 9491 2,80; 9492 2,80; 9493 2,80; 9494 2,80; 9495 2,80; 9496 2,80; 9497 2,80; 9498 2,80; 9

vom Reich ist vom Staat zu erwarten, — gehört Preußen doch zu denjenigen Staaten, die bis heute noch einer Volksvertretung entbehren. Daher ist es gerechtfertigt, daß die Arbeiter sich zunächst an die Gemeinde wenden, wozu noch die Erwägung kommt, daß eine allgemeine zentralistische Regelung der Arbeitslosenfürsorge im ganzen Reich vielleicht zu schwierig ist, daß notwendigerweise erst von den einzelnen Gemeinden die Vorbedingungen hierfür geschaffen werden müßten. Aus solchen Erwägungen heraus sind wohl auch vor zwei Jahren die Arbeitslosenzahlungen in Charlottenburg eingeführt worden, die regelmäßig im Februar, Juli und November stattfinden. Redner ging näher auf die Technik dieser Zahlungen ein, deren letzte, im November 1905, nur die geringe Zahl von 72 Arbeitslosen ergeben habe, aber daraus kann leider nicht geschlossen werden, daß die Arbeitslosigkeit in Charlottenburg eine so geringe sei, sondern dies Resultat erklärt sich aus der Tatsache, daß sich der Arbeiter allmählich Zweifel bemächtigt haben, ob denn auf die fortwährenden Zahlungen auch wirklich etwas für die Arbeitslosen gechehen werde; wenn dies nicht der Fall sei, sondern immer nur Erhebungen zu rein statistischen Zwecken veranstaltet werden, muß naturgemäß bei den Arbeitern die Frigidität bei der Mitarbeit nachlassen; daraus erklärt es sich, daß bei der letzten Zahlung ganze Arbeiterbiertel nicht mit Zählkarten belegt wurden. Das beste Mittel, die fruchtbare Mitarbeit der Arbeiter zu sichern und die Zahlungen zu zuverlässigen anzustellen, ist die Zinanzgriffnahme einer Unterstützung für die ermittelten Arbeitslosen. Der Magistrat würde sich damit nicht auf vollkommen unbereinigtes Gebiet begeben, vielmehr haben die Arbeiter selbst in ihren Organisationen, von denen allein die freien Gewerkschaften für reine Arbeitslosen-Unterstützung, also abgesehen von Kranken- und Invaliden-, sowie von Genozregeln- und Streikunterstützung, jährlich über 1 1/2 Millionen Mark ausgegeben, vorzügliche Vorarbeiten geleistet. Auch öffentliche Gelder werden bereits zur Arbeitslosen-Fürsorge verwendet; so werden bereits in 9 von den 10 belgischen Städten mit über 50 000 Einwohnern nach dem Vorgange von Gent den Gewerkschaften Zuschüsse zu ihrer Arbeitslosen-Unterstützung gezahlt, und auch in Deutschland hat die königliche Stadtverwaltung im Mai vorigen Jahres beschlossen, der von privater Seite ins Leben gerufenen Arbeitslosen-Versicherungskasse einen Zuschuß von 20 000 M. zu gewähren und für die 100 000 M. übersteigenden Kosten aufzukommen. Wir hoffen auf eine Antwort, die uns erwarten läßt, daß Charlottenburg auf diesem Gebiete vorbildlich wirken will.

Die Antwort des Magistrats entsprach dieser Erwartung leider nicht; Herr Stadtrat Professor Dr. Jastrow verbeugte sich sehr eingehend über die Methoden, einen Ueberblick über den Arbeitsmarkt zu gewinnen, unter welchen die Charlottenburger Arbeitslosenzahlungen nur ein ergänzendes Glied darstellen. Alle diese Methoden haben übereinstimmend ergeben, daß gegenwärtig die Arbeitslosigkeit eine verhältnismäßig geringe sei, und deshalb sei ein Anlaß zu irgend welchen außerordentlichen Maßnahmen nicht gegeben. Bei der Einführung der Arbeitslosenzahlungen sei durchaus keine Verpflichtung auf irgend eine unmittelbare Unterstützung der Arbeitslosen gemacht worden; diese sollten sich zunächst an den städtischen Arbeitsnachweis wenden. Zu bemerken sei ferner, daß vom Reichsamt des Innern in allerhöchster Zeit eine umfangreiche Veröffentlichung über Arbeitslosenversicherung unmittelbar bevorstehe, die man zunächst wohl abwarten müsse. Jedenfalls werde der Magistrat die Frage im Auge behalten und die Zahlungen fortsetzen. Wenn sie durch die Zeitungslosigkeit der Arbeiter mangelhaft und der Magistrat einer etwa eintretenden großen Arbeitslosigkeit dann unvorberichtet gegenüberstehe, müsse er die Verantwortung dafür ablehnen.

Die Mehrheitsparteien waren von dieser mit übermäßigen Weisheit aufgenommenen Antwort so befriedigt, daß sie überhaupt nicht das Wort ergriffen. Von unserer Seite betonte Genosse Dr. Vorchardt, er müsse nach dieser Antwort befürchten, daß die nächsten Zahlungen ergebnislos verlaufen würden. Freilich ist bei ihrer Einführung keine positive Zusicherung auf Unterstützung der Arbeitslosen gemacht worden; aber die Maßregel selbst enthält in sich die Vermutung dieser Unterstützung, die gerade in verhältnismäßig günstigen Zeiten eingeführt werden muß. Wenn Herabbrechen einer großen Arbeitslosigkeit ist es zu spät, organische Einrichtungen in großen Stille zu treffen. Deshalb ist die ablehnende Haltung des Magistrats überaus bedauerlich. Freilich behalten die Zahlungen auch dann noch ihren symptomatischen Wert, und ist aus diesem Grunde eine Verringerung der Arbeiter an ihnen erwünscht.

Von den übrigen Gegenständen der Tagesordnung rief nur der Etat eine Debatte hervor, den der Rammerei wohlwollend zu prüfen hat. Die Liberalen erklärten durch ihren Redner, Stadtverordneten-Vorsitzer Stelvertreter Kaufmann, daß sie angesichts der Schwierigkeit, den Etat zu balancieren, sogar auf prinzipielle Wünsche Verzicht leisten würden.

Genosse Dr. Vorchardt erklärte diesen Standpunkt nicht einnehmen zu können, zumal noch genügend Mittel zur Aufbringung von Geld vorhanden seien; ganz allein der Grund und Boden sei nur im letzten Jahre wieder um 52 Millionen Mark im Werte gestiegen, woraus sich mit Leichtigkeit die erforderlichen Mittel beschaffen ließen, etwa zur Verbilligung des Gases, dessen Herabsetzung um einen Pfennig pro Kubikmeter nur 350 000 M. kosten würde. Gar nicht missprechend dürfe die Kostenfrage bei der Gewährung freier Vermittel, die übrigens nur ein Mehr von 150 000 M. erforderten. Ebenso sei dringend auf dem schnelleren Bau von Gemeindeschulen zu bestehen, für welche eine verständige Finanzpolitik die Mittel schaffen müsse.

Der Etat wurde einem Ausschuß von 15 Mitgliedern und 15 stellvertretenden Mitgliedern überwiesen; seitens der sozialdemokratischen Fraktion gehören diesem Ausschuß an die Genossen Dr. Vorchardt, Fiesch, Scharnberg, als Stellvertreter Altd. Vogel, Jepsler.

Um 1/10 Uhr wurde die öffentliche Sitzung geschlossen.

Gerichts-Zeitung.

Reichsgerichtliche Ershwerung des Beschwerderechts. Wird die Behauptung wahrer Tatsachen unterbunden oder die freieste Kritik gegen Mißstände behindert oder gar das persönliche Beschwerderecht erschwert, so wird der Ungerechtfertigkeit, der Willkür, der Korruption und der Heuchelei Vorschub geleistet. Deshalb muß in dem Strafbuch der in der Kultur vorgeschrittenen Länder die Behauptung wahrer Tatsachen geschützt werden. Unser Strafgesetzbuch durchbricht den für ein Kulturland unentbehrlichen Grundsatz, daß das Aussprechen von Wahrheiten geschützt sein müsse, in erheblichem Maße. Im § 186 des Strafgesetzbuches legt es dem, der die Wahrheit ausspricht, den Beweis der Wahrheit auf, falls die behaupteten Tatsachen jemand verdächtig zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzusetzen geeignet wäre. Weit darüber hinaus geht die Rechtsprechung, die so oft den Beweis trotz des erdrückendsten Beweismaterials nicht in vollem Umfange für geführt erachtet oder gar den Beweis der Wahrheit durch die Fiktion (Annahme) abschneidet, die behauptete Tatsache sei keine Tatsache sondern ein Urteil und ein solches lasse sich nicht beweisen. Aber selbst wenn alles, was gegen Beamte vorgebracht ist, bis auf das Fingelfeld über dem i beweisen ist, tritt § 192 des Strafgesetzbuches an, der da bestimmt, „der Beweis der Wahrheit der behaupteten oder verbreiteten Tatsache schiebt die Bestrafung nach Vorchrift des § 185 des Strafgesetzbuches nicht aus, wenn das Vorhandensein einer Verleumdung aus der Form der Behauptung oder Verbreitung oder aus den Umständen, unter welchen sie geschah, hervorgeht“. In ähnlicher

Weise sagt der überdies durch die Rechtsprechung außerordentlich eingeeengte § 193: „Tadelnde Urteile über wissenschaftliche, künstlerische oder gewerbliche Leistungen, ingleichen Äußerungen, welche zur Ausführung oder Verteidigung von Rechten, oder zur Wahrnehmung berechtigter Interessen gemacht werden, sowie Vorhaltungen und Rügen der Vorgesetzten gegen ihre Untergebenen, dienstliche Anzeigen oder Urteile von Seiten eines Beamten und ähnliche Fälle sind nur insofern strafbar, als das Vorhandensein einer Verleumdung aus der Form der Äußerung oder aus den Umständen, unter welchen sie geschah, hervorgeht.“

Am Donnerstag gelangte folgender Fall vor dem Reichsgericht zur Verhandlung, der zeigt, wie nicht einmal vollauf berechtigte Beschwerden nach der Auffassung des Reichsgerichts gegen Verleumdungsklagen geschützt sind. Vom Landgericht Hildesheim ist am 7. Juli v. J. der Rentner Anton Georg Carstensen in Ansehung von der Anklage der Verleumdung freigesprochen worden. Er hatte in einem Schreiben an die Regierung in Schleswig sich über den Gemeindevorsteher R. beschwert, weil dieser bei der Verpachtung der Jagd, die Carstensen bis dahin inne hatte, parteiisch vorgegangen sei. R. stellte Strafantrag, doch wurde vor Gericht die Behauptung des Angeklagten voll erwiesen. In dem Schreiben an die Regierung kamen u. a. die Worte „in skandalöser Weise“ vor. Das Gericht verurteilte nicht, daß sie beleidigend seien, meinte aber, sie seien es nicht so sehr, daß der Angeklagte, der berechtigten Interessen wahrgenommen habe, deshalb bestraft werden müsse. — Auf die Revision des Staatsanwalts hob das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück, weil nicht ausdrücklich nach § 193 festgestellt sei, daß sich weder aus der Form noch aus den Umständen die Absicht der Verleumdung ergebe.

Es wird in dem besprochenen Fall wohl das Landgericht abermals zu einer Freisprechung gelangen. Unerfindlich ist, weshalb die Bezeichnung des parteiischen Vorgehens eines Beamten nicht unter allen Umständen als ein skandalöses soll bezeichnet werden dürfen. Logisch folgt aus der Annahme des Reichsgerichts: es kann in Preußen-Deutschland nicht als skandalös bezeichnet werden, daß ein Beamter parteiisch vorgeht. Sollte das in der Tat die Ansicht des Reichsgerichts sein, so verurteilt diese Ansicht unsere Zustände schlimmer als es der heftigste Angriff tun könnte.

Das Lizenzatengebicht des „Simplizissimus“ vor dem Reichsgericht. Das gestern verkündete Urteil des Reichsgerichts gegen die Redakteure des „Simplizissimus“, Linnefogel und Thoma, welche vom Landgericht Stuttgart am 20. Juni v. J. wegen des bekannten Lizenzatengebichtes, Linnefogel zu 200 M., Thoma zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt worden sind, lautete auf Verwerfung der von den Angeklagten eingelegten Revision. Die erhobenen Rügen, über die wir am 10. d. M. berichteten, wurden gänzlich für unbegründet erklärt. Durch das Gebicht in Verbindung mit dem Bilde habe nicht bloß der Lic. Vohn getroffen werden sollen. Dieser sei vielmehr als die Verleumdung seines Standes anzusehen. Deshalb sei der Strafantrag der gerichtlichen Behörde ausreichend. Eine strafbare Verleumdung müsse als vorliegend erachtet werden, da die Grenzen, welche auch der Satire gezogen seien, überschritten worden seien.

Die Reichsgerichtsentscheidung, wie überhaupt die Rechtsprechung auf dem Gebiete der Verleumdungsprozesse wächelt sich immer mehr zu einer Rechtsprechung zur Verhinderung freier Kritik und abfälliger Urteile über Angehörige oder Diener der herrschenden Klasse aus. In dem formvollendeten, prächtigen Lizenzatengebicht wird das bigotte Geschrei über Unfittlichkeit satirisch, unter besonderer Hervorhebung der Ausübung ehelicher Pflichten geistlicher behandelt. Darauf wird Strafantrag vom Oberkirchenrat gestellt. Es kann nämlich nach § 196 des Strafgesetzbuches nicht nur der unmittelbar Beteiligten, sondern auch sein amtlicher Vorgesetzter Strafantrag stellen, wenn die Verleumdung begangen ist, „während der Religionsdiener in der Ausübung seines Verufes begriffen“ war oder wenn sie „in Beziehung auf seinen Veruf begangen ist“. Es fällt schon schwer, einen Zusammenhang zwischen der satirisch behandelten Tätigkeit des Lizenzatens Vohn und seinem Veruf zu erkennen. Aber das Reichsgericht geht noch weiter: Thoma sollte nicht nur Vohn, sondern alle dem Oberkirchenrat unterstellten Pfarrer beleidigt haben. Wie aus der mitgeteilten Urteilsbegründung hervorgeht, nimmt dies das Reichsgericht an, demnach sei der Strafantrag hinreichend — weil Vohn als Verleumdung seines Standes oder seiner Standesgenossen anzusehen sei. Da ist es wirklich schwer, über das Urteil keine Satire zu schreiben.

Im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochen wurde gestern die Frau Elisabeth A. von der 2. Strafkammer des Landgerichts II. Die Angeklagte ist die Ehefrau eines in sehr guten Vermögensverhältnissen lebenden Kaufmanns in Schöneberg. Im Jahre 1900 wohnte das A'sche Ehepaar in der Ebersstraße 27. Die Bewohner dieses Hauses wurden längere Zeit hindurch durch das geheimnisvolle Treiben einer Hausdiebin in Aufregung versetzt. Bald war es eine alte Wafaleine, dann ein alter Lumpensack, dann wiederum eine alte Profanreinemachung, die auf rätselhafter Weise verschwand. Die Diebin wurde schließlich in der Person der Angeklagten ermittelt. In ihrem Besitze fand man allerhand zusammengehoßene alte Sachen. Unter Anklage gestellt, wurde Frau A. wegen wiederholten schweren Diebstahls zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Sie legte Revision gegen dieses Urteil ein, die jedoch vom Reichsgericht verworfen wurde. Lange Zeit hindurch betrieb der Rechtsbeistand der Angeklagten ein Wiederaufnahmeverfahren, weil sie schon seit ihrer Jugend an gewissen somnambulischen Zuständen leide, die sie zu Handlungen verleiten, die man früher als Akteomanie bezeichnete. Frau A. selbst habe ihre sämtlichen Bekannten gebeten, bei Besuchen aufzupassen, daß sie nichts mitnehme oder sich eventuell fehlende Gegenstände von ihrer Wohnung später abholen. In der erneuten Verhandlung war als psychiatrischer Sachverständiger Professor Dr. Mendel geladen, der behauptete, daß er durch längere Beobachtungen festgestellt habe, daß die Angeklagte an epileptischen Zuständen leide, die vorübergehend eine freige Willensbestimmung ausschließen. Die Angeklagte wurde deshalb auf Grund des § 51 Strafgesetzbuches freigesprochen. — Zweifellos gibt es krankhafte Zustände, welche die Zurechnungsfähigkeit ausschließen. Auffallend ist, daß solche Zustände vor Gericht fast nur bei vermögenden Leuten entdeckt werden. Eine genaue Prüfung der geistigen Beschaffenheit der Angeklagten wäre wohl bei jedem Eigentumsdelikt, insbesondere aber bei Jugendlichen, angebracht.

Noble Passionen haben den Geschäftsführer Karl Schirmer ins Verderben gestürzt, der gestern aus der Haft der 10. Strafkammer vorgeführt wurde. Der bisher unbestrafte Angeklagte war im Herbst v. J. als Geschäftsführer in dem bekannten „Linden-Restaurant“ tätig. Hier machte er verschiedene Bekanntschaften, für die er viel Geld verbrauchte. Da er außerdem als Kavallerie auch auf verschiedenen Rennbahnen „tippte“, überstiegen seine Ausgaben bald bei weitem seine Einnahmen. Als sich durch seine Schuld auch noch ein Kassenmanko herausstellte, griff er fremde Geldbeträge an, um dieses zu verdecken und zugleich seine Schulden zu bezahlen. Als die Untersuchungen die Höhe von etwa 2000 M. erreicht hatten, wurde die fortgesetzte Untreue eines Tages entdeckt. — Der Staats-

anwalt beantragte ein Jahr Gefängnis. Das Gericht erkannte auf acht Monate Gefängnis unter Anrechnung von zwei Monaten der Untersuchungshaft.

Aus der Frauenbewegung.

Frauenwahlrechtsbewegung. Die bürgerlichen Frauen Wiens haben Sonntag wieder eine Versammlung abgehalten, in der zum Frauenwahlrecht Stellung genommen wurde. Prof. Dr. Bieler'sch aus Prag war als Referent erschienen und begründete in unanfechtbarer Rede die Berechtigung des Frauenwahlrechts. So weit wäre alles gut gewesen; niemand wird es den Damen verwehren, daß sie gerade jetzt für das Frauenwahlrecht demonstrieren. Sie riskieren dabei nichts und schließlich werden doch immer einige Frauen mit den Bestrebungen der Frauenbewegung bekannt gemacht. Etwas anderes ist es aber, daß die Damen es nicht unterlassen können, bei jeder Gelegenheit unsere Genossinnen eines schweren Fehlers zu beschuldigen, weil sie gegenwärtig den Kampf um allgemeine Wahlrecht ohne besondere Betonung des Frauenwahlrechts führen. So auch Sonntag wieder. Um sich die Sache einmal anzuhören und wiederholter Einladung folgend waren diesmal eine Anzahl Genossinnen anwesend, darunter auch die Genossinnen Schlegelinger und Jopp. Beide Genossinnen ergriffen das Wort. Genossin Jopp bewies den Damen die Berechtigung der Haltung unserer Genossinnen. Die Versammlung nahm auch Stellung zum § 30 des Vereinsgesetzes, der Frauen von der Mitgliedschaft in politischen Vereinen ausschließt. Fräulein Stefanie Manheimer, eine Volksschullehrerin, hielt ein ausgezeichnetes Referat und führte aus, daß das Vereins- und Versammlungsgesetz Frauen mit Minderjährigen und Ausländern auf gleiche Stufe stelle, trotzdem in Oesterreich sechs Millionen Frauen selbständig tätig sind. Als einzige Entschädigung für das Gesetz bezeichnete die Referentin den Umstand, daß es vierzig Jahre alt ist und aus einer Zeit stammt, wo die politische Unfähigkeit der Frau von ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit abgeleitet war. Es wurde eine Resolution angenommen, in der die Ausschließung der Frauen von der politischen Vereinstätigkeit als unveränderbar mit ihrer sozialen und wirtschaftlichen Tätigkeit im Staate erklärt wird und die das Frauenwahlrechtskomitee beauftragt, durch eine Petition an das Abgeordnetenhaus die baldigste Beseitigung dieser entwürdigenden Bestimmung zu fordern.

Frauenwahlrechts-Demonstration in-England. Die „Frankf. Ztg.“ schreibt unterm 20. Februar aus London: Während der König seine Thronrede hielt, fand unweit des Parlamentspalastes eine eigenartige Demonstration für das Frauenstimmrecht statt, obwohl während der Eröffnung des Parlaments alle öffentlichen Versammlungen und Aufzüge in einem Umkreise von einer englischen Meile verboten sind. An der unterirdischen Eisenbahnstation St. James, unweit vom Parlament, sammelten sich Hunderte von Frauen an, darunter viele mit Kindern auf den Armen. Meist waren es Arbeiterfrauen aus der westlichen Vorstadt Hammermith, in der es viele Sozialdemokraten gibt. Auch elegante Damen kamen, darunter die Gräfin Carlisle und Lady Francis Balfour. Mit der letzten Abteilung Frauen kam ein Mann, der ein mächtiges rotes Banner entfaltete. Ein Polizei-Jupelkor ergriff das rote Banner und rollte es zusammen, und nun zogen die Frauen nach Cayton Hall. Hier wurde, der Polizei zum Trost, das Banner über dem Eingange entfaltet, bis alle Demonstrantinnen in den Saal gelangt waren. Man sang ein eigens gedichtetes Lied und wartete auf Miss Harrie, der aber nicht erschien, sondern einen Brief schickte, in dem er sein Wegbleiben entschuldigte. Reden wurden gehalten und zwei Resolutionen angenommen. Gegen beide erhoben sich zwei Arme, die einem der wenigen Männer in der Versammlung gehörten. Dieser Protest des einen Mannes erweckte laute Aufe des Unwillens. Nachdem die Versammlung zu Ende war, zogen die Demonstrantinnen in einzelnen Gruppen, da ein organisierter Aufzug nicht gestattet war, zum Parlament, um hier einzelne Abgeordnete für ihre Forderungen zu gewinnen.

Mariendorfer. Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein von Mariendorf und Umgegend hielt am 21. d. M. seine Mitgliederversammlung bei Reichardt hier selbst ab. Herr R. Ritter sprach über: „Die Frau in der heutigen Gesellschaft.“ Der Referent schloß den großen Interesse erweckenden Vortrag mit einem warmen, beherzigen Appell an die Frauen, überall da, wo sich Verbände und Bildungsvereine für Frauen und Mädchen befinden, müßten sie sich denselben anschließen, Hand in Hand arbeiten, Schulter an Schulter kämpfen. Unter Punkt Vereinsangelegenheiten wurde den Mitgliedern bekannt gegeben, daß am 3. März eine Gründungsfeier unseres Vereins in Tempelhofer Park, Verluerstr. 9, stattfinden. Recht zahlreicher Besuch wird erwartet. Einige neue Mitglieder schlossen sich dem Verein an. Die nächste Versammlung findet am Mittwoch den 21. März statt.

Lichtenberg. Den Mitgliedern des Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins Lichtenberg diene hiernach zur Nachricht, daß die gem. in s. a. e. Beschäftigung der Heimarbeiter-Ausstellung am Montag, den 26. Februar nicht stattfinden kann, da die Ausstellung nur noch bis Sonntag, den 25. Februar, geöffnet ist. Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann und unser guter Vater, der Steinweg

Johann Tröster
am 22. d. M. im Alter von 49 Jahren gestorben ist. 29885
Sophie Tröster nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 25. d. M., nachm. 3 1/2 Uhr, auf dem Hildorfer Kirchhof, Mariendorfer Weg statt.

Todes-Anzeige.
Am 22. Februar verstarb nach schwerem Leiden unsere langjährige Kollegin

Luise Bethge
geb. Linke.
Sie ist uns stets eine treue Kollegin gewesen.
Die Beerdigung findet Sonntag, den 25. Februar, nachm. 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Lullens-Kirchhofes, Hildorfer, Hermannstraße, aus statt. 49768
Die Kollegen u. Kolleginnen der Firma Ullstein & Co., Buchbinderel.

Am 21. d. M. verstarb unser Kollege, der Schriftf. Herr

August Fiebach
im Alter von 34 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 25. d. M., nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes, Hildorfer, Hermannstraße, aus statt.
Die Kollegen der Hausdruckerei der Aktien-Gesellschaft für Anilin-Fabrikation.

Deutscher Buchbinder-Verband.
Zahnelle Berlin.
Am 22. Februar verstarb unser langjähriger Mitglied

Frau Elise Bethge.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am 25. Februar, nachm. 4 1/2 Uhr, in Hildorfer auf dem Lullens-Kirchhofe in der Hermannstraße statt.
Um rege Beteiligung ersucht
23/10 Die Ortsverwaltung.

Josef Fischer
Kohlen-Großhandlung
Berlin O. 34, Brombergerstr. 19/20.
Greife ab Platz von 10 Str. an.
Industri-Brikets, Halbsteine, 300 Stk. in. Sontenburger Salon-Brikets, „Anna“ oder „Mario“ p. 30 Stk. 80 Pf. Henckels Werke „90“ 110 u. Anh. Mariengrube „95“ in engl. Anthrazit, Bruch, Koks, Steinkohlen, Holz u. m. zu billigsten Tagespreisen. Handwagen verleihe zu Köpfen.

Dankjagung.
Für die Beweise innigster Teilnahme bei der Beerdigung meines leider zu früh dahingegangenen Lieben Vannes, des Steinwegers

Adolf Silz
Sprechen wir hiermit unseren herzlichsten Dank aus. 29815
Seine Klara Silz nebst Verwandten.

Für den Inhalt der Intereate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 24. Februar.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Orpheus und Euridike.
Anfang 8 Uhr:
Schauspielhaus. Der Schwur der Treue.
Deutsches, Oedipus und die Sphinx.
Berliner. Der Feodor Joannowitsch.
Neues. Ein Sommernachtstraum.
Vestling. Der Ruf des Lebens.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Zwei glückliche Tage.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Nädelches Theater.) Die Nacht der Finsternis.
Kleines. Kinder der Sonne.
Weites. Schäntelstein.
Nachmittags 3 Uhr: Kabale und Liebe.
Zentral. Der Mikado.
Nachmittags 4 Uhr: Prinzesschen Goldtraut.

Metropol. Auf ins Metropol.
Walhalla. Nach Afrika, nach Kamerun.
Komische Oper. Don Pasquale.
Residenz. Der Prinzgemahl.
Trianon. Loulou.
Inkubierhaus. Der Weg zur Hölle.
Nachmittags 3 Uhr: Kleine dramatische Rätsel.
Thalia. Bis früh um fünf.
Carl Weisk. Die lebende Bräute auf Kuba.
Nachmittags 4 Uhr: Räbeschl.
Julien. Der Kaufmann von Venedig.
Deutsch-Amerikanisches. Er und Ich.
Kaffee. Die goldene Bräute.
Apollo. Auf ins Metropol. Im Orchester-Kabarett. Spezialitäten.
Herrfeld. Familientag im Hause Prellstein.
Folies Caprice. Nach dem Papststreik. Der Beheme.
Wintergarten. Lahn - Raas
Schnellen-Truppe. - Otto Reutter.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Passage. Spezialitäten.
Urania. Taubenstr. 48/49.
Abends 8 Uhr: Am Golf von Naxos.
Nachmittags 4 Uhr: Im Lande der Mitternachtsonne.
Vorlauf 8 Uhr: Dr. Donath: Elektromagnetismus.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.
Castans Panoptikum. Friedrichstr. 165.
Ohne Extra-Entree.
Bergbewohner Abessinians.
65 Eingeborene
Männer, Weiber und Kinder, sowie das Baby „Berolina“.
Eintritt 50 Pf.
Lustspielhaus.
Nachm. 3 Uhr: Kleine dramatische Matinee des Fingelbergischen Konfektoriums. 8 Uhr: Der Weg zur Hölle.
Metropol-Theater.
Anfang 8 Uhr.
!Auf - in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Rauchen in all. Räumen gestattet.
Folies Caprice. Budapest-Possen-Theater
132 Linienstr. 132.
Ecke Friedrichstraße.
Zum 160. Male:
Nach d. Zapfenstreich.
Vorher: Der Beheme
u. d. ausgezeichn. Spezialitätenst. Anfang 8 Uhr.
Vorher: Lahn b. Wertheim u. an der Theaterkassette von 10 Uhr vormittags an.
Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Prinzgemahl.
Sarkistischer Schwanz in 3 Akten von L. Janro und A. Chancel.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Schlafwagenkontrolleur.
Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Nachmittags 4 Uhr: Kinder-Vorstellung. Kleine Weisse.
Rübezah u. das lustige Schnolderlein.
Abends 8 Uhr:
Die lebende Bräute auf Kuba.
Morgen:
Die lebende Bräute auf Kuba.
W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Maskenball.
d. G. B. „Lied hoch!“ (M. d. N. S. D.)
Sonntag:
In russischer
Leibeigenschaft.
Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.
Kasino-Theater.
Lothringerr. 37. Täglich 8 Uhr.
Nur bis 28. Februar:
Die goldene Bräute.
Donnerstag, den 1. März, 3. 1. Male:
Die Herren Söhne.
Sonntag 4 Uhr: Das Opernhaus.
Bernhard Rose-Theater.
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Morgen Sonntag, den 25. Februar, nachmittags 3 Uhr:
Die zärtlichen Verwandten.
Abends 7 Uhr:
Die Anna-Lise.
Billet-Vorverkauf Sonntag vorm. u. 10 bis 1 Uhr an der Theaterkassette.
Vorverkauf. Dienstag, 27. Febr.:
Großes Kostümfest. Ein Wänscherfest am Rhein.
Passage-Theater.
Anfang d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Miß Gertrude,
Tänzerin.
Karl Bernhard,
der Humorist.
= Vierzehn Nummern =
„Und Pepi singt“
(Pepi Weiß).
Walhalla-Theater.
Nach Afrika, nach Kamerun.
Aushaltungspelle in 6 Bildern.
Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Urania Taubenstr. 48/49.
Abends 8 Uhr:
Am Golf von Naxos.
Nachmittags 4 Uhr:
Im Lande der Mitternachtsonne.
Hörssaal 8 Uhr:
Dr. Donath: Elektromagnetismus.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

Castans Panoptikum
Friedrichstr. 165.
Ohne Extra-Entree.
Bergbewohner Abessinians.
65 Eingeborene
Männer, Weiber und Kinder, sowie das Baby „Berolina“.
Eintritt 50 Pf.

Lustspielhaus.
Nachm. 3 Uhr: Kleine dramatische Matinee des Fingelbergischen Konfektoriums. 8 Uhr: Der Weg zur Hölle.

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
!Auf - in's Metropol!

Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Rauchen in all. Räumen gestattet.

Folies Caprice
Budapest-Possen-Theater
132 Linienstr. 132.
Ecke Friedrichstraße.
Zum 160. Male:
Nach d. Zapfenstreich.
Vorher: Der Beheme
u. d. ausgezeichn. Spezialitätenst. Anfang 8 Uhr.
Vorher: Lahn b. Wertheim u. an der Theaterkassette von 10 Uhr vormittags an.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Prinzgemahl.
Sarkistischer Schwanz in 3 Akten von L. Janro und A. Chancel.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Schlafwagenkontrolleur.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Nachmittags 4 Uhr: Kinder-Vorstellung. Kleine Weisse.
Rübezah u. das lustige Schnolderlein.
Abends 8 Uhr:
Die lebende Bräute auf Kuba.
Morgen:
Die lebende Bräute auf Kuba.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Maskenball.
d. G. B. „Lied hoch!“ (M. d. N. S. D.)
Sonntag:
In russischer
Leibeigenschaft.
Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.

Kasino-Theater.
Lothringerr. 37. Täglich 8 Uhr.
Nur bis 28. Februar:
Die goldene Bräute.
Donnerstag, den 1. März, 3. 1. Male:
Die Herren Söhne.
Sonntag 4 Uhr: Das Opernhaus.

Bernhard Rose-Theater.
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Morgen Sonntag, den 25. Februar, nachmittags 3 Uhr:
Die zärtlichen Verwandten.
Abends 7 Uhr:
Die Anna-Lise.
Billet-Vorverkauf Sonntag vorm. u. 10 bis 1 Uhr an der Theaterkassette.
Vorverkauf. Dienstag, 27. Febr.:
Großes Kostümfest. Ein Wänscherfest am Rhein.

Passage-Theater.
Anfang d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Miß Gertrude,
Tänzerin.
Karl Bernhard,
der Humorist.
= Vierzehn Nummern =
„Und Pepi singt“
(Pepi Weiß).

Walhalla-Theater
Nach Afrika, nach Kamerun.
Aushaltungspelle in 6 Bildern.
Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Zwei glückliche Tage.
Lustspiel in 4 Akten von Franz v. Schönlank und Gustav Kadelburg.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Nora.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Gyges und sein Ring.
Montag, abends 8 Uhr:
3. 1. Male: Ueber unsere Kraft (2. Teil).

Zirkus
Albert Schumann
Heute abend prächtige 7 1/2 Uhr:
XXIII. Grande Soirée High Life.
Gala-Programm.
U. a.: Die größte Novität:
Ein Souper bei Maxim.
Les 7 Perezoff.
Riesen-Potpouri von Schul, Freiheits- und Springsperden. Sämtliche Originalressourcen des Dir. Schumann. Ihre Exz. Margaretha Fehlin Pascha, das Köchel des Orients.
Die ausgezeichnete Créard-Troupe. Die phänomenale Ergotti und King Louis Troupe. Frä. Dora Schumann auf dem Vollblutpferd „Cosit“. Die vorzügliche Morgana-Troupe. Ferner die neu engagierten Spezialitäten. Zum Schluss: Die größte Pracht-Aushaltungspantom. der Gegenwart zum 70. Male:
Femina das neue Frankreich.
Sonntag: 2 Gala-Vorstell., nachm. 3 1/2 Uhr (ein Kind frei) und abends 7 1/2 Uhr. In beiden Vorstellungen das Sensations-Programm. Zum 71. Male Femina.

Trianon-Theater.
Anfang **Loulou.** 8 Uhr.
Sonntag nachm.: Die herbe Frucht.

Wintergarten
Zum erstmalig in Berlin!
Tschin-Maa's Chinesen-Truppe
Außerdem
Otto Reutter
und das
sensationale Februar-Programm.

Gebrüder Herrfeld-Theater.
Heute zum 110. Male:
Der größte Herrfeld-Schlagel:
Familientag
im
Hause Prellstein.
Komödie in drei Akten mit den Autoren H. u. D. Herrfeld in den Hauptrollen.
Anf. 8 Uhr. Vorverf. 11-2 Uhr (Theaterkassette).

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148.
Jeden Sonntag und Mittwoch:
Konzert
Theater, Spezialitäten, Tanz.
Anf. Sonntags 6 Uhr, Mittwochs 8 Uhr.
Sonnabende für Sommerfeste sind noch frei.

Palast-Theater
Burgstr. 24, 2. Kin. u. Th. Börse.
Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Mlle. Eugenie
Schulmeisterin im Herrensalut mit Goldschmuckst. Monte Cristo.
Li Bello Jonglier.
Eugene.
Miß Astre Norton
die zweite Saharet.
La belle Leona
Gefantantastin.
Die Herbstparade, Schwanz, Familienarten in Barbiere, Friseur- und Phantomengeboten unentgeltlich.

Gustav Behrens
Spezialitäten-Theater
Frankfurter Allee 85.
Die größte Sensation des Ostens
Die kleinen Mädchen von Berlin.
Im zweiten Bild:
Die sechs schönen Manolisigaretten.
Außerdem
das neue Februar-Programm.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich
in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung liqoro elegante fertige
Herren-Garderoben.
Ersatz für Maß.
Anfertigung nach Maß.
Tadellose Ausführung.
Julius Fabian,
Schneidermeister,
Große Frankfurter Str. 37. II.
Eingang Straußberger Platz.

Kolossal
bill. Kleiderpind, Wäsche-pind, Bestellen Aus-gestrich, Toppneu, Blüchlo, Stühle, Gabelongue, Teppich, Portieren, Möbel, Garnitur, zwei geschmückte Särge verläuft Willy Hasemann, Neue Adolphstraße 20, dicht am Alexanderplatz. 237/17*

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Nacht der Finsternis.
Schauspiel in 5 Akten v. Leo R. Tolstoj. Ueberf. von Raphael Löwenfeld.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Zapfenstreich.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Hofganz.
Montag, abends 8 Uhr:
Die Nacht der Finsternis.

Zirkus Busch.
Prunk- und Parade-Abend.
Zum 1. Male:
70 Eisbären 70
unter persönlicher Vorführung des Herrn Hagenbeck.
Neu! Sensationell!
Der automatische Mensch.
Zum ersten Male in Europa!
Noch nie dagewesen!
Ferner die vorzüglichsten Programmnummern.
Zum Schluss (um 9 1/2 Uhr):
Die neueste und größte Sehenswürdigkeit Berlins:
Indien.
Orig.-Pantom. d. Zirkus Busch. Besonders hervorzuheben:
Eine Witwenverheerung.
Avis! Morgen 2 gr. Vorstellungen, nachm. 4 Uhr u. abends 7 1/2 Uhr. Nachm. 4 Uhr zahlen Kinder auf allen Sitzplätzen halbe Preise.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger
(Kreisel, Pietro, Britton, Böckmann, Böhm, Balde, Seidel, R. u. D. Schrader).
Anfang
Bodenstags
8 Uhr,
Sonntags
7 Uhr.

Restaurant „Zum Prälaten“
Rummelsburg. Anf.: F. Boragk.
Sonnabend, d. 5. März:
Original-Karburger Sänger.
Direktoren: C. Fricke und Fr. Kasche-Krause.
Neues hochkom. Progr.
Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Vorzugsarten gelte.
Ruhher: Tanz.
Sonntags: Spezialitäten-Vorstellung.

Sanssouci Kottbusser Friedr.-str. 112a, am Oranienb. Tor
Zirkus 2000 Ausstellungsobjekte!
Entree 30 Pf.
Sold u. Kind 20 Pf.
Sämt. Räum. 60 Pf.

Carl Gabriels
Friedrichstr. 112a, am Oranienb. Tor
Zirkus 2000 Ausstellungsobjekte!
Entree 30 Pf.
Sold u. Kind 20 Pf.
Sämt. Räum. 60 Pf.

Otto Pritzkowski
Berliner Anormitäten-Theater
Münzstr. 16.
Neu! Neu!
Die Elite-Lilliputaner-Truppe
die kleinsten Vortragskünstler und Sterne der Lilliputaner der Welt.
Die Jah. Künstlerin Margarete Marjol. Hellscherin Armida, mährs. s. Bamberger. Pluto, Wunderhahn, geb. mit 4 Beinen, 2 Körper, 1 Kopf, lebend. z. Riesen, Iwerge, Phänomen, Gafire usw.

Berliner Anormitäten-Theater
Münzstr. 16.
Neu! Neu!
Die Elite-Lilliputaner-Truppe
die kleinsten Vortragskünstler und Sterne der Lilliputaner der Welt.
Die Jah. Künstlerin Margarete Marjol. Hellscherin Armida, mährs. s. Bamberger. Pluto, Wunderhahn, geb. mit 4 Beinen, 2 Körper, 1 Kopf, lebend. z. Riesen, Iwerge, Phänomen, Gafire usw.

Berliner Anormitäten-Theater
Münzstr. 16.
Neu! Neu!
Die Elite-Lilliputaner-Truppe
die kleinsten Vortragskünstler und Sterne der Lilliputaner der Welt.
Die Jah. Künstlerin Margarete Marjol. Hellscherin Armida, mährs. s. Bamberger. Pluto, Wunderhahn, geb. mit 4 Beinen, 2 Körper, 1 Kopf, lebend. z. Riesen, Iwerge, Phänomen, Gafire usw.

Berliner Anormitäten-Theater
Münzstr. 16.
Neu! Neu!
Die Elite-Lilliputaner-Truppe
die kleinsten Vortragskünstler und Sterne der Lilliputaner der Welt.
Die Jah. Künstlerin Margarete Marjol. Hellscherin Armida, mährs. s. Bamberger. Pluto, Wunderhahn, geb. mit 4 Beinen, 2 Körper, 1 Kopf, lebend. z. Riesen, Iwerge, Phänomen, Gafire usw.

Berliner Anormitäten-Theater
Münzstr. 16.
Neu! Neu!
Die Elite-Lilliputaner-Truppe
die kleinsten Vortragskünstler und Sterne der Lilliputaner der Welt.
Die Jah. Künstlerin Margarete Marjol. Hellscherin Armida, mährs. s. Bamberger. Pluto, Wunderhahn, geb. mit 4 Beinen, 2 Körper, 1 Kopf, lebend. z. Riesen, Iwerge, Phänomen, Gafire usw.

Berliner Anormitäten-Theater
Münzstr. 16.
Neu! Neu!
Die Elite-Lilliputaner-Truppe
die kleinsten Vortragskünstler und Sterne der Lilliputaner der Welt.
Die Jah. Künstlerin Margarete Marjol. Hellscherin Armida, mährs. s. Bamberger. Pluto, Wunderhahn, geb. mit 4 Beinen, 2 Körper, 1 Kopf, lebend. z. Riesen, Iwerge, Phänomen, Gafire usw.

Berliner Anormitäten-Theater
Münzstr. 16.
Neu! Neu!
Die Elite-Lilliputaner-Truppe
die kleinsten Vortragskünstler und Sterne der Lilliputaner der Welt.
Die Jah. Künstlerin Margarete Marjol. Hellscherin Armida, mährs. s. Bamberger. Pluto, Wunderhahn, geb. mit 4 Beinen, 2 Körper, 1 Kopf, lebend. z. Riesen, Iwerge, Phänomen, Gafire usw.

Berliner Anormitäten-Theater
Münzstr. 16.
Neu! Neu!
Die Elite-Lilliputaner-Truppe
die kleinsten Vortragskünstler und Sterne der Lilliputaner der Welt.
Die Jah. Künstlerin Margarete Marjol. Hellscherin Armida, mährs. s. Bamberger. Pluto, Wunderhahn, geb. mit 4 Beinen, 2 Körper, 1 Kopf, lebend. z. Riesen, Iwerge, Phänomen, Gafire usw.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein
Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.
Heute Sonnabend
in den Gesamträumen der Neuen Welt, Hasenheide 109/114:
Großes Kostüm-Fest.
Ein Volks-Fest in Algeciras
zur Zeit der Marokkokonferenz.

Die Räumlichkeiten werden dem Feste entsprechend auf das großartigste dekoriert. Ball bei vier Orchestern. Auftreten des Berliner Uk-Trio. Kunst- und Reigenfahren des Berliner Vereins (Vereinsriege) sowie des Luckenwalder Bundesvereins. Auftreten einer internationalen Tänzer- und Sänger-Gesellschaft. Zirkusvorstellung. Bänkelsänger, welche schaurige Moritäten vortragen. Rutschbahn. Schau-, Schieß- und Würfelsbuden usw. 11/15
Anfang 9 Uhr. Eintritt 50 Pf.
Wir machen darauf aufmerksam, daß kein Kostümwang herrscht, ein jeder erscheint, wie es ihm beliebt, sei es als Spanier, Franzose, Fischer oder Fischerin, Charlottenburger, Russe, Berliner oder Rixdorfer, Italiener, Marokkaner, Rehberger, im Bratenrock oder Sommerhülle usw., ein jeder findet eine „offene Tür“.
Es ladet freundlichst ein Das Festkomitee.
NB. Wir machen die Mitglieder aufmerksam, daß in den Abteilungsversammlungen sowie in der Genossenschaft, Oderbergerstraße 30, Billets zu haben sind. D. O.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute, Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, im Königstadt-Kasino, Holzmarktstraße 72:
Vertrauensmänner-Versammlung
aller in der
Treppengeländer-Branche
beschäftigten Arbeiter.
Tages-Ordnung: Bericht über die Verhandlungen vor dem Einigungsamt. 81/3
Alle Betriebe und Branchen müssen vertreten sein.
Die Kommission.

Zentral-Verband der Böttcher
und deren Hilfsarbeiter Deutschlands.
Sonntag, den 25. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, Andreestr. 26:
Außerordentl. Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Kollegen Winkelmann-Bremen. 2. Die Lage in den Bier- und Backwaren-Berufen. 3. Verschiedenes. 39/2
Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend notwendig. Nichtmitglieder haben Zutritt.
Der Vorstand.

Achtung! Putzerträger! Achtung!
Verband der hausgewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Montag, den 26. Februar 1906, abends 8 Uhr, in Wernaus Reichstr. 23:
Versammlung aller bei Putzern beschäftigten Kollegen.
Tages-Ordnung:
1. Die Lage der Putzerträger im allgemeinen und wie ist dieselbe zu verbessern? Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 33/6
Das Erscheinen aller Putzerträger ist erforderlich.
Der Zweigvereins-Vorstand.

Verband der an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.
Heute Sonnabend, den 24. Februar, wird das stattfindende Maskenballet wegen auf den Jahrestellen nicht stattfinden.
Der Vorstand.

Verband deutsch. Gastwirtsgehülfen
(Ortsverwaltung Berlin.) Dircxonstr. 39 I. Amt III. 1813.
Das Lokal
„Pracht-Säle des Ostens“ (Inhaber: Gastwirt Cranz)
Frankfurter Allee 151/152

Ist, da auch die neuerdings am 14. Februar stattgefundenen Verhandlungen, an welchen der Vorstand des Zentral-Verbands und der Ausschuh der Berliner Gewerkschaftskommission beteiligt waren, zu keiner Einigung führten,
für organisierte Gastwirtsgehülfen
gesperrt.
NB. Wir ersuchen alle Vorstände und Komitees, soweit sie bei Herrn Cranz Verhandlungen und Vergütigungen abgemacht haben, uns gef. ihre Adressen anzugeben, damit wir in der Lage sind, über die Ursachen der Sperrung die notwendige Aufklärung zu geben.

TUMA-ZARI
Beste 2 Pfg.-Zigarette.
51682*

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose Hercules tragen.
Wohn-Verkauf. Sehr starkes Leder in
praktischen grauen u. braunen Streifen,
auch einfarbig. Ein Bund aus einem
Stück gearbeitet. Sehr feine Kopp-
nähte. Haltbare Web- u. Taschen.
Geeignete Hosen umsonst. Die Hose

bei Entnahme von **4 Mk. 50**
5 Stück 20 Mk.

- Wandhosen-Hose Marke Gam-
brinus, Juchanteile . . . 5 Mk. 50
- Gelbsteht. Wandhosen-Juchanteile 14,50, 8,75
- Chilblaus Monteur-Juchanteile 1 Mk. 90
- Chilblaus Monteur-Hose . . . 1 Mk. 50
- Chilblaus Monteur-Juchanteile:
prima Röper-Gewebe . . . 2 Mk. 50
- Chilblaus Monteur-Hose,
prima Röper-Gewebe . . . 2 Mk. 10
- Weisse Arbeiter-Juchanteile 3,50, 2 Mk. 75
- Roubillor-Juchanteile, Preisig . . . 4 Mk. 50
- Waler-Mittel . . . 3,-, 2,50, 2 Mk. 25
- Mechaniker-Mittel (braun) 3,-, 2 Mk. 40
- Weisse Leder-Juchanteile, Preisig
7,50, 3 Mk. 75
- Weisse Lederhosen . . . 4,50, 2 Mk. 90
- Reißelreiner-Juchanteile, blau,
nach Vorwurf . . . 5 Mk. 50

Baer Sohn

En gros. Export. En detail.
Chausseur, 21a/25, Princesstr. 11.
Gr. Frankfurtstr. 20.
Das 26. Haupt-Breidbuch 1906 wird
kostenlos und portofrei zugelandet.
Bei Bestellung vom Hosen ist die
Bundweite und die Schnittlänge, bei
Juchanteilen die Bundweite, bei
Juchanteilen die Bundweite
anzugeben. 64882*

— Versand von 20 R. an franko. —

Jedes **5 Pfennig.**
Wort: **5 Pfennig.**
Das erste
Wort 10 Pf. Worte mit mehr
als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.

- Gardinenhand Große Frankfurt-
straße 9, partier.** 11
- Juchanteile-Ausverkauf.** Gardinen
10 Prozent Rabatt. Fenster (jezt
Schal) 140, 185, 225, 285, 350, 485,
575, 665 ufm. 12018*
- Kugelschirme Gardinen** für
1, 2, 3 Fenster zu spottbilligen
Preisen. 12023*
- Stores** 10 Prozent Rabatt. 185,
225, 295, 350, 425, 550, 675 ufm. *
- Juchanteile-Ausverkauf.** Porzellan-
Gardinen mit überaus schönem
Eisener, creme, weiß, Fenster 135,
160, 210, 265, 285, 325, 425 ufm.,
goldfarbig und rot Fenster 265, 285,
325, 450 ufm. 12048*
- Tischdecken.** weiß, creme, für
große Betten ausreißend, 185, 225,
285, 375, 450-700. Weissenberg's
Leppichhaus, Große Frankfurt-
straße 125. 12058*
- Juchanteile-Preis.** Steppdecken,
Stühle, Seide, rot, grün, olin, blau,
jezt 100 breit, 200 lang, Hand-
arbeit (Wert 10,50) jezt Stück 5,85.
- Steppdecken.** Gelegenheitsverkauf, nur
so lange Vorrat. 285, 365, 425, 585,
675, 765 ufm. Weissenberg's Leppich-
haus, Große Frankfurtstraße 125. *
- Juchanteile-Ausverkauf.** Tisch-
decken mit kleinen Tischdecken in allen
Farben, Größen, 1,85, 2,25, 2,75, 3,50,
4,35 ufm. 12068*
- Blüchtischdecken.** Gelegenheits-
verkauf, nur so lange Vorrat. 4,85, 5,65, 6,35, 7,50,
8,45, 9,65, 10,85. 12068*
- Möbelschreibe** in Holle und
baumt. Tisch, zu Solobezügen aus-
reißend, in allen Größen. Weissen-
berg's Leppichhaus, Große Frankfurt-
straße 125. 12108*
- Juchanteile-Ausverkauf.** Stoff-
Leppiche in allen Größen zu spott-
preisen. 12118*
- Wettvorleger.** edler Tisch, ein
Hollen, Wert 5,65, jezt Stück 4,85;
ein Hollen Wert 4,85, jezt Stück 3,85.
Weissenberg's Leppichhaus, Große
Frankfurtstraße 125. 12128*
- Küchengeräte** in Holle und Tisch
(Zimmerlänge) enorm billig. 12138*
- Leppiche.** imitiert Japaner und
Perler, 2 Meter lang, nur 3,25.
Weissenberg's Leppichhaus, Große
Frankfurtstraße 125. 12148*
- Juchanteile-Preis.** Porzellan (zwei
Schalen, ein Randbecken) Garnitur
4,95, in allen Größen. 12158*
- Einzelne Tisch- und Tischgarni-
turen** enorm billig. Weissenberg's
Leppichhaus, Große Frankfurt-
straße 125. 12168*
- Erdbüchereien.** nur so lange
Vorrat. Stück 435. Weissenberg's
Leppichhaus, Große Frankfurt-
straße 125. 12178*
- Wettvorleger** spottbillig. Wand-
leppichhaus Seidenweg neuzugn. 1218*
- Gardinenverkauf.** Leppichhaus
Seidenweg neuzugn. 1219*
- Steppdecken.** Tischdecken Seiden-
weg neuzugn. 1219*

Neu eröffnet! Neu eröffnet!

Centrale für Herrenmoden

S. LITTMANN

nur No. 2, Oranienstraße nur No. 2, Station Hochbahn Oranienstraße.

!!Jeder Käufer erhält ein Geschenk!!

Elegante Paletots	Herren-Anzüge	Konfirmanten-Anzüge	Herren-Beinkleider
von 10,50 Mark an.	von 11,50 Mark an.	von 9,50 Mark an.	von 2,50 Mark an.

Spezialangebot:

Meine Konfektion zeichnet sich aus durch tadellosen Sitz, vorzügliche Verarbeitung, solideste Stoffe.

Neu eröffnet! nur No. 2, Oranienstraße nur No. 2. Neu eröffnet!

KNORR'S

Suppentafeln u. Erbswürst.

„Senglerschloß“ Hankels Ablage a. Zeuthener See u. Wald
gelegen, ist den ver-
ehrten Vereinen, Ge-
sellschaften, Fabriken und Schulen empfohlen. Große und kleine Säle.
Hallen für 1000 Personen. Große Spielplätze. Bes. W. Heinrich. *

Sensationell!
**„Aus Kaiser Wilhelm II.
Umgebung“**
von * * *
Hochinteressant!
297 Seiten stark. Nr. 2,80 franko
gegen Nachnahme oder Voreinf.
des Betrages vom Rhein. Verlag
A. Reichenbach & Co., Köln.
Es empfiehlt sich, das Buch sofort
zu bestellen. 91/6*

Zigarren!
Billigste
Bezugsquelle
für Händler:
ab Mk. 16.-
Bell & Co.
Rosenstraße 18, I.
Spezialitäten:
1-21-25-26-28-29-30
32-33-35-40-55-75.

Zahnklinik Friedrichstr. 65.
(zwischen Kronen-
und Röhrenstraße).
Zahnziehen, gratis.
Bei künstl. Zähnen, Plomben u.
werden nur die Auslagen berechnet
Sprechst. abds. 5-7 Uhr, außer Sonnt.
Raucht
Spree-Blume-
Zigaretten.

Nathan Wand

129 Stationstr. 129.
Die schönsten 1122*
Herren-Sommer-Paletots
und Anzüge in neu
sowie (regale)
Monats-Garderobe
von qualitativen getragenen Sachen,
jezt neu, für jede Figur passend,
regale Bau anzüge sind in
großer Auswahl jezt zu staunend
billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand

129 Stationstr. 129.
Hochbahnstation Rottbuser Tor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Greift zu!

dem Besten
Monats-Anzüge . . . 10.- 20. an
Abonnements-Anzüge . . . 12,50
Monats-Paletots . . . 2.-
Joppen . . . 5.-
Partie-Anzüge, teils mit
nummerierten Hemden . . . 10,50
Anzüge, Verlag für Roh- . . . 20.-
Stamm- u. Hof- u. Jagd- . . . 3.-
Kleid auch für formale Figuren!
Betrag, Kleidungsstücke u. Accessoires,
Stellend, aus den besten Werkstätten
Berlins, teils von Kölln, tollst
billig. Straßenbahn-Berggütungs!
Bitte
Zentral-Keller, Berlin,
35 Neanderstr. 35, Köpenickerstr.
3 Minut. v. Stadtbahn Zimmertorbrücke.

Kraft-Rohweil
Fu-Blutarme
u. Kranke
ärztlich
empfohlen
**Feurig-
Süßer**
Fl. 1,50
u. 2M.
Überall
zu
haben

Santa Lucia

In Apotheken, Drogen- u. Delika-
tessen-gesch., steht unter ständiger
Kontrolle d. chem. Laboratoriums
Dr. C. Bischoff.

Kleine Anzeigen.

**Regulatoren, Freischwinger, Taschen-
uhren, verstellbare Kländer, Weiden-
weg neuzugn. 1235***

Wettvorleger. Bestmögliche, Herren-
garderoben, Damenmägen, Aussteuer-
mägen, verschiedene. Sportartikel.
Verkaufzeit geschwinder Ladenschluss.
Wandleppichhaus Seidenweg. 1235*

Deckbett, Unterbett, Kissen mit
glattrottem Juchteil, zusammen 10,50,
nur (Wandleppich) Andreasstraße 38. *

**Notrota-gelbes Deckbett, Unter-
bett, zwei Kissen, 18,00, Andreas-
straße 38. 12138***

**Pommerisches Bauernbett, Deck-
bett, Unterbett, zwei Kissen, 27,00.
Große Vater, Stück 1,00. Wandleppich
Andreasstraße 38. Elektrische nach
Absatz. 12148***

Leppiche! (leberhafte) in allen
Größen für die Hälfte des Wertes
im Leppichhaus Brunn, Godescher
Markt 4, Bahnhof 50/51. 254/12*

**Zosa, wie neu, 21,00. Weide,
Große Hamburgerstraße 18/19. 254/30**

**Chaiselange, Taschenloft, Krue-
meu, mahagoni, nußbaum, Ausglei-
chliche, Kreuzverband, Bestellen, ein-
zelne Patronen ganz billig. Andreas-
straße 57, vorn Keller, Lazarus. ***

Damenhüte, spottbillig nur Doppel-
kisse Nr. 140, Schauschönhauser
Allee. *

**Grammophonplatten und Repa-
raturen.** Notenburg, Brengel-
straße 42, 2. Hof. 11718

Wettvorleger Stand 10,50, große
16,00, Gardinen, Böden, Leppiche,
Steppdecken, Uhren, Goldschmuck, spott-
billig. Wandleppichhaus Brunn
Blag 7. 12618*

Steppdecken billig! Großes
Frankfurtstraße 9, partier. 11

**Lichtenscheibe, am Bahnhof, billige
Kauftellen. Hotel, Berlin, Branden-
burgerstraße 1. 234/5***

Hobbyrechner Herrenanzüge,
Winterpaletots, feinsten Mahstoffen
herstellend, 16-35,00. Gehrondanzüge,
Lodenjoppen, Herrenhosen spottbillig.
Tägliche, Sonntagverkauft. Deutsches
Verkaufhaus, Jägerstraße 63, I.

Wettvorleger. genehmigte Be-
bauungsplan, ohne Straßenland-
Wettbewerb, 24, Kellen vom Zentrum
Berlins, Quaderstraße 9 Markt, ver-
kauft Schulz, Niddorf, Zema-
straße 12/13. 27996*

Monatsanzüge und Winter-
paletots von 5,00 an. Joppen von
4,50 an. Hosen von 1,50 an. Gehr-
ondanzüge von 12,00 an. Preis
von 2,50 an. sowie für formale
Figuren. Neue Garderobe zu
staunend billigen Preisen, aus Wand-
leppich verlassenen Sachen laßt man
am vorzüglichsten bei Roh, Wal-
denstraße 11. 28996*

Leppichhaus Dienstag 1,80,
Dienstag 28. 1278*

Andersen Pianod. Deaneinste
Kalenztänzung. Schillingstraße 38. *

Wettvorleger. blutbildend, für
Blutarme, Brustleiste, Schwächliche,
Genichtsannahme, bessere Gesichts-
farbe, abstrahend, 14 Pfennig
3 Mark, 1/2, Lonne 3,50 erhaltend.
Nicht Raucherzähl. Qualität ent-
scheidend. Deutsches Verkauft, Berlin,
Bernauerstraße 119. 12508*

Zigarren!
Billigste
Bezugsquelle
für Händler:
ab Mk. 16.-
Bell & Co.
Rosenstraße 18, I.
Spezialitäten:
1-21-25-26-28-29-30
32-33-35-40-55-75.

Zahnklinik Friedrichstr. 65.
(zwischen Kronen-
und Röhrenstraße).
Zahnziehen, gratis.
Bei künstl. Zähnen, Plomben u.
werden nur die Auslagen berechnet
Sprechst. abds. 5-7 Uhr, außer Sonnt.
Raucht
Spree-Blume-
Zigaretten.

Vermietungen.

**Krossenerstraße 13, Osten, Laden,
Stube, Kuchhofen, 40,00. Wohnungen
billig! 1118***

Wohnungen.

**Hermannstraße 62, Niddorf, neues
Haus, Wohnungen von 2 und 1
Zimmer, Balken, Zubehör, sofort
billig zu vermieten. 12238***

**Cudenarstraße 36, 37, 38,
billige, gesunde Kleinwohnungen sofort
und 1. April. Näheres Blatt 37. ***

**Markgrafenwall 5 zwei große
Zimmer, Küche mit Speisekammer,
reichlichem Zubehör, 336 Mark an,
auch dreizimmerige, 350, sofort, April.**

**Schreierstraße 50, Ecke Holz-
straße, im neuerbauten Hause Woh-
nungen von 2 und 3 Stuben und
Küche usw. sofort vermietet zu ver-
mieten. Näheres dabeist. 29776**

Verschiedenes.

Auspolsterung: Patronen 4,00,
Sofa 5,00, Weide, Große Hamburger-
straße 18/19. 260/5*

Kleidstofferei von Frau Kolosky,
Charlottenburg, Godesstraße 84, I. *

**Wandleppich, Bringenstraße 63,
täglich 8-8, Sonntag bis 2. 80/5***

Potentialwahl Weide, Godes-
straße 94a. 17925*

**Altes Kleiderstück, Kommode,
Waldleppich, Schlafsofa** laut Ver-
malt, Balladenstraße 95. 90/19*

**Platinabfälle, Gold, Silber, Ge-
bisse, alte Uhren, Redgold, Staudgold,
photographische Rückstände, alte
Treffen, sowie sämtliche gold- und
silberhaltigen Abfälle** laut Gold-
schmelze Groß, Brangelstraße 4,
Telephon Amt 4, 6958. 91/3*

Wer Stoff hat? Fertige Herren-
anzüge mit Futterstoffen 15,00. Wagner,
Schneidermeister, Lichtenscheibe 9
(Walladenstraße). 91/10*

Konkurrenz ausgeschlossen, für
abgetragene Kleidungsstücke, jeble
jedem einen doppelten Preis. Komme
auch außerhalb. Schmer, Nien-
straße 216. 20180*

Rückenstuhl streicht Köpfe,
Kreidenstraße 97. 29885*

**Kleidungsstücke, Rotbedarf, Her-
rengarderobe, allerhand Anzüge, Bein-
kleider, Paletots, Damengarderobe,
Uniformstücke, Betten, Böden, Stiefel,
Kochlöcher, Parfums, Goldgegen-
stände, höchstbillig, ohne Handel,
komme außerhalb. R. Gutmann,
Räderstraße 8. 20630***

Zwei Vereinszimmer mit Piano
(20 und 60 Personen). Lühning,
Duffenstraße 35. 198*

Automobilführer! Jedermann
wird unter sachkundiger Leitung
schnellstens zu erstklassigen Chauffeur
ausgebildet. Prospekt frei. Auto-
mobiltechnikum Berlin, Spichern-
straße 11/12. 204/18*

Aufarbeitung von Polsterstoffen,
reell. Höpfer, Walladenstraße 46,
Rödelstraße. 198*

Durkullination „Im Landmann“,
Niddorf, Kopsstraße 29, Ecke Holz-
straße, allen Parteigenossen empfohlen.
Großes Vereinszimmer. Hochschüler
Edward Reichenow. 1122*

Erkläre hiermit, daß ich die Worte
zurück nehme, die ich gegen die Ge-
nossen (Bezirk 498) geäußert habe.
E. Großer. 125

Gejanglehrer sucht Damen und
Herren für gemischten Chor (kostenlos);
Abend 8 Uhr, abends 9-11 im
Juchteil Conditorei, Godesstraße 45,
Wettungen jeberzeit. 29908

Schlafstellen.

Schlafstelle für Herrn, Woll-
straße 20, vorn III, Herrsch. 181

Gut möblierte Schlafstelle für zwei
Herren, Krossenerstraße 12, vorn I
links. 172*

**Schlafstelle, Herr, Rodinil,
Borchagenerstraße 14/15, vorn IV.**

**Bessere Schlafstelle, Schreier-
straße 18, vorn I rechts. 29845**

Mietsgesuche.

Zwei junge Handwerker suchen
möblierte Schlafstelle, möglichst im
Zentrum. Offerten mit Preisangabe
unter „S. H. 99“ Postamt 68 erbeten.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Rohhumorist Belg, Rantekel-
straße 41. 110*

Gesetzl. Komiker, frei. Grop-
straße 6. 29808*

Goldschmied Dogdomotiv, Nidd-
bergerstraße 17. (Zwei Rantekel). 92*

Blinder Stubbschreiber bietet um
Arbeit. Stühle werden abgeholt und
zurückgeliefert. H. Gläzer, Wal-
denstraße 27. 14688

Stellenangebote.

Ein tüchtiger, solider Buchhalter bei
dauernder Beschäftigung sofort gesucht.
R. Bodammer, Niddorferstraße 15.
Tempeln (Lidernmarkt). 29418*

Farbmacher verlangt. Peter-
burgerstraße 15. 128

Goldschmied. Ein tüchtiger Ver-
goldner und Volturarbeitler für Schwe-
den gesucht. Offerten sub „Gold-
schmied 985“ an Ang. J. Wolff u. Co.,
Annoncen-Bureau, Köpenickerstr. 8

Anzeigen für die nächste
Nummer werden
in den Annahmestellen für Berlin
bis 11 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr,
in der Hauptexpedition Linden-
straße 99 bis 5 Uhr angenommen.

Korbwebergesellen (siehe S. 1000,
Nieder-Schönhausen. 29725*

Schreiner für großes Bureau ver-
langt. Buchhändler Godesstraße 20
Markt. Englische Dienstzeit. Offerten
Mar 30*, Postamt 12. 29725

Klavierspieler verlangt. Nidd-
bergerstraße 127. 29746

Küchenschneider verlangt. Nidd-
bergerstraße 44. 29838

Barockvergoldner verlangt.
Niddbergerstraße 4. 29756

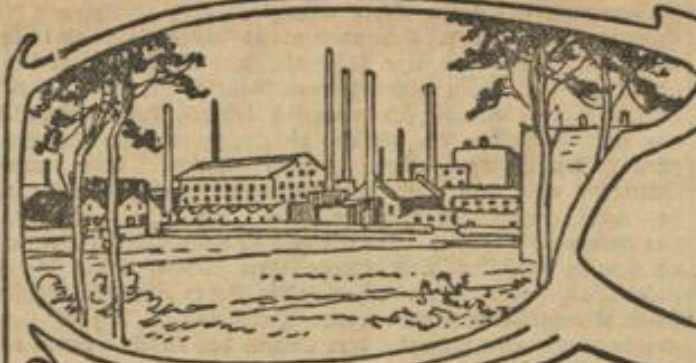
Leinwandweber finden lohnende
Beschäftigung. Schillingstraße 22. *

Deutscher Holzarbeiter- Verband.

**Beim Streit und Differenzen ist
Zuzug fernzuhalten**
von Treppengeländer, Arbeitern
(Treppler, Tischler, Stellmacher,
Polierer, Maschinenarbeiter und
Bühnenbau) von der Treppengeländer-
fabrik Joseph Drechsler, Godes-
straße 33;
von Verputzarbeitern, Horn u.
Hülfsarbeitern von der Firma
Wramowitz u. Steiner, Köpenicker-
straße 33;
von Einseilern von Bau Gerhardt
in Galessee, Schwednitzerstr. 6 und 7;
von Tischlerei Angriet, Heißdörfer-
straße nach folgenden Bauteil:
Bau Schmidt, Galessee, Joachim-
Niddorferstr., Ecke Halberstädter,
Bau Albrecht, Charlottenburg,
Gieselerstraße 13,
Bau Theising, Landensstraße, Ecke
Niddorferstraße,
Bau Wipperling, Schöneberg, Ege-
niederstraße 89;
und Tischlern von Godes Nidd-
dorferstr. 22, und von
Vorfertigedensgeräten vom Bau
Schöffel, Godesdorferstr. 11.

Zentralverband der Töpfer. Verband der Bauarbeiter.

Die Spere über den Bau Nidd-
dorfer, Doffeier, 20, Unternehmer Karl
Polmscher, ist hiermit aufgehoben,
da derselbe sich verpflichtet hat, die
Erziehung für die noch fertig zu
stellende Arbeit zu leisten.
Die Spere über die Firma
C. Wokynowski hier, Niddorferstr. 20,
bleibt nach wie vor weiter.
Die Ortsverwaltung der Töpfer.
Die Ortsverwaltung der Bauarbeiter.



Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt



Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV. 1983.

Nr. 46. Sonnabend, den 24. Februar 1906.

Inserate sechsgepaltene Kolonelle 20 Pfg.
Bei größeren Aufträgen entsprechendem Rabatt.

Partei-Angelegenheiten.

Oranienburg. Den Genossinnen und Genossen zur Nachricht, daß am Montag, den 28. Februar d. J., abends 8 Uhr, im Lokal von Schumann (Waldhaus Sandhausen) eine Volksversammlung stattfindet. In derselben spricht der Schriftsteller Adolf Stern-Verlin über das Thema: „Gibt es einen Gott?“. Die Genossinnen und Genossen werden im eigenen Interesse gebeten, rechtzeitig zu erscheinen. Die Versammlung wird pünktlich 8 Uhr eröffnet.
Der Einberufer.

Nieder-Schöneweide. Der Wahlverein hält am Sonntag, den 25. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, im Lokal von Wilhelm Ladendorf, Berlinerstraße 22, eine Versammlung ab. Tagesordnung: 1. Unsere Gemeindegewahlen; 2. Diskussion; 3. Wahl der Delegierten zur Kreis-Generalversammlung; 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. — Gäste haben Zutritt. Um regen Besuch ersucht
Der Vorstand.

Mühlentee, Woltersdorf und Umgegend! Morgen nachmittags 5 Uhr findet im „Gasthof zur Sonne“ in Mühlentee eine öffentliche Versammlung statt. Auf der Tagesordnung steht 1. Vortrag des Genossen Hans Weber über „Lebensmittelpreise“; 2. Die Bedeutung der Gemeindegewahlen. Die Wichtigkeit der Versammlung macht das Erscheinen aller Genossen und Genossinnen zur Pflicht.
Der Einberufer.

Steglich. Am Sonntagmorgen findet von den betreffenden Lokalen aus eine Flugblattverbreitung zur Gemeindegewahl statt. Zahlreiche Beteiligung ist unbedingt nötig.

Wahlkreis Prenzlau-Angermünde. Sonntag, den 11. März, mittags 1 Uhr, tritt in Schwedt a. D. im Gasthof „zum deutschen Hause“ unsere Parteikonferenz zusammen. Tagesordnung: 1. Bericht der Kreisvertrauensperson; 2. Gründung eines Kreiswahlvereins; 3. Verschiedenes.
Der Vertrauensmann.

Vorort-Nachrichten.

Zur Gemeindegewahlbewegung.

Die diesjährige Wahlkampagne in Weichensee gehört zu den interessantesten und aufregendsten, die wir jemals erlebt haben. Ein heilloses Scheitern ist den bürgerlichen Herren in die Wiegen gelegt, weil sie befürchten, daß die Sozialdemokraten die 2. Wahlerklasse erobern werden, wenn ein Getreitemarschieren der einzelnen Vereine nicht verhindert wird. Im Gewerbetreibenden-Verein gab es bald blutige Kämpfe, als vom Vorsitzenden der Standpunkt vertreten wurde, mit den Hausbesitzer-Vereinen gemeinsame Sache zu machen. Gegen zwei Stimmen wurde beschlossen, keinen Hausbesitzer zu wählen. Die Hausbesitzer brauchen aber die Stimmen der Gewerbetreibenden, und da kam man dann auf folgenden Einfall. Ganz heimlich wollte man eine Versammlung einberufen, wo alle Vereine bürgerlicher Richtung zur freien Ansprache zusammenkommen sollten. Im heiligen, abends erscheinenden Blättchen stand an ganz unauffälliger Stelle eine Lokalnotiz, worin die Mitglieder des Nationalliberalen Vereins, des Haus- und Grundbesitzer-Vereins, der Arbeiter-, Kampfgenossen-, Säulen- und sonstigen Vereine zur freien Ansprache über die aufzustellenden Kandidaten eingeladen wurden. Der sozialdemokratische Wahlverein war nicht besonders eingeladen, aber es fiel doch einigen Genossen zu dieser Versammlung zu erscheinen. Man witterte wohl Unrat von den bösen Sozis, und es blieb dem Geschick des Einberufers, Herrn Professor Dr. Strenfuss vom Nationalliberalen Verein, vorbehalten, sich, so gut es ging, aus dieser schwierigen Situation herauszufinden. Nachdem eine Weile die Köpfe zusammengestellt waren, kam Herr Professor auf einen unserer Genossen zu, mit den Worten: „Reine Herren, Sie sind nicht eingeladen; nur die Vorstände einzelner Vereine und die in Aussicht genommenen Kandidaten haben an der Sitzung teilzunehmen. Die Zeitungsnote bezieht auf einen Irrtum. Ich bedauere wirklich sehr, daß die Herren es so aufgefaßt haben. Wir werden Gelegenheit nehmen, uns öffentlich auszusprechen; aber heute geht es wirklich nicht.“ Die erstaunten Besucher nicht nur unserer Genossen, sondern auch der anwesenden bürgerlichen Herren gaben Zeugnis, wie die Auffassung eines Professors gegenüber anderen Sterblichen so grundverschieden sein kann. Die nun so vorgenommene vertrauliche Aussprache hatte das Ergebnis, daß nunmehr auch ein Gewerbetreibender aufgestellt werden soll. Aber, o weh, jetzt stellt sich heraus, daß der aufzustellende gewerbetreibende Kandidat ein — Jude ist, und noch dazu ein Kleiderjude, und schon hört man wieder Stimmen, unter keinen Umständen das Gemeindeparslament mit einem Mann zu sieren, der nun zufällig jüdischen Glaubens ist. Für unsere Genossen sind daher die Chancen noch immer dünn, und wenn ein jeder den aufgetragenen Arbeiten Folge leistet, dann werden wir auch die zweite Wahlerklasse erobern. Ein Stolz unserer Parteigenossen muß es sein, als erste Gemeinde von Groß-Berlin die zweite Wahlerklasse für sich zu beanspruchen. Am Sonntag ist Flugblattverteilung und am Mittwoch Versammlung, wo unsere Kandidaten nominiert werden. Beide Veranstaltungen verlangen die Beteiligung aller Genossen.

Aus Ober-Schöneweide wird geschrieben: Die bevorstehende Gemeindegewahl, welche gleichzeitig eine Vermehrung der Vertreterzahl um drei bringt, hat — wie immer — unter dem Vorturnen den üblichen Streit um die Kandidatenfrage entfacht. Grundbesitzer- und Bürgervereine haben, — da ja Interessentengruppen — sich erst allmählich auf gemeinsame Kandidaten für die zweite Klasse einigen können. Die bevorstehende Kirchenparade an die Gemeinde (Beihilfe zum Kirchenbau) brachte die Kommunen und Gettos von beiden Vereinen aneinander. Von den Kandidaten ist alles mögliche versprochen worden. Den Katholiken scheint die Lust zur Aufstellung eigener Kandidaten bergangen zu sein. Unsere Parteigenossen werden am Montag in öffentlicher Versammlung Stellung zur Wahl nehmen.

Wie notwendig die von uns geforderte Einschränkung in die Wahlerklasse war, geht aus dem Umstande hervor, daß in Wilmsdorf eine große Anzahl Wähler nicht eingetragene war, selbst der Vorsitzende des Wahlvereins fehlte. Die letzte Gemeindegewahlung mußte 30 Einsprüche für berechtigt erklären und Nachtragung beschließen. Sätten diese Wähler die Listen nicht eingesehen, wären sie am Tage der Wahl um ihr Wahlrecht gekommen.

Die Friedenauer Genossen stellten die Genossen Grunwald und Angermüller als Kandidaten für die Gemeindegewahl auf.

Unsere politischen Organisationen

in den Vororten erstarben immer mehr. In Lichtenberg wurden im Monat Januar 90 Genossen für den Wahlverein gewonnen. Er zählt bereits über 1000 Mitglieder. In Charlottenburg haben sich in den letzten vier Wochen 171 Personen zur Aufnahme in den Wahlverein gemeldet. In der Versammlung des Rixdorfer Wahlvereins am 20. Februar fanden 315 Mitglieder Aufnahme. Die Fehldorfer Genossen haben in einer im Ortsteil Schlachtensee am Dienstag stattgefundenen Versammlung 18 neue Mitglieder für die politische Organisation gewonnen. Eif neue Mitglieder wurden in der letzten Wahlvereinsversammlung in Friedenau aufgenommen. Durch 45 Genossen vermehrte sich in der letzten Versammlung der Wahlverein in Ober-Schöneweide.

Gemeinde-Etats.

Der Voranschlag der Gemeinde Lichtenberg für das Jahr 1906 liegt nun vor. An ordentlichen Einnahmen und Ausgaben balanciert der Etat mit 2 008 800 M. d. h. 247 200 M. mehr als im Jahre 1905. Bewußt für ein „Dorf“ ganz ansehnliche Zahlen. Der außerordentliche Etat wird sich voraussichtlich in annähernd gleicher Höhe halten.

Der Etat der Gemeinde Friedrichsfelde ist in diesem Jahre erheblich höher als im Vorjahre. Damals betrug er 565 000 M. und ist in diesem Jahre auf 2 934 482,50 M., also beinahe 3 Millionen gewachsen. An Gemeindesteuern werden wie im Vorjahre 180 Proz. Zuschläge erhoben werden. Den Hauptanteil am Etat beansprucht die jetzt in Angriff genommene Kanalisation, nämlich 2 800 000 M. Die einzelnen Etatspositionen haben an der Erhöhung ziemlich gleichmäßigen Anteil, nur die Ausgaben für Löhne an die Stroharbeiter sind dieselben geblieben. Die Berater des Etats glauben wahrscheinlich, diese Kategorie von Arbeitern sei schon so fürklich bedient, daß sie eine Aufbesserung nicht veranlassen könnten. Diese Arbeiter werden mit 2,25 M. täglich bezahlt, d. h. wenn es nicht regnet, friert oder schneit, dem dann wird ausgelegt und natürlich auch kein Lohn gezahlt. Eine bemerkenswerte Steigerung hat in der Position „Polizeiverwaltung“ die Anzahl Anstellungsgelder der Polizeibeamten erfahren. 1905 waren es 100 M., jetzt 400 M. Ob in dieser Summe die Kosten der circa 8 Revolver für die Polizeibeamten, die kurz vor dem 21. Januar angeschafft wurden, enthalten sind, ist nicht erlichlich. Dieselben werden zur Zeit von den betreffenden Beamten nicht getragen, vielleicht sollen sie nur bei Demonstrationsversammlungen Verwendung finden.

Die Ausgaben für die Fortbildungsschule haben sich infolge der Herabsetzung der Altersgrenze von 18 auf 17 Jahre um 800 M. vermindert. Für die Verwaltung des Mieselgutes Münchehofe sind 45 000 M. in Ansatz gebracht, außerdem für Ergänzung des Inventars 40 000 M. An Grundwertsteuern sollen 24 % erhoben werden. Der Voranschlag soll den Gemeindevertretern dieses Jahr vor der endgültigen Drücklegung zur Beratung zugehen. Eine kleine Verbesserung gegenüber dem früheren Zustand.

Die Bevölkerungsziffer beträgt 14 072 (gegen 9632 vor fünf Jahren), männl. 6716, weibl. 7356. Hier von entfallen auf den Ortsteil Rixdorf 6205 und zwar männl. 2792, weibl. 3413; auf den Ortsteil Friedrichsfelde 7867, darunter 3924 männl. und 3943 weibl.

Charlottenburg.

Achtung! Arbeitslosenzählung. Zu der am Sonntag, den 26. Februar stattfindenden Arbeitslosenzählung eruchen wir hiermit die Parteigenossen sowie insbesondere sämtliche gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, sich am genannten Tage morgens 8 Uhr in folgenden Bezirklokale einzufinden: 1. Bezirk: F. Polke, Potsdamerstr. 44; 2. Bezirk: a) H. Vade, Nehringstr. 25; b) A. Müller, Kant- und Windischestraße 2; 3. Bezirk: a) E. Müller, Kofenstraße 3; b) E. Kai, Donaustr. 4; c) J. Lindstedt, Erasmustr. 5; 4. Bezirk: E. Dörre, Wallstr. 90; 5. Bezirk: A. Barisch, Seifenmeisterstr. 11; 6. Bezirk: H. Mertens, Krummeistr. 46; 7. Bezirk: A. Graffunder, Wielandstr. 4; 8. Bezirk: B. Kampowski, Kleiststr. 15.
Der Ausschuss der Charlottenburger Gewerkschaftskommission.

In der Generalversammlung des Wahlvereins am Dienstag hielt der Arbeiterssekretär Genosse Ritter einen 1 1/2 stündigen Vortrag über die geplante Reform in der sozialpolitischen Gesetzgebung. Eine Diskussion über den sehr instruktiven Vortrag wurde nicht belibigt, worauf Genosse Müller den Rassenbericht erstattete. Die Einnahme inkl. Bestand vom vorigen Quartal betrug 1674,50 M., die Ausgabe 1374,12 M. Von diesen Ausgaben erhielt der Zentralvorstand 1116,88 M., es bleibt ein Ortsbestand von 320,38 M. Als Delegierte zur Kreisgeneralversammlung am 11. März wurden die Genossen Ales, Müller und Richter gewählt. Des verstorbenen Genossen Alesblatt wurde durch Erheben von den Plänen ehrend gedacht. Der Vorsitzende Genosse Schmidt teilte mit, daß das Lokal von Wodrich, Spreichstraße, wieder gesperrt werden mußte, weil der Lokalhaber seine Bewilligung wieder zurückgezogen habe. Es sei deshalb dieses Lokal streng zu meiden und dafür das Lokal der Witwe Bauer, Ufer der Berliner- und Bauhofstraße zu berücksichtigen. Eine längere Debatte entspann sich über die Arbeitslosenzählung, die das Ergebnis hatte, daß die Genossen sich an der Zählung beteiligen wollen. Es wird ersucht, sich am Sonntag früh 8 Uhr in den Bezirklokale einzufinden.

Das Gerücht, daß der Schankwirt Heinrich Dohr, Huttenstraße 39, zur letzten Stadtverordnetenwahl nicht gewählt haben soll, bezieht auf Irrtum. Derselbe hat für den Kandidaten der Sozialdemokratie gestimmt.
Der Wahlvereinsvorstand.

Rixdorf.

Der Wahlverein hielt am 20. d. M. eine außerordentlich statt besuchte Mitgliederversammlung im Lokale von Thiel in der Bergstraße ab. Dos Referat des Abends hatte Genosse Düweil übernommen, er behandelte den politischen Rassenbericht. In kurzen Zügen gab der Redner ein anschauliches Bild vom Wesen des politischen Rassenstreits, er hob die Momente hervor, die den politischen Rassenstreit vom rein gewerkschaftlichen Streit resp. Generalarbeitersstreit abheben, da derselbe in Ursache und Wirkung sowie in seinen Zweckbestimmungen vom rein gewerkschaftlichen Kampfe vollkommen verschieden sei. Redner kritisierte die irrige Auffassung einiger Gewerkschaftsführer, die da meinten, daß die jetzt glücklicherweise stärker und einflussreicher gewordene gewerkschaftliche Organisation, in Verbindung mit den in den Betrieben bestehenden Fabrik-Ausschüssen, so ganz allmählich die soziale Frage zu lösen imstande sei. Er wies nach, wie namentlich die von verschiedenen Seiten auf die Fabrik-Ausschüsse gesetzten Hoffnungen seitens der Unternehmer

vollkommen zuschanden gemacht worden seien und wie auch die glänzenden Erfolge der gewerkschaftlichen Bewegung doch am Wesen der kapitalistischen Ordnung nichts ändern konnten. Trotz der steigenden Löhne ist die Profitrate des Unternehmertums nicht nur nicht gestiegen, sondern eminent gesunken, da diese Herren es wunderbar gut verstanden, sich an den Konsumenten schablos zu halten. Nur die sozialistische Wirtschaftsweise sei geeignet, die Ausbeutung des Produzenten sowie des Konsumenten durch das Kapital zu beenden. Der Redner schilderte die Entstehungsmöglichkeiten sowie die Durchführbarkeit und eventuellen Wirkungen eines in großem Umfange entstandenen Massenstreiks, hierbei seine Kenntnis der Bergarbeiterbewegung und den Verlauf des großen Bergarbeiterstreiks im vorigen Jahre vermerkend. Ein politischer Massenstreik könne nicht „gemaßt“ und ebensowenig „behindert“ werden; er sei eben ein Produkt der Verhältnisse. Da nun aber in Deutschland, wenn nicht alles trägt, die Scharfmader in letzter Zeit ganz besonders eifrig an der Arbeit seien, um die Volkswirtschaft weiter zu verkräften, müsse die Arbeiterschaft dahin aufgefahrt werden, daß der politische Massenstreik eine gewaltige Waffe im proletarischen Kampfe werden könne. Zur Durchführung desselben sei eine starke gewerkschaftliche und politische Organisation eine unbedingte Notwendigkeit.

In der Diskussion kritisierte Leiche einige Ausführungen des Referenten über die gewerkschaftliche Bewegung sowie die Ansichten A. Luxemburgs und der Genossin Roland-Holtz über den Massenstreik. — Im Schlußwort stellt der Referent einige von Leiche mit-verstandene Meinerungen richtig und verwahrt auch die Genossin Luxemburg gegen die ihr unterstellten Anschauungen. Sätten wir statt der 3 Millionen Stimmen 3 Millionen organisierte Genossen, dann würden wir den preußischen Junkern anders wie jetzt zum Tanze aufspielen. — Unter Vereinsangelegenheiten wird das Verhalten unserer Reichstagsfraktion gelegentlich der Interpellation über die „Vorussia“-Affäre einer scharfen Kritik unterzogen und eine Resolution angenommen, die die Entwertung ausdrückt, daß derartige in Zukunft nicht mehr vorkommen wird. Eine längere, äußerst lebhaft geführte Diskussion findet über den Vorfall der Philharmonie statt. Es wurde eine Resolution angenommen, die sich für die weitere Fortführung des Vorkalles über das genannte Institut ausdrückt. Die Delegierten zur Kreis-Generalversammlung, die Genossen Heinrich Scholz und Birzel, die mit der Vertretung betraut wurden, werden verpflichtet, diese beiden Resolutionen auf der Generalversammlung entsprechend zu vertreten.

Saunfall. Von dem Dache des hiesigen Postneubaus ist gestern vormittag unser Parteigenosse Dachdecker Prose, Fritz Handbergstraße 32 wohnhaft, abgestürzt. Mehrere Rippenbrüche sowie ein Schädelbeinbruch machten die Ueberführung nach der Unfallstation notwendig. Da der Bedauerndwerte nach innen fiel, wäre der Sturz wahrscheinlich nicht so schwer ausgefallen, wenn die Bodenplatte abgedeckt gewesen wäre, so aber stürzte derselbe bis zur ersten Etage und zog sich schwere Verletzungen zu.

Ein „Gentleman“. Ein „schwerer Junge“ ist gestern durch die Kriminalpolizei in Rixdorf verhaftet worden. Es ist der Einbrecher Hermann Eichert, der schon vor längerer Zeit durch seine mit verblüffendem Raffinement ausgeführten Raten Aufsehen erregte. Auf das Konto des Verbrechers werden zahlreiche Einbrüche und Fahrraddiebstähle gesetzt, die in der raffiniertesten Weise ausgeführt wurden. Auch das Revolverattentat gegen den Schneidermeister Stenger auf der Chaussee zwischen Grünau und Schmöldewitz ist von E. ausgeführt worden. Im Moabiter Untersuchungsgefängnis spielte er den „wilden Mann“. E. wird jetzt wieder nach der Jenaanstalt zurückgebracht werden.

Reinickendorf-West.

In Reinickendorf-West fand am Dienstag, den 20. Februar, im Saale des Herrn Otto, Berlinerstr. 118, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Genosse Gold hielt einen von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. Diskussion fand nicht statt. Der nächste Punkt der Tagesordnung, Wahl eines Bezirksführers für den 6. Bezirk, gab zu einer äußerst lebhaften Debatte Veranlassung. Damit die Agitation nicht lahmgelegt werde, mußte ein Genosse aus einem anderen Bezirk gewählt werden. Unter Vereinsangelegenheiten gab Genosse Reusch einen kurzen Bericht der Zeitungskommission. Es ist ein Ueberblick von 34,59 M. zu verzeichnen. Bedauert wurde, daß am Orte noch so viele Arbeiter, hauptsächlich aber noch eine große Anzahl Parteigenossen den „Vorwärts“ nicht lesen. Von den in der Versammlung ausliegenden Formularen zum Austritt aus der Landesliste wurde ausgiebig Gebrauch gemacht, ein großer Teil Genossen meldeten sich zum sofortigen Austritt. Genosse Dregervergnast, Mitglied der Lokal-kommission, gab dann noch einige Genossen bekannt, welche vornehmlich in gesperrten Lokalen verkehren, welche laut Beschluß das erstmal eine Klage erhalten, im Wiederholungsfalle den Ausschluß zu gewärtigen haben.

Schöneberg.

Die Hausbesitzer gegen den Straßenhandel. Nachdem in Rixdorf durch ein Verbot des Polizeipräsidenten der dortige Straßenhandel aufgehoben ist, hat der Schöneberger Haus- und Grundbesitzerverein gestern abend einstimmig beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß der gesamte Straßenhandel wie in Rixdorf so auch in Schöneberg verboten werden soll. Der Antrag wird damit begründet, daß die Läden immer schwieriger zu vermieten seien und daß das Verbot keineswegs nur arme Leute, die ihr Leben vom Straßenhandel fristen, treffen würde. Die überwiegende Mehrheit der den Straßenhandel betreibenden seien Großgewerbetreibende, zum Teil Millionäre wie beispielsweise Wölfe, die in den Vororten keine Steuern zahlen und den ansässigen Gewerbetreibenden ungerechtfertigterweise Konkurrenz machen. Der Erlaß des Verbotes würde die gleiche Wirkung haben wie in Rixdorf, wo die Großgewerbetreibenden zahlreiche Läden gemietet hätten und dadurch Steuerzahler geworden sind. Für die Hauptstraßen Schönebergs hat der Polizeipräsident den Straßenhandel bereits verboten. Die Offenheit der Schöneberger Hausbesitzer ist immerhin anzuerkennen. „Weil die Läden sich immer schwieriger vermieten“ lassen, deshalb muß der gesamte Straßenhandel beseitigt werden. Das ist das „Allgemeininteresse“, das diese Klasse immer vorbringt. In Berlin sprachen es die Hausbesitzer weniger offen aus, da schon immer das „Verkehrinteresse“ vor. Daß die Straßenhändler meistens reiche Leute sind, glauben die Herren natürlich selber nicht, aber was schadet es? Wenn sie nur höhere Mieten einfordern können, muß sich Polizei und Stadtverwaltung in ihren Dienst stellen.

Wilmerdorf.

Die Gemeindevertretung beschloß in letzter Sitzung die Etatsposition das Lohnfuhrwesen betreffend um 7000 M. zu erhöhen.

Für die weitere Ausgestaltung des letzten Drittels des Hohenzollernplatzes wurden 7000 M. bewilligt, die gleiche Summe erfordert die Umgestaltung des Ludwigkirchplatzes. Für elektrische Beleuchtung der Rathausgasse wurden 400 M. bewilligt. Die Gemeindevertretung stimmte dem Staffeltarif des Elektrizitätswerkes Südwest vom 1. Juli 1905 zu. Nach dem Tarif werden für 25.000 Kilowattstunden pro Stunde 25 Pf. gezahlt. Dann fällt der Preis auf 20 Pf. und 15 Pf. Jetzt betrug der Einheitspreis 16 Pf. Die Hundsteuer wird von 20 auf 30 M. erhöht und zwar, weil Hundehunde überhand nehmen. Der Hohenzollernplatz macht den Ankauf eines Grundstücks von 400 Quadratmeter zum Preise von 33.000 M. nötig. Für bessere Beleuchtung des Teiles der Kaiserallee zwischen Spichern- und Schaperstraße wurden 573 M. bewilligt.

Der Provinziallandtag hat der Verleihung des Stadterrechts an Salmersdorf zugestimmt.

Lichtenberg.

Am 20. Februar hielt der hiesige sozialdemokratische Wahlverein bei Gebr. Arnold seine Mitgliederversammlung ab, in der Genosse Wittmer vom Gemeindefürsorge-Verein einen sehr instruktiven Vortrag über „Die Aufgaben der Gemeinden“ hielt. In eingehend-stündiger Rede zeigte der Referent, was die Gemeinden leisten müßten, wenn sie sich ihrer Aufgaben bewußt wären. Er hob hervor, wie das preussische Dreiklassenwahlrecht auch in den Gemeinden den Heimgang jeglichen Fortschrittes bilde, indem es den Haus- und Grundbesitzern ein Übergewicht sichere. Zum Schluß fordert Redner die Genossen auf, nicht nachzulassen in der Agitation und Organisation, und insbesondere die sozialdemokratischen Vertreter in den Gemeindeverwaltungen ermahnte er, immer und immer wieder unsere Forderungen zu stellen, wie sie im Kommunalprogramm der Sozialdemokratie auf dem Parteitag zu Bremen niedergelegt sind. — Als Bezirksführer wurden bestätigt für Bezirk 2a Genosse Dörberg, für den 10. Bezirk Genosse Tisch und für den 11. Bezirk Genosse Wiebe. — Die Mitgliedsbücher sind unverzüglich an die Bezirksführer abzugeben. — Die Anschuldigungen gegen den 1. Vorsitzenden wurden vom 2. Vorsitzenden im Auftrage des erweiterten Vorstandes als unbedeutend zurückgewiesen; die diesbezügliche Erklärung wurde von der Versammlung ohne Diskussion gutgeheißen. — Nach Auseinandersetzungen über das am 17. März stattfindende Stiftungsfest des Wahlvereins und nach Hinweis auf den augenscheinlichen Mangel an Polizeibeamten, wo es gelte, das Kinder-schulgebiet zur Durchführung zu bringen, schloß der 1. Vorsitzende die Versammlung.

Auf die am 5. März von 3—8 Uhr stattfindenden Wahlen von Arbeitnehmerbeisitzern zum Gewerbeamt machen wir nochmals aufmerksam. Wir erziehen, von den in den Bezirkslokale erhaltenen Legitimationsformularen recht regen Gebrauch zu machen; dieselben erleichtern die Wahl selbst ungemein.

Neuendorf-Notwendes.

Die Erhöhung der Gemeindeeinkommensteuer um 30 Proz. ist in der letzten Sitzung der Neuendorfer Gemeindevertretung beschlossen worden. Bislang betragen die Zuschläge zur Staatseinkommensteuer einschließlich 80 Proz. Kreissteuer 120 Proz., bei der diesmaligen Staatsberatung sind sie auf 110 Proz. ausschließlich Kreissteuer festgesetzt worden. Zum großen Teil ist diese Steuererhöhung durch die Errichtung einer Volksschule und eines Realgymnasiums veranlaßt, welche dazu dienen sollen, den Zugang steuerkräftigen Publikums nach Neuendorf zu fördern. Daß für die Errichtung derartiger Institute eine unbedingte Notwendigkeit vorhanden war, kann nicht bestritten werden, da das in der Nähe liegende Potsdam derartige Lehranstalten besitzt, welche von Neuendorfer Kindern besucht werden können, was auch vielfach noch geschieht. Hierzu kommt noch, daß das Schulgeld von 90 M. für die Volksschule, deren einzelne Klassen von circa 14 Kindern besucht werden, ein so niedriger ist, daß dadurch die Kosten, die dieses Institut verursacht, auch nicht entfernt aufgebracht werden. Berücksichtigt man noch, daß auf dem Gebiete des Volksschulwesens in Neuendorf noch geradezu skandalöse Verhältnisse herrschen, so ist es begreiflich, daß die Arbeiterschaft Neuendorfs von dieser Steuererhöhung nichts weniger als erbaut ist. Hoffentlich werden die dortigen Wähler der dritten Klasse, welche bei der letzten Gemeindevertreterwahl den Gegnern der Sozialdemokratie ihre Stimme gaben resp. überhaupt nicht wählten, aus diesen Verhältnissen die Lehre ziehen, daß es ihre Pflicht ist, dazu beizutragen, daß bei der diesmaligen Wahl nicht wieder Kandidaten gewählt werden, die ihre Aufgabe darin erblicken, aus Kosten der Gesamtheit Einrichtungen zu schaffen, die nur dem besitzenden Teil der Einwohnerchaft zugute kommen, sondern daß die Kandidaten der Sozialdemokratie zum Siege gelangen, deren Prinzip es ist, die Steuererträge so zu verwenden, wie es im Interesse der Gesamteinwohnerschaft liegt.

Steglitz.

Einen großartigen Reifall erlebte der „Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie“ mit der gestrigen Versammlung. Eingeladen waren die Angehörigen aller bürgerlichen Parteien, erschienen waren aber fast nur — Sozialdemokraten. Der Referent, Redakteur Lauffen-Berlin, tummelte schlecht und recht seinen abgetriebenen Kasper in der politischen Arena und erregte durch seine wunderlichen Kapriolen zwar ungewollte, darum aber um so herzhaftere Heiterkeitsausbrüche des Auditoriums. Der Zukunftsstaat, die Ablehnung der sozialpolitischen Gesetze durch unsere Abgeordneten, die Unterstützung des Auslandes durch die deutsche Sozialdemokratie, ein vor mehr als zehn Jahren erstigene sozialdemokratisches Flugblatt, Bebels Erbschaft, die sozialpolitischen Lasten der Arbeitgeber und wie die alten Lachhüter sonst noch heißen, bildeten die Bestandteile des Programms, das der Sozialistendörfer seinen Hörern aufstufte. Die Diskussionsredner des Reichsverbandes waren alle von der fixen Idee beherzigt, daß ihre Ausführungen — deren Berechtigung unsere Genossen nicht anerkennen konnten — so furchtbar geschickt seien, daß die ungebildeten Arbeiter sie nicht kopieren könnten. Von unserer Seite unternahm es Genosse Düweli, die verwirrten Ansichten der Gegner über den Sozialismus etwas zu ordnen, soweit das bei einer Redezeit von 10 Minuten möglich war. Außerdem kennzeichnete die Genossen Krause, Leimbach und Schwedler die Kampfweise des Reichsverbandes und riefen die von jenen behauptete Fürsorge der bürgerlichen Parteien und des Staates für die Arbeiterschaft in das richtige Licht. Festnageln müssen wir noch das ruppige Verhalten eines deutschnationalen Handlungsgehilfen, welcher unsere Abgeordneten als „elende Gesellen“ bezeichnete und damit einen Entrüstungssturm entfachte, der sich erst wieder legte, als der Held diese Beschuldigung zurücknahm. Genosse Krause brachte schließlich eine Resolution ein folgenden Inhalts: Die Versammelten verurteilen die Bestrebungen des Verbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie und protestieren gegen dessen Kampfweise. Sie erklären es als Pflicht jedes Arbeiters, sich der sozialdemokratischen Partei anzuschließen, da nur der Sieg des Sozialismus die Befreiung der Menschheit aus Anechtschaft bringen kann. — Der Vorsitzende, Herr August Stahlberg, weigerte sich jedoch, die Abstimmung vorzunehmen, weil auf der Tagesordnung nichts von einer Resolution stehe. Auf Juraß aus der Versammlung erhoben sich ungefähr 200 Personen für die Resolution. Nunmehr verließen unsere Anhänger gemeinschaftlich den Saal — circa 20—25 Männer als trauernde Hinterbliebene des Reichsverbandes allein zurücklassend.

So endete der Kampf gegen die Steglitzer Sozialdemokratie mit einer großen Enttäuschung für die Veranstalter und sicherlich auch für — den Saalinhaber, weil die meisten Versammlungsbesucher auf sein Bier verzichteten.

Teltow.

Einen „eigenartigen Fund“ machte gestern vormittag der Kohlenhändler Karl Kaatz aus Groß-Lichterfelde. Als derselbe sein Pachtland an der Willenskolonie (Seehofer Gelände) besichtigte, fand er auf demselben Flecksteine; bei Verfolgung der Spur stieß er in einem

Kiesloch auf ein ganzes Schwein, ein Bündel Kleidungsstücke, darunter Männer- und Frauenhemden, und ungefähr 50 Meter von der Stelle entfernt fanden Bratheringbüchsen, welche als Kochlöcher gedient hatten. Die Feuerstelle und die Spuren deuteten darauf hin, daß die Diebe die Stelle soeben verlassen hatten. Er meldete diese Entdeckung sofort der Lichterfelder Polizei, die Nachforschungen nach den Dieben aufgenommen hat.

Berliner Nachrichten.

Ruhig behaupten!

In der Reichstags-Sitzung vom 14. Februar war in der Debatte über den Wahlrechtsantrag der sozialdemokratischen Fraktion auch das Thema „Wahlrechtsantrag und Schule“ gestreift worden. Unser Genosse Bebel hatte daran erinnert, daß in den Schulen Berlins vor dem 21. Januar Lehrer die Kinder auf die Gefahren des Wahlrechtsantrags hingewiesen und sie vor dem Betreten der Straßen gewarnt hatten, da es am 21. Januar Revolution gebe. Da Genosse Bebel hieran eine Bemerkung geknüpft hatte, die für die betreffenden Lehrer nicht gerade schmeichelhaft war, so antwortet jetzt die „Pädagogische Zeitung“ mit einem Aufsatz gegen den „sozialdemokratischen Redner, der trotz seiner weißen Haare den jüngsten Brausekopf an Maß- und Bügellofigkeit überbietet.“ Zur Sache sagt das Lehrerblatt folgendes: „Wir wissen ja wohl auch, was an den Berliner Schulen vorgeht, und können deshalb sagen, daß die übergroße Mehrheit, ja wir dürfen ruhig behaupten, die Gesamtheit der Berliner Lehrerschaft des Demonstrationstages mit keiner Silbe gedacht hat in der Einsicht, daß es Sache der Eltern ist, ihre Kinder Sonntags zu hüten.“ In einigen Fällen, so erzählt das Blatt weiter, hätten Kinder in der Schule angefangen von den bevorstehenden Ereignissen zu reden. Wenn dann hier und da der Lehrer geraten habe, sich nicht in Volkshäusern zu mischen, so habe er „weiter nichts als das Wohl seiner ihm lieb gewordenen Schüler im Auge gehabt.“ Diese über die Gesamtheit der Berliner Lehrerschaft abgegebene Erklärung wird durch die Tatsachen widerlegt, über die auch im „Vorwärts“ berichtet wurde. Da übrigens an den Gemeindefürsorge-Berlin gegenwärtig weit über 5000 Lehrkräfte beschäftigt sind, so gehört auch für den, der wirklich keinen einzigen Fall einer schulmeisterlichen Revolutionsrede kennen gelernt haben sollte, eine tüchtige Vortions-Mut dazu, für die Gesamtheit der Berliner Lehrerschaft (auch in der „Päd. Ztg.“ ist das Wort „Gesamtheit“ durch den Druck hervorgehoben) die Hand ins Feuer zu legen. „Ruhig behaupten“, sagt das Lehrerblatt, ohne die Selbstkritik zu merken, die in diesem Ausdruck liegt

Am 27. d. M. werden sämtliche öffentlichen Kassen und Bureaus der Ministerien, des Gerichts, des Magistrats und anderer Behörden mit wenigen Ausnahmen geschlossen bleiben. In den Schulen finden nur Feste statt, aber kein Unterricht statt. Am 28. d. M. bleiben die Kassen und Bureaus geöffnet und findet auch der Unterricht in den Schulen statt.

„Schwarz ist wieder da!“ Der lange Zeit von der politischen Schaubühne verschwundene „Mektor aller Deutschen“ tritt jetzt wieder in die Öffentlichkeit und zwar beabsichtigt er nicht mehr und nicht weniger als eine große neue Partei zu gründen, die alle übrigen antisemitischen Gruppen verdrängen soll. Im Agitationsverband für nationale Politik „Allzeit voran“ entwickelte Schwarz gestern im „Hofbräu“ sein neues Programm. Hervorzuheben ist daraus vor allem, daß Schwarz jetzt den Kampf gegen die Juden aufgeben will und dafür den Kampf gegen die Jesuiten predigt. Im Gegensatz zu seiner früheren Lehre verkündet er, daß nicht das Judentum den Mittelstand unterdrücke, sondern die Macht der Jesuiten. Die Berliner Warenhäuser und Großbanken, aber auch die großen christlichen Spezialgeschäfte wären von Jesuiten geleitet, die jüdischen Inhaber seien nur vorgeschobene Personen. Sogar die nationalliberalen Grundbesitzer im Ruhrrevier sind nach Schwarz nur Angestellte der Jesuiten. Die drei Hauptforderungen des Schwarzen Programms sind: 1. Rechtsfähigkeit aller Vereine, 2. Umwandlung der Reichsbank in ein nationales Kreditinstitut und 3. Entfernung des Religionsunterrichts aus den Schulen. In großen öffentlichen Versammlungen will Schwarz demnächst Anhänger für seine „neue Partei“ werben.

Die Verkehrsbeschränkungen in Berlin nehmen kein Ende, im Gegenteil haben wir in den nächsten Tagen wieder neue zu erwarten. Der Polizeipräsident erläßt folgende Bekanntmachung:

Aus Anlaß des feierlichen Einzuges Ihrer Hoheit der Herzogin Sophie Charlotte von Oldenburg am Nachmittage des 28. Februar d. J. treten folgende Verkehrsbeschränkungen ein:

Etwa von 3 Uhr nachmittags ab werden geperlt:

- a) für jeglichen Verkehr: die Bellevue-Allee zwischen Schloß Bellevue und Kleinem Stern, der Fahrweg der Charlottenburger Chaussee vom Kleinen Stern bis zum Brandenburger Tor, der Platz vor dem Brandenburger Tor, der Pariser Platz, die Fahrdämme, Mittelmomade und der Reitweg der Straße Unter den Linden, der Platz am Opern- und Zeughaufe, die Straße am Zeughaufe, der Schinkelplatz, die Schloßfreiheit, der Lustgarten und die Kaiser Wilhelm-Brücke;

- b) noch Bedarf für Wagen, Reiter und Fußgänger: die Lutherbrücke, der Spreeweg, das Bellevue-Ufer von der Stadtbahn bis zum Schloß Bellevue, die Bellevue-Allee zwischen Kämpferplatz und Kleinem Stern, die Sieges-Allee und die Friedens-Allee zwischen Zieten-Allee und Platz vor dem Brandenburger Tor, die Sommerstraße von der Dorotheenstraße bis zum Brandenburger Tor, Königgräberstraße von der Lennestraße bis zum Brandenburger Tor, der Schloßplatz und die Aufmarschbrücke.

Wenn im Interesse der Sicherheit zeitweise noch Verkehrsbeschränkungen im weiteren Umfange erforderlich werden sollten, bitte ich, den Anweisungen der Aufsichtsbeamten willig Folge zu geben. Um eine Überfüllung der Feststraße zu verhindern, wird das Brandenburger Tor voransichtlich erst längere Zeit nach dem Passieren des Juges für den Verkehr wieder freigegeben werden können. Dem Publikum wird, soweit irgend angängig, die Teilnahme an der Einzugsfeier von den Aufsichtsbeamten ermöglicht werden; ich darf hierbei aber wohl die bringende Bitte aussprechen, den Exekutivorganen ihre schwere Aufgabe durch williges Befolgen ihrer Anordnungen zu erleichtern und die glatte Abwicklung des Verkehrs durch Rechtsgehen und Rechtsausweichen zu fördern.

Genusmittel auf dem Bürgersteige höher stellen! Aus einer der Hauptverkehrsstraßen der Friedrichstadt wird ein Vorkommnis gemeldet, das dringend zur Abhilfe mahnt. Vor einem dort befindlichen Kolonialwarengeschäft waren unter anderen Genussmitteln auch eingemachte Bohnen zu gleicher Erde auf dem Bürgersteig zur Schau gestellt. Vorübergehende Passanten beobachteten nun, wie plötzlich ein Bierführer an den Behälter herantrat und den Inhalt in nicht wiederzugebender Weise verunreinigte. Kurz darauf wünschte eine Käuferin, die natürlich nichts von dem Vorfalle bemerkt hatte, ein Quantum der fraglichen Bohnen. Und sie erhielt sie auch. Der Verkäufer wurde jetzt von einem der Passanten auf den Zustand der Genussmittel aufmerksam gemacht, anstatt dieselben jedoch zu entfernen und zu vernichten, wurden sie einfach höher gestellt. Es wäre doch im Interesse der Hygiene und auch der Gesundheit, wenn derartige skandalöse Zustände aus der Welt geschafft würden.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

Ueber den Baunfall in Bock,

bei dem mehrere Arbeiter schwer verunglückt sind, schreibt uns die Baufirma Stoedter u. Scharnweber: Es handelt sich nicht um ein Gerüst, sondern um eine Aufzugsbrücke. Die Brücke, die fachgemäß und aus völlig einwandfreiem Material hergestellt — und nicht belastet — war, hat sich vermutlich dadurch, daß ein Arbeiter ein zum Festhalten der Brücke unbedingt erforderliches Tau, zwecks Anbringung eines zweiten Taus, löste bzw. loderte, an dem überstehenden Teil gesenkt und ist so nach außen herabgeglitten, die auf ihr befindlichen vier Leute mit sich reichend. Das Ereignis ist umso unerklärlicher, als vor ihm an demselben Tage bereits schon dreimal Eisenteile und einige Wochen vorher vermittelst derselben Brücke erhebliche Mengen Material aufgeföhren worden waren. Irrtümlich ist, daß der Aufzugskraft gebrochen, denn bei dem Eintritt des Unfalles wurde der Kran nicht beansprucht.

Der Stadtbaurat Hoffmann hat sich in anderem Sinne geäußert. Nach seiner Darstellung soll ein Tau gerissen sein, an dem die Arbeiter eiserne Träger aufheben wollten. Daraus erhellt, daß das Tau fehlerhaft war und die Last nicht tragen konnte.

Von einem Ueberfall auf einen arbeitswilligen Mechaniker wukten dieser Tage verschiedene bürgerliche Blätter zu berichten. Es hieß da:

„Einen Ueberfall auf einen arbeitswilligen Mechaniker namens Bruno Hermann aus der Schillerstraße zu Charlottenburg haben einige Streikende verübt, deren Spuren von der Polizei verfolgt werden. Der 20jährige Hermann ist in der Rinn-Notoren-gesellschaft in der Siemensstr. 12 beschäftigt, wo vor einiger Zeit ein Streik unter den Schlossern und Mechanikern ausbrach. Hermann schloß sich den Streikenden nicht an und erfuhr seitdem vielfache Belästigungen auf dem Wege von und nach der Werkstätte. Eines Abends drohten ihm ehemalige Arbeiter der Fabrik, ihn in die See zu werfen, wenn er die Arbeit nicht niederlege. Hermann aber gab auf die Drohungen nicht. Als er gestern abend auf dem Heimwege die Waldstraße passierte, wurde er hinterredt von einigen Vurichen überfallen und mit Messern in groenwvoller Weise zugerichtet. Mit dem Rufe: „Das ist der Streikbrecher! stichen ihm die Knoddes die Messer ins Gesicht. Außer vielen anderen Verletzungen erlitt H. Stichwunden an beiden Augen, so daß Gefahr für das Augenlicht besteht. Der Ueberfallene liegt im Krankenhaus Roabit schwer darnieder; eine Gefahr für sein Leben besteht zwar nicht, doch dürfte er dauernd entstellt bleiben. Die Spuren der Täter, die sich nach dem Ueberfall geflüchtet hatten, sind entdeckt. Der Streik selbst ist inzwischen beigelegt worden.“

Schon in sich leidet die Notiz an einem Widerspruch. Es wird am Schluß gesagt, daß die Spuren der Täter entdeckt seien. Daraus geht schon hervor, daß man nicht genau weiß, wer die Täter sind, sonst wären sie sicher genannt worden. Das hält aber nicht ab, in der Einleitung dieser Notiz frei und frank zu behaupten, daß Streikende diese Tat verübt hätten. Wie nun sofort angelegte Recherchen ergeben haben, haben Streikende mit diesem Vorgange nichts zu tun, was natürlich diese Blätter nicht hindert, einer Verdächtigung streikender Arbeiter ohne weiteres Raum zu gewähren.

Einen recht dreisten Diebstahl verübte in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag der Händler V. Eichgrün, der seit einigen Tagen bei seinem Bruder, der Fensterputzer ist, vorübergehend Aufnahme gefunden hatte. Der Händler benutzte die Gelegenheit, einem Schlosser die sämtlichen Papiere, einem anderen einen neuen Gehrockanzug, Portemonnaie mit Inhalt und andere Kleinigkeiten zu stehlen. Die Polizei nahm den „guten Schlafkollegen“ fest.

Erwischte Wäschdiebe. Gestern nachmittag statteten zwei Diebe dem Boden eines Hauses in der Wilmsherbergerstraße ihren Besuch ab und stahlen eine Menge frisch gewaschener Wäsche. Sie wollten sich jedoch nicht lange ihres Raubes zu erfreuen haben, denn als sie mit derselben in die Herberge zur Penntal, Kopenstr. 5 kamen und daselbst soeben Hemden zu verfilbern suchten, wurden sie von vier herbeigeholten Schulleuten festgenommen. Nachdem die Beamten den Haupttäter sofort gefesselt hatten, brachten sie die Spitzbuben nach dem nächsten Polizeirevier.

Beim Hennig-Spielen verunglückt ist der Schulknabe Artur G. aus der Slalierstraße. Er spielte mit mehreren gleichaltrigen Kameraden das in letzter Zeit aufgekommene, namentlich bei der Schuljugend sehr beliebte Hennig-Jagdspiel, wobei er selbst den „Hennig“ machte. Um das Spiel möglichst naturgetreu zu gestalten, ging die Hennig-Jagd über hochaufgestapelte Bretter auf einem Holzstapel an der Rixdorfer Grenze, durch welche die Jagd über die Dächer verfinnbildlich werden sollte. Leider geriet beim Hin- und Herlaufen ein Holzstapel ins Wanken, der kleine Pseudo-Hennig stürzte zu Boden und wurde von den nachstürzenden Breitern nicht unerheblich verletzt. Der Junge erlitt einen Bruch des Oberarmes und wurde nach der nächsten Unfallstation gebracht.

Berein für vollständige Kurie von Berliner Hochschullehrern. Der für Dienstag, den 27. d. Mts., angelegte Vortrag des Herrn Geheimen Medizinalrats Professor Dr. Dömy aus seinem Kurus über „Japan und die Japaner“ fällt aus. Herr Geheimrat Dömy wird die beiden letzten Vorträge am 6. und 13. März halten.

Auf der Treptow-Sternwarte behandelt Herr Direktor Archen-hold am Sonntag, den 25. Februar, nachmittags 5 Uhr, in einem mit zahlreichen Lichtbildern ausgestatteten Vortrage die Frage: „Gibt es ein Leben auf dem Monde?“ — Das Thema für den 7 Uhr-Vortrag lautet: „Die Bewohnbarkeit der Welten“, für den Vortrag am Montag, abends 9 Uhr: „Vollen und Blige“. — Mit dem großen Fernrohr werden Sonne, Mond, Orionmichel und Jupiter nacheinander beobachtet.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania wird Herr Dr. Donath seinen Experimentavortrag „Die Fortschritte der drahtlosen Telegraphie“ am Montag und Mittwoch noch einmal wiederholen. In allen übrigen Tagen der Woche gelangt abends 8 Uhr mit zahlreichen farbigen Bildern und Wandbepanoramen ausgestattete Vorträge „Am Golf von Neapel“ zur Darstellung. Nachmittags wird am Mittwoch der Vortrag „Im Lande der Witter-nachtsonne“ und am Sonnabend der Vortrag „Zerleben in der Wildnis“ zu kleinen Preisen gehalten werden. Im Hofsaal spricht am Donnerstag Herr Dr. Thesing über „Das Problem der Befruchtung und Vererbung“, am Freitag Herr Ingenieur Max A. Jeslin über „Leistungsprüfungen des Kraftwagens“ und am Sonnabend Herr Dr. Donath über „Elektromotoren und Dynamomaschinen“.

Feuerwehrbericht. Donnerstag früh um 6 Uhr wurde die Berliner Feuerwehr nach dem Dresdener Außenbahnhof auf Schöneberger Gebiet gerufen. Dort stand eine Kontorbude in Flammen. Die Berliner Feuerwehr löschte die Flammen und übergab dann die Brandstelle der Schöneberger Feuerwehr, die dann das Feuer vollständig ablöschte. Abends um 10 Uhr entstand im „Wintergarten“ während der Vorstellung Erdbeben in der Oberlichtrampe. Das Publikum blieb ruhig. Eine Gefahr war, da der Erdbeben sofort bemerkt wurde, nicht vorhanden. Nachts um 1 Uhr brannte vor dem Hause Königgräberstraße 1 ein Automobil. Das Benzin hatte sich entzündet. Gestern vormittag mußte in der Anklamerstraße 53 ein Brand gelöscht werden, der die Balkenlage erfaßt hatte. Ferner hatte die Wehr in der Frankfurter Allee 57 zu tun, wo in einem Fabrikwerk ein Brand ausgekommen war, der längere Löscharbeit erforderte. Papier, Lumpen u. a. brannten dort unter großer Qualmentwicklung. In einem Papiergeschäft in der Invalidenstraße 40/41 waren nachts Begale, Papiere u. a. in Brand geraten und in der Insterburgerstraße 26 Gardinen usw. Bei einem Alarm, der abends aus der Soldinerstraße einlief, handelte es sich um einen Mißbrauch des öffentlichen Feuerwehres. Ferner hatte die Wehr Grände in der Mittenwalterstraße 23, Am Hafenplatz 5, Langestraße 9 und anderen Stellen zu löschen.

Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Siner & Co., Berlin SW.